



# Plenarprotokoll

## 84. Sitzung

Kiel, Donnerstag, 6. Mai 1999

### Jahreswirtschaftsbericht 1998

Bericht der Landesregierung  
Drucksache 14/2043

Horst Günter Bülck, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr.....	6265
Uwe Eichelberg [CDU].....	6268
Bernd Schröder [SPD].....	6271
Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	6274, 6281
Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.] ...	6276, 6282
Anke Spoorendonk [SSW].....	6279
Hermann Benker [SPD].....	6282
Wolfgang Kubicki [F.D.P.].....	6283
Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	6284

Beschluß: Überweisung an den Wirtschaftsausschuß zur abschließenden Beratung.....	6284
---	------

### Verfahren für eine zügige Realisierung des Projekts einer festen Elbquerung westlich von Hamburg

Bericht der Landesregierung

Horst Günter Bülck, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr.....	6285
Martin Kayenburg [CDU].....	6286
Bernd Schröder [SPD].....	6287
Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	6288, 6295
Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.] ...	6290
Anke Spoorendonk [SSW].....	6293
Wolfgang Kubicki [F.D.P.].....	6294

Beschluß: Für erledigt erklärt .....	6295
--------------------------------------	------

### Zukunft des Werftstandortes Kiel

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 14/1997

Thomas Stritzl [CDU].....	6296
Bernd Saxe [SPD].....	6297
Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	6298
Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.] ...	6299
Anke Spoorendonk [SSW].....	6300
Horst Günter Bülck, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr.....	6301

Beschluß: Für erledigt erklärt .....	6302
--------------------------------------	------

### Haltung der Landesregierung zum Bau des Airbus A 3XX in Hamburg

Antrag der Fraktion der F.D.P.  
Drucksache 14/2060

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 14/2135

Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.] .	6302
Ingrid Franzen [SPD].....	6304
Brita Schmitz-Hübsch [CDU].....	6305
Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	6307, 6312
Anke Spoorendonk [SSW].....	6308
Dr. Adelheid Winking-Nikolay [fraktionslos].....	6309
Heide Simonis, Ministerpräsidentin.....	6310

Beschluß: Annahme des Antrages Drucksache 14/2135 .....	6312
---	------

Wolfgang Kubicki [F.D.P.], persönliche Bemerkung.....	6312	Beschluß: Überweisung an den Bildungs- ausschuß zur abschließenden Beratung	6347
<b>Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Hochschulgesetzes (Strukturreform- Novelle)</b>		<b>Berücksichtigung von Dienstführer- schein als geldwerter Vorteil im Ein- kommenssteuerrecht</b>	
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 14/2121		Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 14/2127	
Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bil- dung, Wissenschaft, Forschung und Kultur.....	6313, 6327	Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Druck- sache 14/2136	
Jürgen Weber [SPD] .....	6315	Beschluß: Überweisung an den Finanz- ausschuß und den Innen- und Rechts- ausschuß.....	6348
Jost de Jager [CDU] .....	6317		
Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	6320	<b>Abwahlverfahren von hauptamtlichen kommunalen Gleichstellungsbeauftragten</b>	
Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.] .....	6323, 6329	Bericht der Landesregierung Drucksache 14/2113	
Anke Spoorendonk [SSW].....	6325, 6329	Beschluß: Überweisung an den Innen- und Rechtsausschuß und den Sozial- ausschuß.....	6348
Beschluß: Überweisung an den Bildungs- ausschuß.....	6330		
<b>Gründung einer Stiftung „Prinzenhaus in Plön“</b>			
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 14/2105			
Caroline Schwarz [CDU] .....	6330, 6337	* * *	
Sabine Schröder [SPD].....	6331		
Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	6332	<b>Regierungsbank:</b>	
Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.] .....	6333	Heide Simonis, Ministerpräsidentin	
Dr. Ulf von Hiemcrone [SPD].....	6334	Gerd Walter, Minister für Justiz, Bundes- und Europaangelegenheiten	
Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bil- dung, Wissenschaft, Forschung und Kultur.....	6335	Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wis- senschaft, Forschung und Kultur	
Meinhard Füllner [CDU].....	6337	Dr. Ekkehard Wienholtz, Innenminister	
Beschluß: Ablehnung.....	6338	Angelika Birk, Ministerin für Frauen, Jugend, Wohnungs- und Städtebau	
<b>Analphabetentum in Schleswig-Holstein</b>		Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie	
Große Anfrage der Fraktion der CDU Drucksache 14/1778		Horst Günter Bülck, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr	
Anwort der Landesregierung Drucksache 14/2072		Klaus Buß, Minister für ländliche Räume, Land- wirtschaft, Ernährung und Tourismus	
Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bil- dung, Wissenschaft, Forschung und Kultur.....	6338	Heide Moser, Ministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales	
Ursula Röper [CDU] .....	6340	Rainer Steenblock, Minister für Umwelt, Natur und Forsten	
Sabine Schröder [SPD].....	6343		
Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	6344	* * * * *	
Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.] .....	6345		
Anke Spoorendonk [SSW].....	6346		

**Beginn: 10:04 Uhr**

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Guten Morgen, meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die heutige Sitzung. Erkrankt sind die Abgeordneten Claus Hopp, Peter Gerckens und Günter Neugebauer. Wir wünschen Ihnen von hier aus gute Besserung.

(Beifall)

Auf der Tribüne begrüße ich Besuchergruppen des Gymnasiums Harksheide und des Wolfgang-Borchert-Gymnasiums Halstenbek. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 30 auf:

**Jahreswirtschaftsbericht 1998**

Bericht der Landesregierung  
Drucksache 14/2043

Zunächst erteile ich das Wort dem Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr, Herrn Bülck.

**Horst Günter Bülck**, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Bevor ich etwas zum Jahreswirtschaftsbericht sage, gestatten Sie mir eine Vorbemerkung! Vor einigen Wochen war einer Pressemitteilung der CDU zu entnehmen, daß Schleswig-Holstein einer Studie zufolge im Bereich Multimedia im deutschsprachigen Raum das Schlußlicht bilde. Diese Umfrage bezog sich nur auf solche Firmen, die digitale Medien im Auftrag Dritter erstellen; das sind exakt 20 Firmen in Schleswig-Holstein. Im gesamten **Multimediabereich** gibt es aber nach der aktuellen Statistik 1997 insgesamt 2.000 Betriebe mit 8.500 Beschäftigten. Beim letzten bundesweiten Ranking belegte Schleswig-Holstein den 7. Platz; im nächsten Jahr könnte es wieder der 7. oder der 3. oder der 5. Platz sein.

Meine Damen und Herren von der Opposition, ich streite mich gern mit Ihnen über wirtschaftspolitische Rahmendaten. Dies geht allerdings nur auf der Grundlage solider Recherchen und belastbarer Fakten.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb buche ich das ab unter der Rubrik „Schlechtreden“.

Doch nun zum eigentlichen Thema! Der **Jahreswirtschaftsbericht 1998** liegt Ihnen vor. Bei der Vorstellung dieses Berichts möchte ich mich auf einige wesentliche Eckpunkte beschränken.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Mehr haben Sie auch nicht!)

In **Schleswig-Holstein** lag die Wachstumsrate erstmals seit Jahren unter dem Durchschnitt der westdeutschen Länder; das **Bruttoinlandsprodukt** stieg gegenüber dem Vorjahr um 1,8 %. Das ist nicht erfreulich, das konzedere ich. Auf der anderen Seite muß man, wenn man in der Wirtschaft war, auch sehr viel auf langfristige Trends geben. Wenn wir 1990 als Basis nehmen, steht Schleswig-Holstein in den letzten acht Jahren sehr gut da. Woran es liegt, daß wir unter dem Bundesdurchschnitt liegen, wissen wir alle: Das liegt daran, daß uns einige Boombranchen im verarbeitenden Gewerbe in Schleswig-Holstein fehlen, die bei dynamischer Entwicklung andere Länder nach vorn bringen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Seitdem Sie Wirtschaftsminister sind!)

- Ich komme gleich darauf, Herr Kubicki. - Allerdings haben sich gegen Ende des Jahres wichtige Indikatoren besonders im verarbeitenden Gewerbe wieder verbessert, und dies führte dann noch zu einem Anstieg der Steigerungsrate von 1,3 auf 1,8 %.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das war der Schröder-Effekt!)

**Schleswig-Holstein** hat sich zu einem modernen und attraktiven **Wirtschaftsstandort** im Norden der Bundesrepublik entwickelt. Trotz schwieriger Rahmenbedingungen einer von Globalisierung und Internationalisierung geprägten Weltwirtschaft konnten unsere Wirtschaftsfördereinrichtungen auch 1998 einen Ansiedlungsrekord erzielen. Das Gründungsklima ist gut. Bei den Eintragungen ins Handelsregister lagen wir 1998 im relativen Vergleich mit 353 Eintragungen pro 1.000 Unternehmen bundesweit an der Spitze.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Alles Scheinselbständige!)

- Ich komme gleich dazu. - Die wachsende Bedeutung des Dienstleistungssektors prägt den **Strukturwandel** in Schleswig-Holstein. In den traditionellen Bereichen des verarbeitenden Gewerbes und des Handels waren am Ende des Jahres Erholungstendenzen erkennbar.

Diese Fakten stehen ganz im Gegensatz zu den Kammerumfragen, die im letzten Quartal 1998 - übrigens durch die Republik - plötzlich wieder dunkle Wolken am Konjunkturhimmel sahen. Hängen Ökonomie und Psychologie doch eng zusammen? Ich

**(Minister Horst Günter Bülck)**

möchte Sie bitten, in Ihren Reden auf die Entwicklung der Frühindikatoren einzugehen und mir zu erklären, warum ab Februar/März 1998 diese so rückläufig waren. Wenn ich mich richtig erinnere, waren Sie da noch in der Regierung.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mich würde auch interessieren, warum sie jetzt wieder positiv sind.

(Zurufe von CDU und F.D.P.)

Also, vielleicht könnten wir uns darauf einigen, auf die Rituale, die immer ablaufen, wenn die Zahlen des Sachverständigenrates, wenn Indikatoren veröffentlicht werden und die Opposition die Regierung in die Zange nimmt und umgedreht, aus schleswig-holsteinischer Sicht zu verzichten und wirklich einmal zu diskutieren, woran das liegt.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zurufe der Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.] und Martin Kayenburg [CDU])

Mein Fazit ist: Unsere Wirtschaft kann sich auf einer soliden Basis auf den Weg in das dritte Jahrtausend machen. Die Wirtschaftspolitik der Landesregierung wird sie auf diesem Weg flankieren.

Lassen Sie mich drei wirtschaftspolitische Schwerpunkte für die nächsten Monate nennen! Neue Jobs - Herr Kubicki, ich konzedere, daß es bei den Themen Scheinselbständigkeit und 630-DM-Gesetz Nachbesserungsbedarf gibt.

(Beifall bei CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P.)

Wir in Schleswig-Holstein müssen aber weiterhin unsere Infrastruktur fördern. Ich bin froh, daß wir das erste Mal - das erste Mal! - in der Geschichte der Bundesrepublik einen Anteil für **GA- und Strukturförderung** erhalten haben, der mathematisch sauber berechenbar ist und der nicht die Südländer wie Bayern und Baden-Württemberg aufgrund von politischem „Vorgedeale“ in Bonn ewig bevorzugt.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Konsequenz dessen, was passiert, wenn das nur zu 10 % über 50 Jahre gemacht wird, sehen wir am wirtschaftlichen Erfolg Bayerns.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sehr gut!)

Wir werden diese Mittel also einsetzen und im Rahmen unseres Regionalprogramms unsere **Infrastruktur** fördern. Wir werden weiter aufholen.

Das Weltwirtschaftsinstitut wird uns weiter folgendes konzedieren. 1988 - da waren, glaube ich, Sie noch an der Regierung -:

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wir nicht!)

„Das Land Schleswig-Holstein ist im Wettbewerb zu den anderen Bundesländern in den letzten Jahren kontinuierlich zurückgefallen.“

1998 - dasselbe Institut, nicht gerade regierungsnah -:

„Das Land hat aufgeholt.“

Dasselbe testiert uns der DIW.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Ich möchte Sie auch noch etwas anderes fragen. Dazu möchte ich auf die Bonner Ebene kommen. Ich frage Sie, warum der „Spiegel“ im Dezember folgendes schreibt:

„Die Unzufriedenheit der Wirtschaft mit der Kohl-Regierung war am Ende in Feindseligkeit umgeschlagen. Union und F.D.P., einst von den Männern in den Chefetagen als Regierungsparteien herbeigesehnt, hatten aus der Sicht der Wirtschaft versagt.“

(Widerspruch bei CDU und F.D.P. - Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich nenne Ihnen ein Grund. Das Institut für Mittelforschung - wir alle wissen - -

(Thomas Stritzl [CDU]: „Koalition verliert Sympathie“, steht heute über Schröder! - Heiterkeit bei CDU und F.D.P.)

- Das ist okay!

Ich will Ihnen nur noch einen Grund sagen. Sie glauben, daß Sie sich, wenn Sie über die Steuerreform diskutieren, an den Daimlers und Chryslers festmachen müssen. Sie wissen aber auch, daß es in Schleswig-Holstein kleine und mittelständische Unternehmen gibt.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wer sitzt den im VW-Aufsichtsrat?)

Wenn es beim OECD-Vergleich nicht möglich ist, Deutschland einzusortieren - -

(Zuruf des Abgeordneten Thomas Stritzl [CDU])

**(Minister Horst Günter Bülck)**

- Ich kann selbst lesen, Herr Stritzl! Wenn es beim OECD-Vergleich nicht möglich ist, Deutschland einzusortieren, kommen Sie natürlich nicht darauf, daß an diesem System irgend etwas nicht transparent genug, nicht einfach genug und nicht international vergleichbar ist. Darüber müssen Sie sich Gedanken machen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich sage Ihnen, was bei der Diskussion über die Steuerreform passieren wird: Ihr Klientel ist nicht sauber definiert.

(Thomas Stritzl [CDU]: Was?)

Sie haben in Schleswig-Holstein kleine und mittelständische Unternehmen. Die bezahlen über 45 bis 50 % Steuern.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Warten Sie mal ab!)

Wenn Sie diskutieren, meinen Sie immer die Großen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Widerspruch bei CDU und F.D.P.)

Deswegen werden wir für Schleswig-Holstein weitermachen.

Ich begrüße einen Steuersatz von 35 %, Herr Stritzl! Sie wissen nur nicht, wie man ihn definiert.

(Thomas Stritzl [CDU]: Aber ich weiß - -!)

Das Wirtschaftsministerium wird deshalb mit der Infrastrukturpolitik weitermachen, eine Dienstleistungsinitiative starten. Wir werden den Standort durch die Förderung von Zukunftstechnologien weiter ausbauen.

(Thomas Stritzl [CDU]: Also die SPD will - -!)

Dafür - das wissen Sie - haben wir 130 Millionen DM in den Haushalt eingestellt. Wir werden unterstützen, daß der **Mittelstand** in Schleswig-Holstein das Rückgrat unserer Wirtschaft ist.

(Martin Kayenburg [CDU]: Sie dürfen nicht immer nur leere Versprechungen abgeben! Sie müssen etwas tun!)

Der weitaus größte Teil der Arbeitsplätze wird bei uns im Mittelstand geschaffen. Deswegen stört es mich, wenn Daimler-Benz 0 Pfennig Steuern zahlt.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.] - Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir sollten auch darauf achten, daß wir das positive, dialogorientierte Klima im Land, das wir mit den Unternehmensverbänden, mit den Gewerkschaften und auch im Wirtschaftsausschuß - das sage ich ausdrücklich - haben, nicht tangieren und pfleglich behandeln.

(Glocke der Präsidentin)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Kubicki?

**Horst Günter Bülck**, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr:

Oh, ja!

**Wolfgang Kubicki** [F.D.P.]: Herr Minister, ich folge Ihren Ausführungen sehr aufmerksam.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Würden Sie mir freundlicherweise erklären, wie Daimler-Benz von einer Steuersenkung profitieren soll, wenn sie nach Ihrer Aussage eh keine Steuern zahlen?

(Heiterkeit und Beifall bei F.D.P. und CDU)

- Herr Kubicki, diese Frage bestätigt, daß Sie es nicht begriffen haben.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der **Lobbyismus** von Daimler-Benz geht natürlich dahin, daß sie ihren Null-Steuersatz verteidigen wollen und nicht bereit sind, einen durchschnittlichen Steuersatz von 35 % oder 30 % zu zahlen.

(Beifall bei der SPD)

Ich frage Sie, ob Sie es gut finden, daß in diesem Staat einige Leute keine Steuern zahlen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Deswegen wollen wir die Steuern ja senken!)

Noch etwas: Wenn Daimler-Benz diesen Standort steuerlich nicht würdigte, hätten sie bei der Fusion mit Chrysler das Hauptquartier sicherlich nach Detroit verlegt und wären nicht hiergeblieben.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das müssen sie erst entscheiden!)

Deswegen geht der Brief von Herrn Gentz an sich an der Sache vorbei. Es ist an sich ein Bluff.

Die Frage, die wir uns stellen müssen, lautet: Ist es fair, daß alle Unternehmen in Zukunft gleich besteu-

**(Minister Horst Günter Bülck)**

ert, mit einem international wettbewerbsfähigen Steuerersatz leben müssen?

(Martin Kayenburg [CDU]: Wer hat die Steuerreform verhindert? Die SPD doch!)

Ich glaube, über diese Frage muß man anders diskutieren, als heute darüber diskutiert wird.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lassen Sie mich zum Schluß kommen. Ich kürze das ein bißchen ab und gehe in die Historie. Im Römischen Reich, im Jahr 282

(Zurufe)

- hören Sie zu, es ist schön! - hat der Senator Casparius zum Finanzminister Scaefarius gesagt:

„Lobend gleichzustellen ist diese Deine Steuerreform, Scaefarius, allen Steuerreformen, die da waren, die da sind und die je kommen werden. Sie ist modern, entlastend und kunstvoll.“

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Und weiter?)

„Modern, weil jede der alten Steuern einen neuen Namen trägt, gerecht, weil sie alle Bürger des Römischen Reiches gleich benachteiligt, entlastend, weil sie keinem Steuerzahler einen vollen Beutel läßt, und kunstvoll, weil Du in vielen Worten ihren kurzen Sinn versteckst, dem Kaiser zu geben, was des Kaisers ist, und dem Bürger zu nehmen, was des Bürgers ist.“

(Klaus Schlie [CDU]: Schönen Gruß von Oskar!)

Ich hoffe, daß es jetzt schöner wird. Denn das, was bei Ihnen passiert, haben wir in den letzten Jahren gesehen.

(Anhaltender Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Herr Abgeordnete Eichelberg.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das war der Jahreswirtschaftsbericht! - Minister Horst Günter Bülck: Haben Sie den gelesen, Herr Kubicki? - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Die Karnevalsaison ist eröffnet! - Uwe Eichelberg [CDU] streift auf dem Weg zum Rednerpult ein Blatt Papier vom Arbeitsplatz von Minister Horst Günter Bülck - Martin Kayenburg

[CDU]: Da stand nichts drauf - genau wie in seiner Rede!)

**Uwe Eichelberg [CDU]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich komme zum Thema.

(Heiterkeit und Beifall bei CDU und F.D.P. sowie des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Für jeden, der im Wirtschaftsausschuß mitarbeitet, aber auch für diejenigen, die das Thema Wirtschaft sonst nicht so besonders interessiert, ist ein **Jahreswirtschaftsbericht** eine gute Gelegenheit, sich einmal mit den Dingen auseinanderzusetzen, die im Laufe eines Jahres hier in Schleswig-Holstein beraten und beschlossen wurden. Er zeigt natürlich auch sehr deutlich, welche Themen außerhalb der parlamentarischen Gremien zum Beispiel zwischen Regierung und I-Bank und ähnlichen Institutionen abgewickelt wurden und welche Erfolge es gab. Er zeigt auch, wie facettenreich ein solcher Bereich wie die Wirtschaft sein kann.

Der Sinn eines Wirtschaftsberichts ist darzustellen, was in der Vergangenheit war. Sehr geehrter Herr Minister, es nutzt nichts, über Prognosen zu reden, darüber, was die Leute nach zwei Monaten erwarten. Hier geht es um Fakten. Die haben Sie angefordert. Die kann man nachlesen. Die braucht man nicht zu fälschen. Die stehen einfach in dem Bericht. Wir haben den Eindruck, daß dieser Jahreswirtschaftsbericht trotz der eindeutigen Zahlen, die enthalten sind, mehr Traum und politische Schönfärberei statt Wirklichkeit zeigt, was wir Ihnen auch in Anbetracht dessen, daß dies das Jahr vor der Wahl ist, eigentlich nicht nachsehen können.

(Beifall bei der CDU)

Um es deutlich zu sagen: Uns liegt es fern, den **Standort Schleswig-Holstein** schlechtzureden. Auch wenn dies immer wieder behauptet wird, ist dies nicht richtig. Man muß allerdings über Fakten reden.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ja!)

Wir fühlen uns in Schleswig-Holstein wohl. Auch unsere Kinder sollen sich hier noch wohl fühlen. Deswegen sind wir daran interessiert, über die Realität nachzudenken. Ich kann mir denken, daß auch Sie, Herr Minister Bülck, der Sie für die Ergebnisse, für das, was in den letzten Jahren passiert ist, nicht verantwortlich sind, gesagt hätten: Etwas mehr Realitätsnähe wäre vernünftig.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

(Uwe Eichelberg)

Meine Kolleginnen und Kollegen, welches sind die Fakten, die in dem Bericht stehen? - Eigentlich: Unser Land ist pleite. Das haben wir gestern deutlich festgestellt. Das grenzt die Möglichkeiten ein. Wir haben das geringste Wachstum des **Bruttosozialprodukts** von allen alten Bundesländern. Das hat der Minister gerade zugegeben. Wir haben eine sinkende Anzahl von **Arbeitsplätzen**. Das ist ein ganz wichtiger Faktor. Wir haben die schlechteste Entwicklung bei den **Arbeitslosenzahlen**. Die **Neuansiedlung von Betrieben** - hier zitiere ich einfach einmal aus den Medien - „siecht dahin“. Das ist eine eindeutige Bezeichnung.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Die Landesbank erklärt das! - Martin Kayenburg [CDU]: Der Minister hätte die richtige Presse lesen sollen!)

- Ja, das wäre einfacher gewesen!

Schleswig-Holstein - ich glaube, das ist ein ganz wichtiger Faktor - holt im **Wirtschaftswachstum** seit 1990 nicht mehr auf, sondern hängt sogar nach.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Richtig!)

Dazu stellen die norddeutschen Landesbanken gerade in diesen Tagen fest: „Innovationen kommen in Schleswig-Holstein zu kurz.“ Das braucht man nicht zu erfinden; das sagen sie so.

Die Behauptung, daß **Schleswig-Holstein** ein moderner und attraktiver Wirtschaftsstandort ist, trifft sicherlich nur für einige Regionen in diesem Land zu. Das ist bedauerlich. Für die Regionen, die besonders blühen, ist mit Sicherheit die **Metropole Hamburg** sowie die vielen wichtigen Entscheidungen, die in den Dörfern, Städten und Kreisen des Umlandes in den siebziger und achtziger Jahren getroffen wurden, von großer Bedeutung.

(Beifall des Abgeordneten Peter Jensen-Nissen [CDU])

In diesen Regionen hat die fortschrittliche - wie Sie es nannten - Wirtschafts- und Verkehrspolitik dieses Landes überhaupt nicht geholfen. Die Wirtschaftspolitik dieser Landesregierung hat - das muß man schlichtweg so sagen - versagt.

(Beifall des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Denn noch nie war die Chancengleichheit zwischen Nord und Süd in unserem Lande so ungerecht verteilt trotz der erheblichen Mittel, die in diese Gebiete geflossen sind.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Nicht abgestritten werden kann die Tatsache, daß wir die niedrigste **Investitionsquote** haben, obwohl wir buchhalterisch manipulierend Zuschüsse als Investitionen bezeichnen.

Die Entwicklung in den Kreisen Pinneberg, Steinburg, Stormarn und im Südteil von Segeberg ist von wirtschaftlicher Eigendynamik geprägt und hängt nicht von politischen Entscheidungen ab. Hier werden in überproportionalem Umfang Steuereinnahmen für das Land geschaffen, finden die meisten Betriebsansiedlungen - ohne Förderung! - statt, hier findet sich die geringste Arbeitslosigkeit, und wir haben sogar zunehmende Beschäftigungszahlen.

(Zuruf von der CDU: So ist es! - Beifall bei der CDU)

Wenn man die Zahlen der Jahreswirtschaftsberichte vergleicht, sieht man, daß die Arbeitslosenquote in Schleswig-Holstein in den letzten Jahren im Vergleich zu den anderen alten Bundesländern schlechter ist. Vergleicht man aber im Detail - auch diese Zahlen sind verfügbar -, wie sich die Arbeitsplätze im einzelnen entwickelt haben, sieht man eindeutig, daß im sogenannten **Speckgürtel um Hamburg** die Beschäftigungszahlen von 1980 bis 1997 um 21 % gestiegen sind, während für das übrige Land nur ein Anstieg von 3,4 % festzustellen ist. Das ist ein eklatantes Mißverhältnis; da ist etwas falsch gelaufen.

(Beifall bei der CDU - Martin Kayenburg [CDU]: Das ist Hamburger Wirtschaftspolitik und nicht die Wirtschaftspolitik Schleswig-Holsteins!)

Wenn man dann noch sieht, daß die Pendlerströme Hamburgs mit ihrem Einkommenstransfer erheblich zu unserem Steuereinkommen in Schleswig-Holstein beitragen, dann wird diese Feststellung noch unterstrichen. Die **Wirtschaftsförderprogramme** in den strukturschwachen Gebieten sind nach meiner Auffassung nicht professionell umgesetzt worden.

(Zuruf von der CDU: So ist es!)

Und, Herr Minister - da mache ich Ihnen persönlich keinen Vorwurf, sondern der Regierung in der Vergangenheit -, das post audit, die Evaluierung der einzelnen geförderten Projekte, ist nicht so abgelaufen, als daß man es als professionell bezeichnen könnte.

(Beifall bei der CDU)

Darunter leiden die **Investitionsziele**. Natürlich kann man mit Stolz auf die Ansiedlung des Motorolawerkes in Flensburg verweisen. Das war für die wirtschaftsschwache Grenzregion ein großer Erfolg. Nur eines sollte uns bewußt sein, und das brauche ich Ihnen, Herr Minister, nicht besonders zu sagen, denn

(Uwe Eichelberg)

Sie kommen ja aus einem großen Konzern: Die Erfolge dieser Fertigungsstätte werden in diesem großen Konzern, der weltweit tätig ist, jedes Jahr neu überprüft.

(Martin Kayenburg [CDU]: So ist das! - Zuruf der Abgeordneten Ingrid Franzen [SPD])

Das sind keine sicheren Arbeitsplätze, wie sie zum Beispiel die Brauerei in Flensburg bietet.

(Lebhafter Beifall bei CDU und F.D.P.)

Mittelständische Betriebe sind auf Generationen angelegt, Konzerne dagegen auf größtmöglichen Gewinn. Und das ist nun einmal so, meine Damen und Herren!

(Lebhafter Beifall bei CDU und F.D.P. - Zuruf der Abgeordneten Ingrid Franzen [SPD])

Sehr geehrter Herr Minister Bülck, bestimmt haben Sie vor einem Jahr Ihre Tochterunternehmen weltweit genauso analysiert und sich gefragt, ob ein Standort in Brasilien lohnt oder nicht, und dementsprechend haben Sie sicherlich Ihre Dispositionen betrieben. Das ist Betriebswirtschaft.

(Martin Kayenburg [CDU]: Da hat er schnell entschieden! Jetzt wird hier bei denen gar nichts mehr entschieden!)

Wir müssen feststellen: Die unterschiedliche **Wirtschaftsentwicklung** in den **Regionen** führte trotz der Fördermittel nicht zum Ausgleich, den wir uns beim Strukturwandel für wegfallende Arbeitsplätze erhofft haben.

Lassen Sie mich nun einen Wirtschaftsbereich ansprechen, der hier im Lande kaum Beachtung findet. Es ist der **Gesundheitsbereich**, dessen Bedeutung stark gestiegen ist. Sie werden fragen: Wie kommt das? In den Bereichen Ostholstein, Lauenburg und an der Westküste hat gerade dieser Bereich in der Vergangenheit zu kräftigen Wachstumsschüben geführt. Über 100.000 Menschen arbeiten in diesem Bereich, davon sind über 50.000 gut ausgebildete Menschen in den Heilberufen beschäftigt. Hier muß nachgefaßt werden. Denn jeder von uns weiß, wie übel das Gesundheitssystem nicht nur in den zusammengebrochenen Ostblockländern, sondern zum Beispiel auch in Skandinavien ist. Hier bietet sich die Möglichkeit, neue Arbeitsplätze zu schaffen, die alten Arbeitsplätze zu sichern und einen vernünftigen Standortvorteil unseres Landes auszubauen.

(Beifall bei der CDU)

Bayern hat das erkannt. In Schleswig-Holstein wird dieser Bereich unter wirtschaftspolitischen Aspekten leider überhaupt nicht beachtet.

Immer wieder werden stolz die Dienstleistungstechniken und die erfolgreichen Firmen dieser Branche genannt. Schauen Sie sich diese Firmen einmal genau an und sprechen Sie mit den Unternehmern. Diese Firmen sind ohne Landeshilfe erfolgreich. Dort arbeiten kreative Menschen, die sich gegen alle Obstruktion durchgesetzt haben.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Wenn man den Jahreswirtschaftsbericht wirklich kritisch liest, merkt man, daß dieses Land **Schleswig-Holstein** immer noch von den **Exporten** aus gefährdeten Strukturbereichen, nämlich Werften, Maschinenbau und Chemie lebt. Das gibt zur Sorge Anlaß, wenn sich da nichts tut.

Schleswig-Holstein ist nicht der moderne Wirtschaftsstandort, wie es viele behaupten, aber es hat gute Chancen, sich in der geeinten EU und nach dem Fall der Mauer und der Öffnung zu den mittel- und osteuropäischen Staaten eine gute Position zu erarbeiten. Diese Chancen können aber wegen des Fortfalls der einzelstaatlichen, volkswirtschaftlichen und gesetzlichen Grenzen sowie des globalen Denkens der Konzerne, wie es auch schon bei vielen mittelständischen Betrieben nun beginnt - Sie haben es angesprochen, Herr Minister -, in unserem Lande nur dann wirtschaftlich genutzt werden, wenn auch die **Rahmenda-**ten und das politische Umfeld stimmen.

(Beifall bei der CDU)

Da kann ich auch wiederum nur die Medien zitieren, die feststellen, daß es daran im Lande mangelt. Das ist ein ganz klarer Kommentar der Medien, dem nichts hinzuzufügen ist. Denn er scheint ja objektiv wahr zu sein.

In den letzten zwölf Jahren - seien wir kritisch - ist in diesem Lande Schleswig-Holstein mehr abgewartet und gezaudert worden -, und in den letzten drei Jahren sind sogar mehr Hindernisse aufgebaut worden, als Chancen eröffnet wurden, daß sich die Unternehmen weiterentwickeln konnten.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Es ist nun erstaunlich, daß Sie, meine Damen und Herren von der Landesregierung, heute entdecken, was CDU und F.D.P. schon die ganzen Jahre gefordert haben, nämlich daß wir zumindest eine vernünftige **Infrastruktur** haben müssen. Wenn man hört, daß der Landtagspräsident, Herr Arens, jetzt beim ADAC sogar zugeben mußte, daß bei den großen Verkehrsprojekten der Realitätssinn der Regierung

(Uwe Eichelberg)

langsam zunehme, dann kann man nur sagen: Hört, hört!

(Ursula Röper [CDU]: Diese Erkenntnis kommt sehr spät! - Weitere Zurufe von der CDU)

Für Schleswig-Holstein ist es ein Glück, ein starkes **mittelständisches Unternehmertum** zu haben. Diese Unternehmen können zwar nicht immer sehr auf Weltmarktrends reagieren, denn sie sind auf lange Zeit angelegt, so daß diese Produktionsstätten dauerhafter als **Konzerne** sind. Davon profitieren wir.

(Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die neue CDU-Landesregierung wird in Zukunft diesen Unternehmern ein neues Umfeld bieten, indem sie ihnen vernünftige politische Rahmendaten liefert.

(Rhythmischer Beifall bei CDU und F.D.P.)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Das Wort hat jetzt Herr Abgeordneter Schröder.

**Bernd Schröder [SPD]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es ist schon bemerkenswert, Herr Kollege Eichelberg, wenn Sie sich hier hinstellen und sagen: Wir wollen das Land nicht schlechtreden, und sofort damit anfangen, Beispiele zu nennen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Beispiele für Ihr Versagen! Das ist der Punkt!)

Wer jetzt mit dem Beispiel Motorola kommt, einer Firma, in der 2.000 neue Arbeitsplätze eingerichtet worden sind,

(Beifall der Abgeordneten Ingrid Franzen [SPD])

und gleichzeitig davor warnt, daß es wieder bergab gehen könnte, der legt hier nicht unbedingt eine Grundlage für die positive Entwicklung Schleswig-Holsteins.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Martin Kayenburg [CDU]: Sie haben aber auch gar nichts verstanden, Herr Schröder! - Weitere Zurufe von CDU und F.D.P.)

- Sie müssen tatsächlich einen anderen Bericht gelesen haben, Herr Kayenburg! Denn der **Jahreswirtschaftsbericht** ist insgesamt ein eindrucksvoller Beleg schleswig-holsteinischer **Leistungsfähigkeit**.

(Beifall bei der SPD - Martin Kayenburg [CDU]: Ein Märchenbuch ist das!)

Und um gleich zu Anfang eine Aussage im Bericht zu aktualisieren, mit der die Opposition gern agiert hat - Seite 7 des Berichts! -: Die schleswig-holsteinische Wirtschaft ist um 1,8 % gewachsen, nicht um 1,3 %,

(Martin Kayenburg [CDU]: Ist das um die neue Inflationsrate bereinigt?)

und das Wachstum der westdeutschen Länder lag bei 2,3 % und nicht bei 2,9 %. Dies hat das Statistische Bundesamt vor kurzem mitgeteilt. Also, auch da müssen Sie eine Änderung Ihrer Argumentationskette vornehmen.

Als mir eine Pressemitteilung der CDU-Fraktion vom 22. März 1999 in die Hände fiel, habe ich zuerst meinen Augen nicht getraut.

(Zuruf von der SPD: Wir auch nicht!)

Da lese ich doch, daß Herr Rühle und Herr Kayenburg die CEBIT in Hannover besucht haben und sich beeindruckt zeigten - ich zitiere -, „in welchem großem Umfang schleswig-holsteinische Unternehmen an den Entwicklungen modernster Technik im Computerbereich beteiligt seien“.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Martin Kayenburg [CDU]: Nein, nein!)

Daß sich Volker Rühle darüber wundert, mag ja noch angehen. Woher sollte Herr Rühle auch wissen, daß Schleswig-Holsteins Wirtschaft schon seit langem nicht mehr von Ackerbau und Viehzucht getragen wird?

(Beifall und Heiterkeit bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Widerspruch bei der CDU - Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]. Das war aber platter als platt! - Anhaltende Zurufe)

Frau Präsidentin, im Handball ist das so: Wenn der Gegner foul spielt, wird die Zeit angehalten. Hier geht das auf meine Kosten!

(Anhaltender Beifall bei der SPD - Zurufe von der SPD: Ja!)

Daß Sie, Herr Kayenburg, erst nach Hannover fahren mußten, um festzustellen, daß in den vergangenen Jahren in Schleswig-Holstein ein enormes unternehmerisches und technologisches Potential mobilisiert wurde, erstaunt mich über alle Maßen,

(Herlich Marie Todsens-Reese [CDU]: Das glauben Sie doch selber nicht!)

(Bernd Schröder)

und das um so mehr, als doch die Kolleginnen und Kollegen seiner Fraktion ein ums andere Mal und so auch heute ein düsteres Bild vom **Wirtschaftsstandort Schleswig-Holstein** gemalt haben.

(Anhaltende Zurufe von der CDU)

Um so erfreulicher ist es, Herr Kayenburg, wenn Sie nun den Realitäten unserer Wirtschaft so tapfer ins Auge sehen,

(Heiterkeit bei der SPD)

auch wenn Sie dafür extra nach Hannover fahren mußten; aber Reisen bildet. Noch schöner wäre es natürlich, wenn Sie und Ihre Fraktionskolleginnen und -kollegen mit Ihrem Krisengerede über den Wirtschaftsstandort Schleswig-Holstein Schluß machen würden.

(Martin Kayenburg [CDU]: Kommen Sie doch einmal zur Sache!)

Mit Ihrem Gerede erweisen Sie der Wirtschaft in diesem Lande einen Bärendienst. Sie lösen mit Ihrem Gerede von den schlechten politischen und strukturellen Rahmenbedingungen doch nichts anderes als Skepsis in den Unternehmen aus, die sich mit dem Gedanken tragen, sich in Schleswig-Holstein anzusiedeln.

(Martin Kayenburg [CDU]: Das ändert sich im nächsten Jahr schlagartig!)

Sie reihen sich nahtlos in die Personengruppe ein, die der deutsche Botschafter anlässlich des USA-Besuches der Ministerpräsidentin gemeint hat. Er könne gar nicht so viel für den Standort Deutschland werben, wie Wirtschaftsfunktionäre und andere den Standort schlechtredeten, sagte er.

(Beifall bei der SPD)

Amerikaner verstünden nicht, warum der Eindruck erweckt werde, Investitionen in Deutschland seien verlorenes Geld. Heide Simonis hingegen hat in den USA in bemerkenswerter Weise für Schleswig-Holstein geworben.

(Unruhe bei CDU und F.D.P. - Martin Kayenburg [CDU]: Nennen Sie doch einmal die Ergebnisse!)

Während die Amerikaner vom wirtschaftsfreundlichen Klima in Deutschland überzeugt werden und der amerikanischen Botschafter - -

(Unruhe)

- Hören Sie doch einmal zu!

(Martin Kayenburg [CDU]: Was Sie erzählen, ist so hohl!)

Während die Amerikaner vom wirtschaftsfreundlichen Klima in Deutschland überzeugt werden und der amerikanischen Botschafter, John Kornblum, Schleswig-Holstein als guten Platz für Investitionen und als ein Tor für die Zusammenarbeit im Ostseeraum sieht, behauptet der CDU-Hoffnungsträger mit Rückfahrticket in einem Interview in den „Lübecker Nachrichten“, Schleswig-Holstein dämmere vor sich hin.

Sie sollten in Ihren öffentlichen Reden anerkennen, was sich in Schleswig-Holstein in den vergangenen Jahren getan hat.

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

**Bernd Schröder [SPD]:**

Nein!

(Frauke Tengler [CDU]: Schade!)

Ihnen würde ganz sicher kein Zacken aus der Krone fallen, wenn Sie dabei auch anerkennen würden, daß dies nicht zuletzt auch auf die Wirtschaftspolitik des Landes zurückzuführen ist.

(Zurufe von der CDU)

Sie sollten den Menschen draußen ganz im Sinne Ihrer zuvor erwähnten Presseerklärung sagen,

(Martin Kayenburg [CDU]: Uns so etwas hier zu erzählen!)

daß die **Wirtschaftspolitik in Schleswig-Holstein** seit 1988 dialogorientiert geführt wird. Die „Kieler Runde“, das „Bündnis für Arbeit“, das „Bündnis für Ausbildung“ und die „Existenzoffensive“ sind Belege dafür, daß das Verhältnis zwischen Wirtschaft, Gewerkschaften und Landesregierung von Vertrauen geprägt ist. Sie sollten sagen, daß mit Hilfe der Landesregierung allein im vergangenen Jahr 146 neue Unternehmen in Schleswig-Holstein 2.561 Arbeitsplätze geschaffen haben - das ist die größte Neuan-siedlung der letzten fast 30 Jahre -, daß kein Bundesland derzeit eine bessere Quote bei der Ansiedlung innovativer Unternehmen aufzuweisen hat als Schleswig-Holstein mit einem Anteil der High-Tech-Produkte von 21,1 %,

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

daß es in Schleswig-Holstein seit 1988 überdurchschnittlich viele Unternehmensgründungen gegeben hat. Mit 353 Neugründungen pro 10.000 Unternehmen liegt Schleswig-Holstein an der Spitze der westdeutschen Länder. Warum suchen Sie immer nur

(Bernd Schröder)

die Negativbeispiele aus den Möglichkeiten heraus, die Sie haben?

(Lothar Hay [SPD]: Die Kraft des negativen Denkens!)

In Schleswig-Holstein werden **Existenzgründungen** durch das Land und seine Einrichtungen gefördert. Stichworte sind Existenzgründungsberatungen, Förderlotse, Bürgschaften der Bürgschaftsbank, Existenzgründungsoffensive, Wagniskapitalfonds, Investitionsbankkredite.

Wir haben in Schleswig-Holstein ein dichtes Netz von High-Tech-Innovations- und Gründerzentren eingerichtet.

(Zuruf des Abgeordneten Thomas Stritzl [CDU])

Diesbezüglich steht die Wirtschaft hinter uns. So schlecht, wie Sie es hinstellen, kann das Verhältnis also nicht sein.

Es gibt national und weltweit führende Unternehmen in Schleswig-Holstein. Hierfür gibt es eine ganze Reihe von Beispielen. In den letzten zehn Jahren ist dies durch eine modernisierte Wirtschaftspolitik und durch die Förderung der Landesregierung möglich geworden. Investitionsbank, Mittelständische Beteiligungsgesellschaft und Bürgschaftsbank tragen zur Sicherung von Unternehmensfinanzierungen bei. Durch die Mittelständische Beteiligungsgesellschaft, den Wagniskapitalfonds, den Innovationsfonds Schleswig-Holstein und Hamburg wurde in den letzten zehn Jahren dringend benötigtes Risikokapital bereitgestellt. Dieser Begriff war bis 1988 in Schleswig-Holstein überhaupt nicht bekannt.

(Zuruf von der CDU: Das war auch nicht erforderlich!)

Durch das **Regionalprogramm** hat die Landesregierung wesentlich zur Förderung wirtschaftsnaher Infrastruktur, zum Strukturwandel, zu Wachstum und Beschäftigung der strukturschwachen Regionen beigetragen. Mit ISiT in Itzehoe, mit den Technologie- und Gründerzentren in Eckernförde, Itzehoe, Kiel, Rendsburg und Niebüll, mit dem Hafenausbau in Kiel und Lübeck, der Hörnsanierung und bei der Erschließung von Gewerbegebieten hat die Landesregierung bemerkenswerte Erfolge zu verzeichnen.

Schleswig-Holstein steht, was die Bereitstellung und das Angebot an **Ausbildungsplätzen** für junge Menschen angeht, bundesweit an erster Stelle. Diese positive Bilanz ist das Ergebnis des „Bündnisses für Ausbildung“, das in diesem Jahr bereits zum dritten Mal von der Landesregierung mit Partnern von Kammern, Verbänden, Gewerkschaften und dem Landesarbeits-

amt geschlossen wurde. Dies zeigt, daß sich die Unternehmen in Schleswig-Holstein ihrer sozialen Verantwortung bewußt sind.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Daß diese Landesregierung auch künftig die **Innovationskraft** des Landes nach Kräften fördern wird, macht das Programm „Arbeit, Bildung, Innovation“ deutlich. Mit diesem Programm wird auch in die Zukunft junger Menschen hier im Lande investiert.

Auch zur **Verkehrsinfrastruktur**, die Sie gern heranziehen, sind die entscheidenden Impulse für Schleswig-Holstein in den letzten zehn Jahren gesetzt worden. Dazu gehören die Bahnelektrifizierung der Strecke Hamburg - Kiel - Flensburg, die entscheidende Verbesserung des ÖPNV in der Fläche, die Anbindung der Westküste, die die Opposition jetzt wiederentdeckt hat, durch den Bau der A 23 und den Ausbau des Flugplatzes Kiel-Holtenau als bedeutenden Regionalflughafen.

Auf den Weg gebracht wurden die Projekte A 20, westliche Elbquerung und Fehmarnbeltquerung.

(Frauke Tengler [CDU] und Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Was? Auf den Weg gebracht? - Martin Kayenburg [CDU]: Nichts ist gemacht!)

- Sie können zetern, wie Sie wollen. Über dieses Thema sprechen wir anschließend noch gesondert.

Wir setzen uns für diese Projekte ein. Wir wollen die Finanzierung im Rahmen des Bundesverkehrswegeplans sicherstellen. Wir wollen den Schienenengpaß Elmshorn - Pinneberg - Eidelstedt beseitigen, und wir kämpfen für die Elektrifizierung der Strecke Hamburg - Lübeck - Travemünde, um die Hafenkooperation voranzutreiben.

(Beifall bei der SPD - Lachen bei der CDU und F.D.P.)

Wir sind in Schleswig-Holstein also auf einem guten Weg, in einem Land, in dem es - wie Sie, Herr Kayenburg, in der zitierten Presseerklärung hervorheben - „ein Potential intelligenter und dynamischer Unternehmer gibt“.

(Martin Kayenburg [CDU]: Natürlich! Das ist ja nicht Ihr Verdienst!)

Damit sich dieses Potential weiterhin entfalten kann, werden die Sozialdemokraten in Schleswig-Holstein ihre Wirtschaftspolitik konsequent daran ausrichten,

(Bernd Schröder)

daß das Land auch künftig an den wachsenden Zukunftsmärkten teilnehmen kann.

(Beifall bei der SPD - Lachen bei der CDU - Zuruf von der CDU: Wer war das?)

Die Wirtschaftspolitik der SPD für Schleswig-Holstein orientiert sich konsequent an der Zielsetzung, die Strukturen in unserem Land für die großen Herausforderungen der nächsten Jahre zu stärken. Wir sind dabei auf einem guten Weg. Machen wir den Menschen in diesem Land unsere Leistungen deutlich, und verstecken wir uns nicht hinter Äußerungen, wie sie die Opposition im beginnenden Wahlkampf gern öffentlich macht.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Das Wort hat Herr Abgeordneter Hentschel.

**Karl-Martin Hentschel** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Eichelberg, ich weiß, daß wir uns im Wirtschaftsausschuß über die positive Wertung der Technologie- und Innovationspolitik des Landes einig sind, und ich weiß auch, daß Sie jetzt Wahlkampf machen müssen. Deswegen habe ich es verstanden.

(Zurufe von der CDU: Wie bitte? - Martin Kayenburg [CDU]: Der einzige, der hier keinen Wahlkampf gemacht hat, war Herr Eichelberg! Das müssen Sie einmal Herrn Schröder sagen!)

- Keine Aufregung auf der rechten Seite!

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Nur Verwundung!)

Ich stelle zunächst fest, daß die **wirtschaftliche Entwicklung** des Landes insgesamt positiv ist, auch wenn das Wachstum im vergangenen Jahr geringer war als im Bundesdurchschnitt. Dies ist aber für Schleswig-Holstein typisch, da das Land aufgrund seiner tertiären Wirtschaftsstruktur auf eine beginnende Konjunktur immer langsamer reagiert, dafür aber auch nicht so tiefe Einbrüche erleidet.

Trotzdem sind die Ergebnisse sehenswert. Ich möchte nur erwähnen, daß Schleswig-Holstein die Nummer 1 bei den **Existenzgründungen** im ganzen Bundesgebiet ist. Im Trend hat Schleswig-Holstein in den letzten Jahren auch mehr **Wirtschaftswachstum** als der Bundesdurchschnitt gehabt. Schleswig-Holstein ist eines von drei Bundesländern, die mehr **Ausbildungsplätze** zur Verfügung stellten, als Nachfrage vorhanden war.

Es ist schon bemerkenswert, daß der Opposition im Zusammenhang mit Wirtschaftspolitik monatelang nichts anderes einfiel, als sich über den Straßenbau zu unterhalten. Nun, da der Wahlkampf naht, fällt Ihnen nichts anderes ein, als den Standort künstlich schlechztzureden.

(Unruhe bei der CDU)

Wenn der designierte Oppositionsführer dann auch noch erzählt, er wolle mehr für Existenzgründungen tun, dann merkt man, daß er hier neu ist. Denn genau das hat die Landesregierung in den letzten drei Jahren zu ihrem Schwerpunkt gemacht.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.]: Man kann noch mehr machen!)

Aber das kann man natürlich nicht wissen, wenn man auf der Durchreise ist.

Das zentrale wirtschaftspolitische Ziel der Landesregierung ist und bleibt die **ökologische Modernisierung** Schleswig-Holsteins. Dies ist keine Worthülse, sondern erstens Realität und zweitens bestmögliche Strategie. Es ist Realität, weil Schleswig-Holstein bundesweit Spitzenreiter bei regenerativen Energien ist, weil sowohl der CO<sub>2</sub>-Ausstoß als auch der spezifische Rohstoffverbrauch deutlich gesunken sind und das Land bei der Zertifizierung für das Ökoaudit der EU einen Spitzenplatz einnimmt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Die bestmögliche Strategie ist die Kombination von Ökologie und Innovation, weil die Ökologie erkennbar der Innovationsmotor des kommenden Jahrhunderts ist. Ökologisch wirtschaften heißt erstens, effizienter zu produzieren und auch effizientere Produkte herzustellen. Ökologisch wirtschaften heißt zweitens, schon heute die Hausaufgaben von morgen zu machen, wie es Mercedes mit dem Wasserstoff-Brennstoffzellenauto Nekar 4 demonstriert.

Eine besondere Bedeutung haben in diesem Zusammenhang gerade Betriebe, die Vorreiter in **Effizienztechnologien** sind. Dazu gehören sowohl die unternehmensnahen Dienstleistungen, die Softwarefirmen, die Mikroelektronik, die Mikrosystemtechnik und die Biotechnologie - alles Bereiche, die bei der Neugründung von Technologieunternehmen in Schleswig-Holstein in den letzten Jahren eine besondere Rolle gespielt haben. Wer auf der Hannover-Messe war und sich das angesehen hat, was schleswig-holsteinische Firmen zu bieten haben, kann das bestätigen.

**(Karl-Martin Hentschel)**

Im übrigen habe ich den Eindruck, daß einige um so eifriger über moderne Technologien reden, je weniger sie davon verstehen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Widerspruch bei der CDU - Zuruf des Abgeordneten Thomas Stritzl [CDU])

Wer kennt schon den Unterschied, Herr Stritzl, zwischen Mikroelektronik und Mikrosystemtechnik? Wissen Sie, wenn Sie schon nicht wissen, was mit dem Förderschwerpunkt der Mikrosystemtechnik gemeint ist, dann kennen Sie vielleicht den Unterschied zwischen Röhre und den Zugvögeln:

(Zurufe von der CDU)

Röhre bleibt nur eine Saison, Zugvögel kommen immer wieder.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Lothar Hay [SPD]: Jawohl!)

Besonders stolz sind wir auf die **Initiative für die Existenzgründerinnen und -gründer**, die für die Grünen in den Koalitionsverhandlungen eines der zentralen Anliegen darstellte. Ich bedanke mich hier noch einmal ausdrücklich für die hervorragende Zusammenarbeit mit dem vorigen Wirtschaftsminister Steinbrück, der eben nicht neue Anstöße als „dumm Tüch“ abgetan hat. Im Gegenteil, er hat jede Idee - komme sie von einem kreativen Konservativen, auch das soll es ja geben, oder komme sie von einem grünen Utopisten - mit Elan aufgegriffen und umgesetzt. Ich bin mir sicher, daß Herr Bülck auf diesem Wege fortfährt.

(Vereinzelter Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich bedanke mich auch beim Umweltminister Steenblock, der sich wie kein anderer

(Zurufe von der CDU: Na, na!)

dafür eingesetzt hat,

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Jetzt kommt's!)

daß Ökonomie und Ökologie zusammengeführt werden

(Widerspruch bei der CDU)

und dazu eine Vielzahl von Initiativen angestoßen hat.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Der Bericht der Landesregierung verweist gerade jetzt auf die angeschobene Kultur der wirtschaftlichen Selbständigkeit. Auch das von uns angeschobene neue Gründerinnenprogramm mit dem kleinen i - also nur für Frauen - hat im Staat 43 Existenzgründungen, im

letzten Jahr 72 Vorhaben unterstützt. Daraus sind 157 neue Arbeitsplätze entstanden.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Ingrid Franzen [SPD] - Thomas Stritzl [CDU]: Warum will die I-Bank das dann aufgeben?)

Ich erinnere mich noch gut an das ungläubige Gesicht von Frau Aschmoneit-Lücke, als sie vor drei Jahren fragte, wieso ein Wirtschaftsförderungsprogramm eigentlich geschlechtsspezifisch sein könnte. Sehen Sie, der Erfolg gibt uns recht.

(Ingrid Franzen [SPD]: So ist es! - Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vielleicht waren Sie damals noch zu sehr in der Gleichmacherei der 68er Jahre stehengeblieben, während wir nach der Lektüre von Iwan Illich darauf gestoßen sind, daß eben nicht nur Physikunterricht an den Schulen manchmal erfolgreicher ist, wenn Mädchen und Jungen getrennt werden, sondern daß sich auch die Bedürfnisse und Herangehensweisen von Frauen, die einen Betrieb gründen wollen, schlicht von Ideen ihrer Geschäftspartner in spe vom anderen Geschlecht in gewisser Weise unterscheiden.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Ingrid Franzen [SPD])

Ich stelle fest: Manchmal heiligt der Erfolg die Mittel, nicht immer.

Da wir bei den Mitteln sind, möchte ich neben den traditionellen Instrumentarien des Landes wie der Technologiestiftung, der Technologietransferzentrale, dem Netz der elf Technik- und Gewerbezentren im ganzen Land, der Bürgerschaftsbank, der Mittelstandsbeteiligungsgesellschaft auch noch das neue erwähnen: Immerhin hat sich das Land Schleswig-Holstein mit Hamburg zusammen als Pionier betätigt und ein **Wagniskapitalfonds** in Private Public Partnership aufgelegt. Dies ist etwas, was wir seit langem angestrebt haben, und es ist von allen Seiten gefordert worden ist, so etwas endlich anzupacken. Schleswig-Holstein hat es verwirklicht.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Eine weitere erfolgreiche Idee ist die Initiative, stärker in das **Humankapital** zu investieren, die mit dem Innovationsassistentenprogramm zum erstenmal umgesetzt wurde - übrigens auch mit einer Frauenför-

(Karl-Martin Hentschel)

derkomponente. Darüber hat sich selbst die Opposition nicht mehr aufgeregt oder es nicht mitbekommen.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das wird es sein!)

Wenn Schleswig-Holstein bei der **Quote der Neueintragungen ins Handelsregister** an der Spitze der alten Bundesländer steht, dann stelle ich fest: Zum Status des Gründerlands Schleswig-Holstein paßt das Gejammer der Opposition über die Wirtschaftsfeindlichkeit der rot-grünen Regierung überhaupt nicht.

(Lothar Hay [SPD]: Sehr richtig!)

Was die Technologiestiftung betrifft, meine Damen und Herren von der Opposition: Na, wie haben Sie denn gefeiert, als ich erzählt habe, daß wir die Kapitalkenkung verhindern werden? Sie sehen, daß wir dies gemeinsam und fraktionsübergreifend mit den für **Technologiepolitik** zuständigen Abgeordneten hinbekommen haben. Ich bedanke mich noch einmal besonders bei dem Abgeordneten Müller.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie wäre es denn, wenn wir öfter mal die parteibornierten Schienen überwinden könnten, wenn es um konkrete Projekte geht, und uns nur an der Sache orientieren? Mit Herrn Eichelberg und Frau Schmitz-Hübsch kann ich mir so etwas gut vorstellen.

(Vereinzelter Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn Sie bloß nicht so viel Schenkelklopfer und Stakatkatscher neben sich sitzen hätten!

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Eine Anmerkung sei mir zur **ökologischen Steuerreform** gegönnt: Die Verteuerung der Energie und die Entlastung des Faktors Arbeit durch Senkung der Lohnnebenkosten - wenn auch noch in einem kleinen Schritt - sind ein Geschenk an die mittelständische Wirtschaft in Schleswig-Holstein. Die KMU, das Handwerk, der Tourismus, die freien Berufe - speziell die Dienstleistung - sind die Gewinner, weil sie personalintensiv wirtschaften. Was ich allerdings kritisiere, ist, daß es mit der Senkung der Lohnnebenkosten viel zu langsam vorangeht.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Zum Schluß möchte ich betonen, daß ich mich in ganz besonderer Weise über die ausgeglichene **Ausbildungsbilanz** 1998 freue. Ich hoffe, daß das Bündnis für Ausbildung in diesem Jahr erfolgreich fortgesetzt werden kann. Vielen Dank allen Akteure.

(Beifall im ganzen Haus)

Ich weiß von vielen Verbandsvertretern - Ehrenamtlern und Hauptamtlichen -, daß sie mit viel mehr Engagement dabei sind, als ihr Amt das verlangt.

Mancher reißt sich ein Bein aus, weil er oder sie denkt, es könnte auch mein Sohn oder meine Tochter sein, für die ich es tue. Ich hoffe, daß dieses Vorbild auf alle anderen Unternehmer und Unternehmerinnen im Lande ausstrahlt. Wirtschaft ist eben mehr als Zahlen, es hat auch etwas mit Engagement, Stimmung und gutem Willen zu tun. Deshalb rufe ich allen Akteuren zu: Wir wollen dieses Land voranbringen! Machen Sie mit - nicht wegen Rot-Grün, jeder darf sein Parteibuch behalten und abgeben wie er will, sondern im Interesse der Menschen im Lande.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Ich erteile das Wort Frau Aschmoneit-Lücke.

**Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Minister, ich war von Ihrem Beitrag heute morgen zum **Jahreswirtschaftsbericht** wirklich beeindruckt. Er hat mir nämlich gezeigt, daß es doch wichtig ist, den schriftlich vorgelegten Bericht vorher zu lesen und sich nicht auf den mündlichen Bericht zu verlassen. Sonst hätte ich bedauerlicherweise gar nicht gewußt, was ich denn heute zum Jahreswirtschaftsbericht sagen soll. Also, es hat sich gelohnt, den Bericht zu lesen. Das finde ich schon einmal sehr erfreulich.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Nachdem die Debatte über den Jahreswirtschaftsbericht um einen Monat verschoben wurde, kann uns der Minister heute eine nach oben korrigierte Wachstumsrate präsentieren. Vielleicht sollten wir erst im November über die wirtschaftliche Entwicklung des Jahres 1998 sprechen, möglicherweise klettert die Wachstumsrate bis dahin auf wundersame Art und Weise noch weiter. Schön wär's ja.

Im jedem Jahr wird Schleswig-Holstein im Jahreswirtschaftsbericht noch ein bißchen moderner und noch attraktiver beschrieben. Nach tiefgründigen Aussagen wie „Nicht die Großen treffen die Kleinen, sondern die Schnellen die Langsamen“ wird der Leser belehrt: **Schleswig-Holstein** ist ein attraktiver **Wirtschaftsstandort**. Da war's. Schleswig-Holstein ist als Gründerland Spitze, freute sich der Wirtschaftsminister im Januar diesen Jahres, und mit ihm freute sich die damalige wirtschaftspolitische Sprecherin der

**(Christel Aschmoneit-Lücke)**

SPD-Fraktion. Gegenseitiges Schulterklopfen bei gleichzeitiger Verdrängung der Realität ändert jedoch nichts an der Tatsache, daß Schleswig-Holstein im vergangenen Jahr den Anschluß an die wirtschaftliche Entwicklung im übrigen Bundesgebiet verpaßt hat.

(Beifall bei der F.D.P.)

Im ersten Halbjahr 1998 gewann der Aufschwung in Deutschland an Fahrt. Das Wachstum der schleswig-holsteinischen Wirtschaft bleibt in den ersten sechs Monaten mit gerade 1,8 % deutlich hinter den Ergebnissen zurück. Damit geriet Schleswig-Holstein weiter ins Hintertreffen, denn das Bruttoinlandsprodukt der Erwerbstätigen lag wie in den Jahren zuvor deutlich unter dem Bundesdurchschnitt. Vermutlich ist das mit ein Grund dafür, warum man diese aussagekräftigste Größe vergeblich in dem ohnehin kaum lesbaren statistischen Anhang des Jahreswirtschaftsberichtes sucht.

Die Landesbank zieht daher auch ein etwas anderes Fazit der wirtschaftlichen Entwicklung: Schleswig-Holstein ist Wirtschaftsschlußlicht.

Das nördliche Bundesland trägt die Schlußlaterne des Konjunkturzuges in den westlichen Bundesländern. Als Hemmschuh erwies sich insbesondere die schwache Industriestruktur ohne Wachstumsbranchen.

Nachdem Schleswig-Holstein bereits im ersten Halbjahr den Anschluß an die Wirtschaftsentwicklung im Bund verpaßt hat, gab es auch im zweiten Halbjahr kaum eine Verbesserung. Ob nun 1,3 oder 1,8 % Wirtschaftswachstum im Jahresdurchschnitt: Ich halte wenig davon, mit dieser Wachstumszahl einfach auf den Wirtschaftsminister zu zeigen und ihm vorzuwerfen, er sei schuld daran. So einfach ist das nicht. Ich erwarte jedoch, daß sich sowohl der Herr Minister als auch die Kolleginnen und Kollegen der Regierungsfractionen endlich einmal objektiv damit auseinandersetzen, wie es zu diesem wenig erfreulichen Ergebnis kommt.

(Beifall bei der F.D.P. und vereinzelt bei der CDU)

Das heißt: Wie sieht die Wirtschaftsstruktur in unserem Land tatsächlich aus? Wenn man für einen Moment die wenig ernst zu nehmenden Werbebotschaften des Jahreswirtschaftsberichtes ebenso vernachlässigt wie das ständige Herbeireden des angeblich bewältigten Strukturwandels, muß man nämlich zu dem Schluß kommen, Schleswig-Holstein steckt nach wie vor mitten drin im **Strukturwandel**.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es!)

Genau diesen zu bewältigen, ist die originäre Aufgabe der Landesregierung.

(Beifall bei der F.D.P. und vereinzelt bei der CDU)

Diese rot-grüne Regierung steckt allerdings nach mehr als drei Jahren Amtszeit immer noch in einer Art Selbstfindungsprozeß, vertagt und verschiebt jede wichtige Entscheidung und versucht, ihr Nichtstun mit allmonatlichen Erfolgsmeldungen zu kaschieren.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Das ewige Hin und Her um wichtige **Verkehrsprojekte**, das viel zu lange Zögern bei der Zustimmung zur Elbvertiefung oder der Streit um die Ausgleichsflächen, damit der neue Airbus A 3XX in Hamburg gebaut werden kann und damit auch **Arbeitsplätze** für Schleswig-Holsteiner geschaffen werden können, stehen doch exemplarisch für eine Politik, die nichts voranbringt.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie sind von der Wirtschaftspolitik wieder weg zur Verkehrspolitik! Das passiert immer! - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Sie müssen begreifen, daß Verkehrspolitik Teil der Wirtschaftspolitik ist!)

- Herr Kollege Hentschel, Verkehrspolitik gehört auch zur Wirtschaftspolitik. Ich glaube, wir sind uns darüber einig - jedenfalls habe ich in diesem Hause noch nichts anderes von den wirtschaftspolitischen Sprechern gehört -, daß Infrastrukturpolitik ein ganz wesentlicher Teil der Wirtschaftspolitik ist.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, da erzählen der Wirtschaftsminister und sein Staatssekretär das Märchen vom Wunderland der modernen Multimediawelt, die angeblich in Schleswig-Holstein boomt.

(Zuruf von der SPD: Wieso „angeblich“?)

Ich frage Sie, Herr Minister Bülck: Wer oder was boomt da eigentlich? Spätestens Ende Februar dieses Jahres müßten selbst Sie jäh aus diesem Traum gerissen worden sein. So resümiert der Münchener Informationsdienst Multimedia für 1998 einen Rückgang des Gesamtumsatzes im **Multimedia-** und Online-Bereich um 10 % in Schleswig-Holstein.

(Martin Kayenburg [CDU]: So ist das!)

In allen anderen Bundesländern sowie in der Schweiz und in Österreich gab es Zuwächse bis zu 70 % wie in Hamburg oder von 77 % wie in Bayern. Fazit der Untersuchung: Multimedia ist in Schleswig-Holstein ein Fremdwort!

Wiederum lauten die Schlagzeilen in den Tageszeitungen im Land: Schleswig-Holstein ist Schlußlicht.

(Christel Aschmoneit-Lücke)

Das reiht sich nahtlos in die schon rekordverdächtige Negativbilanz des vergangenen Jahres ein, die überall mit Schlagzeilen - ich zitiere - wie „Viele Arbeitsplätze im Norden gefährdet“, „Konjunkturpessimismus im Norden“, „Die Stimmung wird immer schlechter“, „Schleswig-Holstein ist Wirtschaftsschlußlicht“, „Handwerk im Norden weiter im Konjunkturtief“ von sich reden macht.

(Martin Kayenburg [CDU]: Und das sagt nicht die Opposition, sondern die Presse!)

Das ist nicht Schlechtreden von seiten der Opposition, sondern das sind Zitate der schleswig-holsteinischen Presse

(Martin Kayenburg [CDU]: Deren Presse!)

und der überregionalen Presse.

(Beifall bei der F.D.P. und vereinzelt bei der CDU)

Herr Minister, da muß die Quote der **Handelsregi-sterneueintragungen** als Beleg für eine gelungene Wirtschaftspolitik herhalten. Ich frage Sie: Wofür steht dann die Rekordzahl der **Insolvenzverfahren**, die das Statistische Landesamt

(Martin Kayenburg [CDU]: So ist das!)

am 16. Februar 1999 für das vergangene Jahr veröffentlicht hat?

(Beifall bei der F.D.P. - Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Mit markigen Worten erläutert Herr Bülck in seinem Bericht „Innovation ist das Schlüsselwort für die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen“. Zugleich muß sich Schleswig-Holstein bei der **Patentdichte** mit einem mageren 11. Platz unter den Bundesländern begnügen. Unter den westlichen Bundesländern weist nur das Saarland eine noch geringere Anzahl von Patentanmeldungen je 100.000 Einwohner auf. Es ist doch kein Zufall, daß Baden-Württembergs Wirtschaft im vergangenen Jahr um real über 4 % gewachsen ist und dieses Land gleichzeitig die höchste Innovationskraft aufweist, während Patentanmeldungen aus Schleswig-Holstein mit gerade 24 je 100.000 Einwohner Mangelware sind.

„Wo viele Patente angemeldet werden, ist die Arbeitslosigkeit niedrig“, bilanziert daher der Präsident des Deutschen Patentamtes, Norbert Haugg. Er fordert die Politik auf, Rahmenbedingungen so zu setzen, daß sich Kreativität entfalten kann. Herr Minister Bülck, Sie sollten diesen Rat in den nächsten oder in den letzten zehn Monaten Ihrer Amtszeit befolgen.

(Beifall bei der F.D.P. und vereinzelt bei der CDU)

Betrachtet man die Entwicklung der vergangenen Jahre, so fällt auf, daß wir so etwas wie Stabilität auf relativ niedrigem Niveau haben. Boomt es in der Republik, fallen die Wachstumsraten Schleswig-Holsteins mager aus, lahmt die Gesamtkonjunktur, behauptet sich unser Land. Die **Wachstumsschwankungen** fallen weit geringer aus als im Bundesdurchschnitt. Diese geringere Reagibilität läßt sich nicht zuletzt durch die nach wie vor geringe Exportquote der schleswig-holsteinischen Wirtschaft erklären. Doch die spannende Frage lautet: Wie kommt unser Land überhaupt regelmäßig zu positiven Wachstumsraten?

Stellen Sie sich einmal vor, Herr Minister, Sie seien wieder Finanzmanager eines Unternehmens, dieses ist mit zehn Produkten auf dem Markt, eines davon trägt zu rund 90 % zum positiven Gesamtergebnis des Unternehmens bei. Jetzt haben Sie einen externen Berater mit der Aufgabe betraut, Verbesserungsvorschläge zu unterbreiten. Dieser schlägt Ihnen vor, genau jenes Produkt sofort vom Markt zu nehmen, das 90 % zum Gesamtergebnis beisteuert. Was würden Sie mit diesem Berater tun? - Sie würden ihn vermutlich unverzüglich vor die Tür setzen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Fest verpflichten!)

Den angeblich bewältigten **Strukturwandel** und die ebenso angeblich robuste **Wirtschaftsstruktur** möchte ich daher lediglich mit der Überschrift der „Kieler Nachrichten“ vom 18. Februar 1999 kommentieren: „Ohne Reaktoren ist Schleswig-Holsteins Wirtschaft tot.“

(Beifall bei der F.D.P. und vereinzelt bei der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich schließlich noch den Bereich der **Bauwirtschaft** herausgreifen; denn gerade hier wird deutlich, welche Folgen eine Politik hat, die in Zeiten knapper öffentlicher Mittel nicht in der Lage ist, Prioritäten zu setzen. Der anhaltende Abwärtstrend der Bauwirtschaft steht im unmittelbaren Zusammenhang mit einer Investitionsquote, die sich auf einem historischen Tiefstand befindet.

(Beifall bei der F.D.P. und vereinzelt bei der CDU)

Das ist eine Politik auf Kosten der Zukunft und zu Lasten wettbewerbsfähiger Arbeitsplätze. Wer tatsächlich eine soziale Komponente seiner Arbeitsmarktpolitik verwirklichen will, der muß in die Infra-

(Christel Aschmoneit-Lücke)

struktur unseres Landes investieren, statt sich irgendwelcher Programme zu rühmen.

Herr Minister, ich weiß nicht, welche wirtschaftliche Entwicklung Sie begutachtet haben, ich kann nur feststellen: Selten zuvor klafften Anspruch und Wirklichkeit so weit auseinander wie in diesem von Ihnen vorgelegten Bericht.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Das Wort hat Frau Abgeordnete Spoorendonk.

**Anke Spoorendonk [SSW]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich finde es immer wieder interessant zu hören, wie solch ein **Wirtschaftsbericht** doch allen möglichen die Gelegenheit gibt, immer über das Lieblingsthema zu reden; bei der Kollegin Aschmoneit-Lücke endeten wir natürlich bei den Reaktoren, bei der Atomkraft. Wir hörten, daß alles schlecht sei; Motorola sei auf jeden Fall nichts Besonderes - so der Kollege Eichelberg.

(Zurufe von der CDU)

Ich werde jetzt natürlich auch - - Ich muß schon sagen: So wie das herüberkam, fand ich das schon bedenklich. Wer an der Eröffnung des neuen Werkes in Flensburg teilgenommen hat, wird ja auch wissen, daß es eine ganze Reihe von Faktoren gibt, die für den Standort Flensburg sprechen. Das Management hat nämlich zum Beispiel schon längst erkannt, daß Mitarbeiter als ganze Menschen zu betrachten sind, das heißt, daß Qualifikation und Qualität eine ganz wichtige Rolle in Flensburg spielen und maßgeblich daran beteiligt sind,

(Martin Kayenburg [CDU]: Nicht nur dort!)

daß man sich für diesen Standort und nicht für eine Stärkung der Standorte in den USA ausgesprochen hat. Das hätte man wissen können, lieber Kollege Eichelberg!

(Vereinzelter Beifall bei der SPD - Zuruf des Abgeordneten Uwe Eichelberg [CDU])

Doch jetzt zum Thema!

(Zuruf von der CDU: Ja, mal zu!)

Das Bild von **Schleswig-Holstein** als einem modernen und attraktiven **Wirtschaftsstandort** sowie als einem Land auf dem Weg zu einem High-Tech-Standort, das der Wirtschaftsminister im Jahreswirtschaftsbericht 1998 zeichnet, muß man bei näherem Hinsehen - das will ich auch noch einmal deutlich machen - sicherlich differenzierter betrachten und auch regional verschie-

den gewichten. Positiv formuliert ist zu sagen, daß Herr Bülck seine Rolle als Chefverkäufer für Schleswig-Holstein - wie er es selbst formuliert hat - mit dieser Darstellung sehr ernst genommen hat.

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ja, daran ist auch nichts Negatives.

(Zuruf des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Martin Kayenburg [CDU]: Das müssen ausgerechnet Sie sagen, Herr Hentschel!)

Ein Verkäufer muß sein Produkt nun mal positiv darstellen, sonst verkauft er nichts. Genauso muß ein Wirtschaftsminister Optimismus verbreiten, um seinen Standort gut zu verkaufen. Ich finde, das gelingt dem Wirtschaftsminister recht gut, und heute hat er das bewiesen, als er mit viel mehr Temperament gesprochen hat, als ich ihm eigentlich zugetraut habe.

(Beifall bei der SPD)

Als Parlament ist es dagegen unsere Pflicht, den Jahreswirtschaftsbericht 1998 kritisch zu beurteilen und auf eventuelle Schwachstellen hinzuweisen. Für den SSW steht dabei die wirtschaftliche Entwicklung des **Landesteils Schleswig** weiter im Mittelpunkt, denn bei all den Jubelbotschaften, die Herr Bülck über die positive Situation des Wirtschaftsstandortes Schleswig-Holstein in seinem Jahresbericht verbreitet, will ich auch in diesem Jahr - das ist wirklich kein Ritual - meine Sorge über die Entwicklung im nördlichen Landesteil nicht verhehlen.

(Beifall des Abgeordneten Uwe Eichelberg [CDU])

Darauf werde ich gleich noch zurückkommen. Daß Schleswig-Holstein attraktiv für **Ansiedlungen** und **Unternehmensgründungen** ist, weil es eine gut ausgebaut wirtschaftsnahe Infrastruktur hat, scheint wohl unbestritten zu sein und zeigt sich auch in der Bilanz für 1998. 146 neu angesiedelte Unternehmen mit zirka 2.500 Arbeitsplätzen sprechen für sich.

(Beifall der Abgeordneten Holger Astrup [SPD] und Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Auch im Norden und an der Westküste gab es Neuan-siedlungen. Inwieweit diese Zahlen eine Verbesserung im Verhältnis zu den letzten Jahren darstellen, geht nicht aus dem Bericht hervor.

**(Anke Spoorendonk)**

Für 1998 war es positiv zu verzeichnen, daß im dritten Quartal eine Trendwende auf dem Arbeitsmarkt eingesetzt hat. In Norddeutschland hat Schleswig-Holstein weiter die niedrigste **Arbeitslosenquote**. Was die Aussichten für 1999 angeht, gibt es im Moment verschiedene Signale. Im Jahresbericht geht man im besten Fall von einem „Status quo“ bei den Arbeitslosenzahlen für 1999 aus. Von vielen Branchen hört man pessimistische Töne, das ist ja richtig. Es wird behauptet, die Wirtschaft sei in einem Stimmungstief, nicht zuletzt wegen der fehlenden Planungssicherheit durch die verschiedenen Initiativen der neuen Bonner Regierung. Dazu kommt der Kosovo-Krieg, der auch negativ auf die wirtschaftliche Entwicklung durchschlagen könnte.

Aber nicht alles wird so heiß gegessen, wie es gekocht wird. Das möchte ich auch noch einmal deutlich machen, denn die sechs führenden Wirtschaftsforschungsinstitute sehen in ihrem Frühjahrsgutachten von letzter Woche die wirtschaftlichen Aussichten für Deutschland insgesamt relativ optimistisch. Sowohl für 1999 als auch für das Jahr 2000 rechnen die Institute mit einem positiven Wirtschaftswachstum. Die Arbeitslosigkeit soll demnach sogar schon 1999 spürbar abnehmen. Wenn diese Prognosen richtig sind, hat dies natürlich auch positive Auswirkungen für Schleswig-Holstein. Also: kein Grund zur Entwarnung, aber auch kein Grund zum Pessimismus pur. Die Landesregierung muß aber konsequent ihre Politik der **Standortverbesserung** für Schleswig-Holstein fortführen.

Ein wichtiger Ansatz ist dabei die **Technologiepolitik** des Landes. Die Entwicklungsmöglichkeiten hängen ganz entscheidend davon ab, wie sich Innovationen - in Form von neuen Produktionsverfahren sowie neue Produkte und Dienstleistungen - bei unserer Wirtschaft durchsetzen. Obwohl die Infrastruktur durch die vielen Technologiezentren im Lande jetzt gut ausgebaut und vorhanden ist, gibt es in diesem Bereich immer noch Defizite. Auch hier möchte ich hinzufügen: Es gibt Gutachten über die Funktion von Technologiezentren. Das ist aber genauso wie bei Juristen: zwei Juristen, drei Meinungen - zwei Gutachten, drei Meinungen.

(Zuruf der Abgeordneten Brita Schmitz-Hübsch [CDU])

So hat der Präsident der Landeszentralbank, Professor Hans-Jürgen Krupp, kürzlich darauf hingewiesen, daß „Schleswig-Holstein im Bereich der forschungs- und entwicklungsintensiven Unternehmen in den letzten Jahren zwar aufholen konnte und nur noch knapp unter dem Bundesdurchschnitt liegt, aber daß der Rückstand bei den Patentanmeldungen immer noch gravierend ist“. Das ist klar, das muß verbessert werden. Der SSW ist der Auffassung, daß besonders im Bereich

des Technologietransfers zwischen Hochschulen und Unternehmen noch ein großes Entwicklungspotential liegt.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.] )

Die Ausstellung im Landeshaus zu diesem Thema macht aber Mut, möchte ich hinzufügen.

Es ist zwar schon viel getan worden, und es gibt auch einige positive Beispiele für eine funktionierende Zusammenarbeit an den Hochschulstandorten Flensburg, Kiel, Lübeck und Heide. Trotzdem wird man den Eindruck nicht los, daß die Berührungspunkte zwischen **Wirtschaft** und **Wissenschaft** immer noch zu groß sind.

(Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir müssen ganz einfach die Grenzen in den Köpfen der Beteiligten abbauen. Wir brauchen eine Kulturänderung, die dazu beiträgt, neue Ideen und Entwicklungen schneller umzusetzen.

(Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Letzte Woche feierten die Wirtschaftsgymnasien in Schleswig-Holstein ihr 50. Jubiläum. Auch dort wurde genau dieses Problem mit einer neuen Denke angesprochen, und es wurde gesagt, daß wir uns endlich von dem humboldtschen Ideal lösen müßten. Ich denke also: Eine Kulturänderung ist angesagt.

Im Jahresbericht wird das Beispiel von Motorola - ich sprach es eingangs schon an - mit seinen bald 2.000 neu geschaffenen Arbeitsplätzen hervorgehoben. Zu Recht! Was mich ärgert - das will ich dann auch sagen -, ist, daß immer nur Motorola genannt wird. Es gibt auch eine ganze Reihe von anderen Betrieben, die hervorragende Arbeit leisten. Dennoch zeigen auch die Arbeitslosenzahlen des Jahres 1998 in der Stadt selbst und im Landesteil Schleswig, daß wir immer noch hinter der wirtschaftlichen Entwicklung - besonders des Hamburger Randgebiets - hinterherhinken.

Im Jahreswirtschaftsbericht weist die Landesregierung auf den Beschäftigungsboom im nördlichen Hamburger Umland hin. Während die Anzahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten dort von 1980 bis 1997 auf über 20 % angestiegen sind, so ist für das übrige Schleswig-Holstein - einschließlich des Landesteils Schleswig - nur ein Anstieg von 3,6 % zu verzeichnen. Dazu ist die **Industriedichte im Planungsraum V** - das heißt, Flensburg, Nordfriesland

(Anke Spoorendonk)

und Kreis Schleswig-Flensburg -, immer noch nur fast halb so groß wie im Hamburger Umland, das heißt im Planungsraum I - Pinneberg, Stormarn, Segeberg und Lauenburg -, und sie liegt auch weit unter dem Durchschnitt von Schleswig-Holstein. Diese Zahlen zeigen, daß weiterhin ein erhebliches Gefälle besteht - ich sage dies nicht, um zu jammern; das ist ein Fakt -,

(Martin Kayenburg [CDU]: Bei Ihnen ist das Fakt, bei uns ist das Jammern! Was denn nun?)

ein Gefälle - ich hörte nicht, was Sie sagten -, das sowohl strukturschwache ländliche Regionen betrifft als auch kreisfreie Städte wie Flensburg,

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

wobei der SSW anerkennt, daß dies sicherlich auch für einige Regionen in Holstein gilt, beispielsweise für Dithmarschen und Ostholstein.

Es bleibt also weiterhin Handlungsbedarf für eine aktive **Regionalpolitik** in diesen strukturschwachen Regionen bestehen. Die wirtschaftliche Entwicklung Schleswig-Holsteins darf nicht nur über die Achse Øresund - Holstein - Hamburg verlaufen, auch das möchte ich noch einmal ganz deutlich hervorheben. Deshalb fordert der SSW - insbesondere für die strukturschwachen Regionen im Norden des Landes - die Weiterführung der regionalen Wirtschaftsförderung. Hinsichtlich der Neugestaltung der GA-Fördergebietskulisse ist es natürlich erfreulich, daß eine Ausweitung der EU-Fördergebiete erreicht wurde. Nun werden wir abwarten müssen, wie sich das in der Praxis auswirkt. Für uns bedeutet dies neben der Förderung durch EU- und GA-Mittel eben auch eine angemessene Mittelzuweisung des Landes durch das Regionalprogramm für ländliche Räume. Also: Das neue **Regionalprogramm 2000** muß auch in den nächsten Jahren mit angemessenen Eigenmitteln des Landes ausgestattet werden.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung hat Herr Abgeordneter Hentschel das Wort zu einem Kurzbeitrag.

**Karl-Martin Hentschel** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es müssen ein paar Sachen richtiggestellt werden.

(Martin Kayenburg [CDU]: Ausgerechnet von Ihnen!)

Zur Energiepolitik! Regenerative Energien schaffen wesentlich mehr Arbeitsplätze im Land als Atomkraftwerke. Das muß man einfach feststellen, wenn man über dieses Thema redet; das ist auch allgemein anerkannt. Auch die Exportquote bei regenerativen Energien hat sich in Schleswig-Holstein sehr gut entwickelt. Das ist ein Sektor, der mittlerweile überwiegend exportiert. Das heißt, wir haben ein hervorragendes **Zukunftsinvestitionsprogramm** in diesem Sektor, das von der privaten Wirtschaft mit privatem Geld betrieben wird. Dagegen zu polemisieren, Frau Aschmoneit-Lücke, finde ich fehl am Platze.

(Zuruf des Abgeordneten Uwe Eichelberg [CDU])

Zweitens zur Westküste - sie wurde von Herrn Kayenburg angesprochen -: Die **Strukturprogramme für die Westküste** haben Erfolg gehabt. Wenn man sich die Arbeitslosenzahlen ansieht - über die letzten zehn, zwanzig Jahre hinweg betrachtet -, dann stellt man fest, daß in früheren Zeiten - noch bis in die achtziger Jahre hinein - die Arbeitslosenquote an der Westküste weit höher lag als in allen anderen Kreisen. Das hat sich in den letzten Jahren angeglichen. Die Westküstenkreise liegen mittlerweile im Schnitt, das heißt, dies hat tatsächlich Wirkung gehabt. Das muß man einfach feststellen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Auch das stimmt nicht!)

Drittens eine Bemerkung zu den Zitatorgien, die hier gefeiert worden sind! Frau Aschmoneit-Lücke - das gilt auch für Bernd Schröder -, man kann, wenn man die Zeitungen intensiv liest und studiert, immer beliebig viele Zitate sowohl pro als auch kontra - da die Wirtschaft nun einmal launisch ist - finden; wenn man fleißig genug ist, wird man jede Rede mit Zitaten dafür füllen können, daß der Wirtschaftsstandort „Mist“ sei, und dafür, daß der Wirtschaftsstandort prima sei. Das beweist aber nichts.

Es ist auch so, daß Wirtschaft natürlich - das ist hier richtig gesagt worden - zunächst einmal von Firmen gemacht wird und nicht vom Staat.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Oh, das ist ja eine gute Erkenntnis!)

**(Karl-Martin Hentschel)**

Der Staat hat die Aufgabe, gezielt Impulse zu setzen. Beispiel Westküste! Es ist nicht so, daß das Hauptbeschäftigungsprogramm der Westküste für die Zukunft darin bestehen sollte, die A 23 weiterzubauen, damit Herr Kayenburg mehr Beton verkauft. Das kann nicht das Ziel sein. Das geschieht nur im Verhältnis 1 zu 1: Der Staat gibt das Geld aus, und dafür wird etwas gemacht; das ist Staatswirtschaft.

Intelligenter ist es, eine Fachhochschule an der Westküste aufzubauen, die dann Impulse gibt und für die Zukunft wirkt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist intelligente Wirtschaftspolitik.

Ergo meine Konsequenz für zukünftige Reden: Weniger Zitate, mehr über konkrete Wirtschaftspolitik reden!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung hat Herr Abgeordneter Benker.

**Hermann Benker [SPD]:**

Nichts zum Richtigstellen, Frau Präsidentin, sondern nur eine Ergänzung, weil ich nämlich in den Beiträgen der Opposition einen wesentlichen Bereich vermißt habe; das ist der **Ausbildungsbereich**. Frau Spoorendonk hat wenigstens darauf hingewiesen, und auch Herr Schröder hat darauf hingewiesen. Auch die berufliche Qualifizierung, die Aus- und die Weiterbildung sind ein Teil dieses Wirtschaftsberichts, und zwar ein wichtiger Teil.

Das Schielen auf die Wachstumsrate scheint mir immer ein bißchen rückwärts gewandt zu sein. Dabei muß man dem Bereich der beruflichen Qualifizierung eigentlich besondere Aufmerksamkeit widmen, und zwar unter dem Gesichtspunkt: Was kann die Regierung dazu tun? Es gibt eine Reihe von Faktoren. Das ist nicht nur das „Bündnis für Ausbildung“, sondern es ist neu hinzugekommen, Ausbildungsbetreuer zu schaffen - 13 sind es im Lande -, damit die Zahlen der Ausbildungsabbrecher geringer werden, weil Ausbildungsabbrecher in der Regel in die Arbeitslosigkeit zurückfallen. Das ist ein wichtiger Faktor.

Wir haben darüber hinaus Lernort-Kooperationen gefördert und unterstützt. Wir haben Verbundausbildung begonnen, sie unterstützt und gefördert, und wir haben die Fachhochschullandschaft in diesem Lande wesentlich verändert. Das hat zuletzt auch der Besuch bei der Fachhochschule in Heide bewiesen. Hinzuge-

kommen ist, daß darüber hinaus wirtschafts- und technikbezogene Hochschulstudienangebote gekommen sind.

Alles das ist Wirtschaftspolitik par excellence und zukunftsgerichtet. Deshalb muß man davon wegkommen, allein auf Wachstumsraten und Plus/Minus-Steigerungen - oder was auch immer - zu gucken.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Woran messen Sie denn den Erfolg, Herr Benker?)

- Nein, das sind zukunftsgerichtete Maßnahmen. Erfolge werden sich darin dann niederschlagen. Ich wollte nur sagen: Allein darauf zu gucken, reicht nicht aus.

Ich halte es für wichtig, daß dieser Punkt in einem Wirtschaftsbericht noch einmal hervorgehoben wird, daß nämlich berufliche Qualifizierung, Aus- und Weiterbildung auch in die Zukunft gerichtete Wirtschaftspolitik ist.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung hat Frau Abgeordnete Aschmoneit-Lücke.

**Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Kollege Benker, ich gebe Ihnen recht: Ausbildung, Weiterbildung, Fortbildung - das sind alles ganz wichtige Bereiche, die wir von der F.D.P.-Fraktion aber auch immer ganz besonders betonen, in jeder Debatte, nicht nur in wirtschaftspolitischen Debatten. Wir stehen jedenfalls ganz, ganz klar hinter einer guten Ausbildung und Weiterbildung. Aber Sie müssen doch den Effekt, Sie müssen doch den Erfolg dieser Politik, den Sie beschrieben haben, messen können, und diesen Erfolg messen Sie in der Wirtschaftspolitik oder in der Wirtschaft nun einmal am Wachstum und am Bruttoinlandsprodukt; daran kommt man doch nun einmal nicht vorbei. Man kann doch nicht einfach sagen „Wir machen gute Programme“, und anschließend die Maßzahlen außer acht lassen.

Ein Wort noch zu Herrn Hentschel! Herr Hentschel, ich habe an keiner Stelle gegen regenerative Energien polemisiert. Ich habe ausschließlich dargestellt, daß die Kernkraft in Schleswig-Holstein einen wichtigen Beitrag zum positiven Ergebnis des Wirtschaftswachstums dieses Landes leistet.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

(Christel Aschmoneit-Lücke)

Ich habe nicht polemisiert.

Im übrigen: Wenn Sie sagen, im Bereich der regenerativen Energien, der Windenergie, würden zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen, dann werde ich das natürlich überhaupt nicht bezweifeln; aber vergessen Sie bitte auch nicht, daß dies ausschließlich darauf zurückzuführen, ist, daß über das Stromeinspeisungsgesetz bestimmte Strompreise garantiert werden, daß es eine subventionierte Wirtschaftlichkeit ist, die Sie auf diese Weise herstellen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Zu einem weiteren Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung hat Herr Abgeordneter Kubicki das Wort.

**Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bei so viel geballtem wirtschaftlichem Sachverstand möchte ich nur einige Fragestellungen an den Kollegen Hentschel weitergeben in der Hoffnung, daß er darüber vielleicht noch einmal nachdenkt.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Dazu bin ich immer gern bereit!)

- Ja, das weiß ich; deshalb habe ich mich auch hierherbegeben. Sonst hätte ich das nicht getan.

Die erste Feststellung: Ich teile die Auffassung des Kollegen Benker, daß die Frage der **Ausbildung** und der Bildung für die künftige Leistungsfähigkeit eines Wirtschaftsstandorts von zentraler Bedeutung ist. Bedauerlicherweise gibt es aber, Herr Kollege Benker - ich will jetzt keine Polemik hier hereintragen -, Defizite, die wir nicht schnell genug aufarbeiten, sprich: Ausbildung an den Schulen, sprich: Ausbildung an den Universitäten. Das Memorandum der Professoren der Universität Kiel muß uns doch wachrütteln, denn es wirft doch die Frage auf, ob wir künftig in der Lage sein werden, in ganz bestimmten Bereichen jene wirtschaftliche Leistungsfähigkeit zu bieten, von der wir hier reden.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Aber meine Frage an Sie, Herr Kollege Hentschel, geht dahin, ob Sie nicht mit mir der Auffassung sein können oder wollen oder ob Sie sich nicht dem Gedanken nähern können, daß der Faktor Zeit in einer Wettbewerbsgesellschaft, in der wir uns befinden, in einer globalisierten Wirtschaft erhebliche Bedeutung hat, daß die Verzögerung von Zeit - -

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die erste Frage wird klar mit ja beantwortet!)

- Ja, gut, das ist sehr schön. Dann frage ich mich jetzt - und dies frage ich auch den Wirtschaftsminister -, ob er dann nicht ebenfalls der Auffassung ist, daß die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des **Standortes Schleswig-Holstein** durchaus besser wäre, wenn wir die A 20 bereits hätten, wenn wir die Fehmarnbeltquerung bereits hätten, wenn wir die **Verkehrsinfrastruktur** so, wie sie sich Herr Bülck und andere vorstellen, bereits entwickelt hätten.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist nicht dieser Tagesordnungspunkt!)

- Wir diskutieren dies unter dem Tagesordnungspunkt „Jahreswirtschaftsbericht“, und ich sage Ihnen: Die Tatsache, daß unser Bruttoinlandsprodukt auf dem Niveau beharrt, auf dem es derzeit steht, hat auch etwas damit zu tun, Herr Kollege Hentschel, daß Sie und Ihresgleichen in der Vergangenheit bestimmte Infrastrukturmaßnahmen verzögert haben, schlicht verzögert haben.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Ich richte diese Frage jetzt auch noch einmal an den Wirtschaftsminister und erwarte von ihm eine Auskunft dazu, ob er nicht ebenfalls meint, daß das **Bruttoinlandsprodukt** Schleswig-Holsteins und damit seine wirtschaftliche Leistungskraft unter Umständen stärker wären, wenn in bestimmten Wertschöpfungsbereichen - Beispiel: Gen- und Biotechnologie - Schleswig-Holstein den Anschluß nicht verpaßt hätte, wenn wir hier nicht Sachen erlebt hätten wie die der Verteidigung oder Zerstörung von Rapsfeldern oder von Flächen, auf denen Pappeln, die verändert worden sind, angebaut worden sind. Das sind doch Wertschöpfungsbereiche.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Die Tatsache, daß wir hier auch wieder Zeit verspielen, kostet Menschen in diesem Lande Lebenschancen. Das hat diese Regierung zu verantworten.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung hat Herr Abgeordneter Matthiessen.

**Detlef Matthiessen** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Herr Kubicki, Sie sagten „verzögert“ - meinen Sie,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ja, meine ich!)

die Verbände hätten - wären wir im Landtag gelandet oder nicht - ihre Klageverfahren davon abhängig gemacht? Was ist denn das für eine Wirklichkeitswahrnehmung!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben ja auch die Prozeßergebnisse zur Kenntnis nehmen können, daß dort sehr veritable Rechtsgüter im Raume stehen und das Verfahren erfolgreich beklagt wurde.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Herr Matthiessen, Sie können sich von Ihrer eigenen Geschichte jetzt nicht verabschieden, weil Sie hier modern sein wollen! Sie haben in diesem Lande viel verzögert!)

- Nun, das ist mir nicht klar. Wir haben nachher ja noch ähnliche Fragestellungen zu erörtern.

Ich wollte jetzt noch etwas zu dem Einwand sagen, daß ein Bereich der **Energiewirtschaft** hier subventioniert werde. Ich habe schon einmal versucht, dem Oppositionsführer in einer Presseerklärung - sie hatte drei Seiten, wenn ich mich recht erinnere - über den Wert der Subvention von **Windenergie** und den garantierten Preisen nach dem Stromeinspeisungsgesetz Nachhilfeunterricht zu erteilen, wie hoch denn der Subventionswert ist; er liegt bei drei Pfennig. Ich habe nie eine Antwort von Ihnen bekommen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Ihre Rechnung war nicht nachvollziehbar, Herr Kollege!)

Sie hätten ja einmal gegenrechnen können. Sie haben immer dazwischengebrüllt: „Ist ja unglaublich, rechnen Sie das mal vor!“ - Dann kriegen Sie eine dreiseitige Rechnung von mir geliefert und antworten darauf anderthalb Jahre lang nicht.

(Martin Kayenburg [CDU]: Auf so einen Schwachsinn antworte ich nicht!)

Diesen drei Pfennigen, die ich sehr wohl gut begründet habe - es sei denn, Sie äußern sich einmal dagegen -, steht gegenüber, daß natürlich auch die **Kernenergie** gewaltig subventioniert wird.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Jawohl!)

Sie hatte erstens einen riesigen Vorlauf im Bereich F & E; Forschungsmittel ohne Ende sind dort hineinge-

gangen. Sie hatte einen riesigen Vorlauf auch durch den Leitungsbau, durch die Logik eines zentralisierten Energiesystems, das wir haben. Und sie ist vor allen Dingen durch die Steuerprivilegierung der Rückstellungen subventioniert, die pro Kilowattstunde in der Summe über dem liegt, was ich eben nannte, nämlich über den drei Pfennig für Windenergie.

Es gibt fast keinen **Energieträger** - wenn wir einmal von Erdgas absehen -, der in Deutschland unsubventioniert wäre. Braunkohle wird durch die 15 % Inlandfreistellung nach der Binnenmarktrichtlinie der EU privilegiert. Jeder Steinkohlearbeitsplatz wird mit - glaube ich - 230 oder 280.000 DM, also mehr als der Arbeiter verdient, subventioniert. Wir haben also keinen unsubventionierten Energieträger.

Und ich sage Ihnen auch noch eins: Unsere exportorientierte Wirtschaft, unsere Kultur, die ja auch weltprägend ist, muß zukunftsfähig sein. Wir müssen dafür sorgen, daß wir bei uns Wirtschaftszweige aufbauen, die wir exportieren können. Das Auto, jedenfalls in der herkömmlichen Form, mit dem Riesenverbrauch können wir nicht exportieren. Wir können vielleicht ein Wasserstoffauto mit einem 1-l-Verbrauch nach China exportieren, aber wir können das, was wir zur Zeit haben, nicht nach China exportieren. Wenn wir uns vorstellen, daß jeder zweite Chinese ein Auto in der Größenordnung wie jeder zweite Deutsche fährt, können wir einen großen Schlüssel nehmen und den Globus abschließen, weil wir ihm dann den Garaus gemacht haben.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Eine Wirtschaftspolitik muß zukunftsfähig sein, gerade vor dem Hintergrund, daß wir eine Exportnation sind.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.] )

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Es ist kein ausdrücklicher Antrag gestellt worden, aber ich gehe davon aus, daß der Bericht im Wirtschaftsausschuß behandelt, ihm also zur abschließenden Beratung überwiesen werden soll. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen! - Gegenstimmen! - Enthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Auf der Besuchertribüne begrüße ich Gäste der Landeszentrale für Politische Bildung mit Schülerspre-

(Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau)

chern aus Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern.

(Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 29 auf:

### **Verfahren für eine zügige Realisierung des Projekts einer festen Elbquerung westlich von Hamburg**

Bericht der Landesregierung

Ich erteile das Wort dem Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr, Herrn Minister Bülick.

**Horst Günter Bülick**, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die zügige Realisierung einer **festen Elbquerung westlich von Hamburg** hat für die Landesregierung höchste Priorität.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Nach der Vorlage der verkehrswirtschaftlichen Untersuchung der A 20 im Februar 1998 hat das Verkehrsministerium auf allen Ebenen über die Ergebnisse informiert. Dabei haben die Gutachter und die Verwaltung auf die planerische Einordnung der verkehrswirtschaftlichen Untersuchung hingewiesen. Sie liegt im Vorfeld sämtlicher gesetzlich vorgeschriebenen formalen Verfahren - wie Raumordnungs- und Linienbestimmungsverfahren - und ist damit nicht Teil eines formalen Verfahrens. Die Untersuchung stellt eine Machbarkeitsstudie dar, die mögliche Linien für Trassenkorridore vorgibt.

Die Diskussionen in den Regionen haben gezeigt, daß die Präferenzen je nach Betroffenheit unterschiedlich ausfallen. Unter Berücksichtigung der ökologischen Wirkung nur auf der schleswig-holsteinischen Seite, der regionalwirtschaftlichen Vorteile für die Westküste und im Hinblick auf die bessere Anbindung des Kreises Steinburg und der Westküstenkreise gibt die Landesregierung in Übereinstimmung mit dem Beschluß des Schleswig-Holsteinischen Landtages vom Februar 1995 der A 20 im Raum Glückstadt politische Priorität.

(Beifall des Abgeordneten Uwe Eichelberg [CDU])

Gleichwohl kann aus planungsrechtlichen Gründen eine definitive **Festlegung auf eine Variante** heute nicht erfolgen. Ich will nicht, daß das Oberverwaltungsgericht den Bau der westlichen Elbquerung eines Tages stoppt, nur weil eine Variante zu früh ausgeschieden wurde, die in detaillierten Untersuchungen möglicherweise gleichwertige Ergebnisse erzielt hätte.

Abwägungsdefizite und Fehler im Planungsermessens können wir uns nicht erlauben. Wir wollen eine zeitnahe Realisierung erreichen.

(Beifall des Abgeordneten Uwe Eichelberg [CDU])

Dies deckt sich mit den Auffassungen der Länder Niedersachsen und Hamburg, die ebenfalls keine der in der Verkehrswirtschaftlichkeitsuntersuchung geprüften Varianten ausschließen und auf die erforderlichen detaillierten Untersuchungen verweisen, bevor eine abschließende Trassenfestlegung erfolgt.

Wie geht es weiter? - Um die nächsten Verfahrensschritte zügig bearbeiten zu können, haben wir im Ministerium eine **Projektgruppe** eingerichtet, außerdem wird es eine Projektgruppe mit den Ländern Hamburg und Niedersachsen geben. Zwischenzeitlich haben die beteiligten Länder das weitere Vorgehen mit dem Ziel der Erarbeitung einer konkreten Linienführung einvernehmlich abgestimmt.

Danach erfolgt im ersten Schritt eine weitere Eingrenzung der in der verkehrswirtschaftlichen Untersuchung geprüften Trassenkorridore. Der Auftrag konnte bereits Ende Februar vergeben werden. Die **Gutachter** sind gehalten, die umfangreichen Voruntersuchungen zügig durchzuführen und innerhalb von zwei Jahren abzuschließen. Das ist ein ehrgeiziges Ziel, da in diesem Verfahrensstadium eine umfassende Umweltverträglichkeitsstudie eine Vielzahl von formalistischen und floristischen Erhebungen und der Variantenvergleich zu erarbeiten sind. Außerdem sind die Öffentlichkeit und die Träger der öffentlichen Belange zu beteiligen.

An die Voruntersuchung wird sich ein **Linienbestimmungsverfahren** durch den **Bund** anschließen. Erst im Anschluß an die formale Linienbestimmung kann die Aufstellung der parzellenscharfen Bauentwürfe für verkehrswirksame Abschnitte beginnen, die Grundlage für das Planfeststellungsverfahren sind.

Um diesen Zeitplan einzuhalten, haben wir in großem Umfang **externe Planungsbüros** mit der Erarbeitung der Unterlagen beauftragt. Auch werden wir mit Banken und mit privaten Investoren Gespräche zu privaten Finanzierungsalternativen führen.

Meine Damen und Herren von der Opposition, auch wenn Sie mit inzwischen ermüdender Regelmäßigkeit der Landesregierung vorwerfen, daß sie das Projekt nicht mit dem nötigen Nachdruck vorantreibe, die Tatsachen widerlegen Sie! Fahren Sie zum Streckenabschnitt A 1/L 92, Sie sehen die Autobahn im Bau! Sie ist nicht - wie behauptet wird - virtuell. Außerdem gibt es ein sehr weit vorangeschrittenes Linienbe-

**(Minister Horst Günter Bülck)**

stimmungsverfahren für den Abschnitt A 1 bis Bad Segeberg.

Ich stehe dafür ein, daß die Nordwestumfahrung Hamburgs einschließlich der festen Elbquerung im Zuge der A 20 so zeitnah wie möglich erfolgt und planungsrechtlich auf einem soliden Fundament steht.

(Beifall der Abgeordneten Frauke Walhorn [SPD])

Aber wir werden nicht in diese Situation kommen, daß wir uns mit der heutigen Festlegung auf eine Alternative - wo wir noch nicht wissen, wie die endgültige ökologische und ökonomische Vorteilhaftigkeit aussieht - unter Umständen der westlichen Elbquerung insgesamt berauben. Das wird es mit mir nicht geben.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Herr Oppositionsführer.

**Martin Kayenburg [CDU]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich will gern bestätigen, was Herr Kubicki sagte: Die Ausführung wird es mit Herrn Bülck nicht mehr geben, wir werden das zügig auf die Schiene bringen.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Herr Bülck, ich verstehe überhaupt nicht, was Sie uns Neues gesagt haben. Das, was Sie hier erklärt haben, haben Sie in dem Umdruck, dem Brief, den Sie an Herrn Eichelberg als Vorsitzenden des Wirtschaftsausschusses geschickt haben, alles schon gesagt. Sie hatten angekündigt, Sie würden heute mitteilen, wie es denn weiter geht. Nach dem was Sie gesagt haben, geht überhaupt nichts weiter.

Sie haben gesagt, daß das **Gutachten** verschiedene Trassen ausweise, diese müßten nun erst einmal langatmig geprüft werden, und vor dieser Prüfung könne man weiter nichts sagen. Wissen Sie eigentlich, was Sie wollen? Wollen Sie die A 20, oder wollen Sie sie nicht?

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Preisfrage: Welche von beiden wollen Sie?)

Wollen Sie die **Elbquerung**, oder wollen Sie noch lange prüfen?

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

- Es wird doch hier dauernd ausgewichen. Wenn es denn wirklich so ist, daß zwingend - -

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie weichen doch auch aus!)

Erstens habe ich gesagt, sie soll bei Glückstadt sein, Herr Hentschel! Zweitens weichen wir bei dieser Diskussion bestimmt nicht aus. Drittens: Wenn der Minister sich darauf zurückzieht, daß hier bestimmte Risiken - wie das Gutachten behauptet - vorhanden seien, dann soll er doch einmal sagen, welcher Gestalt diese planungsrechtlichen **Risiken** sind, auf welcher gesetzlichen Grundlage diese Risiken beruhen und warum denn die **Varianten** nicht dann, wenn das Land in das Planfeststellungsverfahren eintritt, mit geprüft werden können. - Natürlich kann das parallel geprüft werden.

(Vereinzelter Beifall bei CDU und F.D.P. - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das hat er doch gerade dargestellt!)

Ich akzeptiere ja, daß Planungsschritte, die zwingend vorgeschrieben werden, wenn sich die Politik für eine Trasse entschieden hat, auch durchgeführt werden müssen.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aha!)

Das heißt aber nicht, daß wir in dieser Weise schieben müssen.

Wenn Sie die Mitteilung anschauen, erklären Sie mir doch bitte einmal, Herr Minister, wie das aussieht: Voruntersuchungen, Linienbestimmungsverfahren, Aufstellung des parzellenscharfen Bauentwurfs - drei Jahre. Wie Sie dann auf einen **Baubeginn** 2002 kommen, das müssen Sie dann anderen erzählen.

(Zuruf von der SPD: Das hat er nicht gesagt!)

- Doch, natürlich hat er das gesagt.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Hat er nicht gesagt!)

- Natürlich hat er das gesagt, das steht auch da drin. Genauso wie das auf zwei Jahre festgelegte Planfeststellungsverfahren natürlich erst nach Aufstellung eines parzellenscharfen Entwurfes gemacht werden kann! Von daher ist der Baubeginn wohl illusorisch.

Selbst wenn man Teile dieser Planung parallel abwickeln könnte - ich glaube nicht an diesen Baubeginn. Es sei denn, der Minister macht seinen ersten Spaten-

**(Martin Kayenburg)**

stich, wie wir das hier im Land ja schon öfter einmal hatten. Dann werden alle notwendigen Planungs- und Verfahrensschritte erst einmal in Ruhe abgewickelt, und es passiert auf Dauer nichts. Das ist genau der Weg, den wir nicht wollen.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Die Einrichtung von Projektgruppen, die im Wirtschaftsministerium auch früher schon einmal angekündigt worden sind - jetzt sind sie offenbar endlich eingerichtet worden -, wird keine Beschleunigung bringen. Bei Großprojekten ist es vielmehr erforderlich, andere Maßnahmen zu ergreifen, damit diese in überschaubarer Zeit überprüft und durchgeführt werden können.

(Beifall bei der CDU)

Herr Minister, wir haben Ihnen schon des öfteren gesagt, daß es erforderlich ist, private Unternehmen mit einzuschalten; denn die Kapazitäten in Ihrem Hause - dies ist kein Vorwurf, sondern eine Feststellung - reichen mit Sicherheit nicht aus.

Seit Vorliegen des Gutachtens haben Sie mehr als ein Jahr vertrödelt, bevor Sie sich heute hier hinstellen und sagen, es gibt wieder einmal eine Verzögerung, Entscheidungen kommen noch lange nicht. Ich weiß nicht, warum Sie nicht einmal nach Norden schauen. Unsere nördlichen Nachbarn Dänemark und Schweden machen es uns doch vor, wie zügig man **Großprojekte im Verkehrsbereich** abwickeln und realisieren kann. Herr Minister und Frau Ministerpräsidentin, Sie schauen gebannt in die Boomregion Kopenhagen-Malmö und wünschen ähnliches bei uns. Ihr Umgang mit Planungen im Verkehrsbereich ist aber genau das Gegenteil von Zielstrebigkeit und wird einen solchen Boom nicht auslösen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Für die Durchführung dieser Maßnahmen sind Einsatz, Tatkraft und vor allem Entscheidungsfreude und nicht Verzögerung und neue Planung gefordert. Aber Entscheidungsfreude fehlt dieser Regierung ja schon lange.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Sie sollten wissen: Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben. Sie wird der Wähler am 27. Februar 2000 bestrafen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Das Wort hat Herr Abgeordneter Schröder.

**Bernd Schröder [SPD]:**

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kayenburg, schon setzt sich der Wahlkampf wieder fort.

Schleswig-Holstein ist nach der Öffnung nach Osten und durch das Zusammenwachsen von Europa nicht mehr ein Standort in peripherer Lage. Schleswig-Holstein ist die **Drehscheibe zum Ostseeraum**, insbesondere nach Skandinavien und in die baltischen Staaten.

(Zurufe der Abgeordneten Peter Jensen-Nissen [CDU] und Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Diese Landesregierung hat maßgeblich zu dem veränderten Selbstverständnis beigetragen. Hierzu gehört auch eine Neuorientierung in der Verkehrspolitik, insbesondere mit Blick auf die transeuropäischen Verkehrsströme. Wir wollen und werden unsere Zukunftschance als Drehscheibe zum Ostseeraum nutzen.

Ich glaube, es besteht weitgehend Einigkeit in diesem Haus, daß die Infrastruktur auf die zukünftigen Verkehrsströme vorbereitet und ausgerichtet sein muß. Dies gilt im übrigen aber für alle Verkehrsträger: Straße, Schiene, Luft und Wasser.

(Beifall der Abgeordneten Lothar Hay [SPD] und Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich glaube, Einigkeit besteht auch dahin gehend, daß die Umsetzung großer neuer Verkehrsinfrastrukturprojekte eine breite Mehrheit braucht. Die Fortführung der A 20 mit einer Elbquerung westlich von Hamburg hat - so wird diese Debatte hoffentlich noch einmal zeigen - eine breite **parlamentarische Mehrheit**. Sie hat eine breite Mehrheit nicht nur im Parlament, sondern auch darüber hinaus in der Wirtschaft, bei den Unternehmensverbänden und den Gewerkschaften.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Wir brauchen aber auch eine breite gesellschaftliche Mehrheit, zumindest aber ein Verständnis für die getroffenen Entscheidungen auch bei den Betroffenen vor Ort.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Genau!)

Ein solches Verständnis ist nur durch Transparenz und entsprechend differenzierte Planung zu erreichen. Herr Kubicki, genau diesen Weg hat die Landesregie-

(Bernd Schröder)

rung eingeschlagen und verdient dafür vollste Unterstützung.

(Beifall des Abgeordneten Helmut Jacobs [SPD])

Nichts würde der Glaubwürdigkeit, nichts würde dem Wirtschaftsstandort Schleswig-Holstein mehr schaden, als wenn der Bau der westlichen Elbquerung durch gerichtliche Auseinandersetzungen aufgrund von Planungsfehlern gestoppt werden würde.

(Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Wer dieser Tage an den Plakaten in den Elbmarschen vorbeifährt, wird sich keiner Illusion hingeben: Es wird in der Region nicht nur Zustimmung geben.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist das, ja!)

Trotzdem will ich meine Enttäuschung über die Entscheidung des Steinburger Kreistages nicht verhehlen, die vorgelegte Linienplanung nochmals in Frage zu stellen. Wer zum jetzigen Zeitpunkt völlig neue **Trassenführungen** ins Spiel bringt, setzt sich dem Vorwurf tatsächlicher Zeitverzögerung bei der Realisierung der A 20 aus.

Wer wie die Opposition die sofortige Trassenfestlegung fordert, will der Öffentlichkeit Zeitverzug durch die Landesregierung vorgaukeln und ignoriert völlig die Tatsachen. Es sind doch gerade die Erfahrungen aus der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts zur A 20, die die Festlegung für eine Variante zum jetzigen Zeitpunkt aus planungsrechtlichen Gründen und Gründen der Rechtssicherheit insgesamt nicht zuläßt. Wir wollen keine Abwägungsdefizite und Fehler im Planungsermessen. Wir stehen für die vorgeschriebenen Beteiligungsrechte.

Die Landesregierung hat sich ebenso wie die SPD-Landtagsfraktion mit der **Elbquerung bei Glückstadt** für jene Trassenvariante stark gemacht, von der die stärksten Infrastrukturimpulse für die Westküste ausgehen. Wir wollen gerade nicht die Elbquerung auf ihre reine Entlastungsfunktion für den Engpaß Hamburg reduzieren.

Sicherlich ist bedauerlich, daß bei den Voruntersuchungen die Möglichkeit für eine Schienenquerung negativ entschieden wurde. Man darf dabei aber nicht vergessen, daß die Ursache vor allem darin liegt, daß der Verkehrsträger Schiene beim Transport von Menschen und Gütern zur Zeit noch nicht die ihm aus ökologischer Sicht zukommenden Rolle spielt. Das Projekt als solches, welches für alle untersuchten Va-

rianten einen hohen gesamtwirtschaftlichen Nutzen aufweist, ist mit uns aber nicht in Frage zu stellen.

Lassen Sie mich für die SPD-Landtagsfraktion abschließend feststellen: Wir sind uns mit dem Wirtschaftsminister einig, daß die Realisierung der verkehrswirtschaftlichen Leitprojekte - Fortführung der A 20, Elbquerung und Fehmarnbelt-Querung - mit allem Nachdruck und Zeitdruck vorangetrieben werden müssen.

Die Signale, die unser Fraktionsvorsitzender Lothar Hay bei seinen Gesprächen von skandinavischer Seite erhalten hat und die auch der Verkehrsminister von seiner Reise in die Øresund-Region mitgenommen hat, zeigen, daß sowohl Dänemark als auch Schweden auf eine möglichst kurze Planungs- und Bauzeit bei der Beltquerung dringen und eine Fertigstellung möglichst schon bis 2008 anpeilen.

Wir bitten deshalb die Landesregierung, weiterhin alles zu tun, beim anstehenden Planungsverfahren insbesondere die Planung der von Landesregierung und Parlament bevorzugten Variante einer Elbquerung bei Glückstadt beschleunigt voranzutreiben, um so den zeitlichen Zielkorridor der Fertigstellung vorzuziehen.

Mit der vorgesehenen Bildung einer gemeinsamen Arbeitsgruppe mit dem Bund unter Beteiligung der betroffenen norddeutschen Nachbarländer hat die Landesregierung, hat der Verkehrsminister den geeigneten Weg für eine Beschleunigung eingeschlagen. Die SPD-Landtagsfraktion wird jedenfalls den eingeschlagenen Kurs, aus Schleswig-Holstein einen Bewegungs- und nicht nur einen Standort zu machen, konsequent fortsetzen.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Ich erteile Herrn Abgeordneten Hentschel das Wort.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Jäger 90, die Betongrünen!)

**Karl-Martin Hentschel** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir sind uns einig darüber - auch mit Ihnen, Herr Kubicki -, daß wir eine effiziente Infrastruktur brauchen und daß es nicht darum geht, daß Zeit ein Faktor ist.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Darum geht es auch!)

**(Karl-Martin Hentschel)**

Bei Ihren Beiträgen, die in letzter Zeit zu diesem Thema gekommen sind, frage ich mich: Wollen Sie überhaupt ein rechtssicheres Verfahren, oder wollen Sie das nicht? Das ist mir manchmal schleierhaft.

(Martin Kayenburg [CDU]: Sie verstecken sich hinter dem Verfahren! - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Es scheint mir manchmal so, als sei das Schönste, was Sie sich wünschen, ein Verfahren, das so rechtsunsicher ist, daß es vor Gericht scheitert. Dann können Sie natürlich wieder alle lachen, aber dem Land ist damit nicht gedient.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wenn Sie dazu nicht in der Lage sind, müssen Sie die Regierung verlassen!)

Das Problem bei der Elbquerung ist, daß die Trassenentscheidung die Politik vor ein Dilemma stellt, das typisch ist für eine Zeit, in der Entscheidungen unter dem Druck des Populismus stehen. Eine Elbquerung bei Glückstadt, wie sie auch von der CDU - das habe ich gerade eben wieder gehört - präferiert wird,

(Martin Kayenburg [CDU]: Natürlich!)

wird weder vom Güterverkehr aus Skandinavien benutzt werden, wie das Gutachten sagt, noch eine **Entlastung der A 7 und des Elbtunnels** bringen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Das stimmt doch nicht, Herr Hentschel!)

Eine Querung bei Pinneberg dagegen gilt bei beiden großen Parteien als politisch nicht durchsetzbar. Eine Verbesserung der A 7-Durchfahrt und Investitionen in den ÖPNV, um zu einer echten Entlastung zu kommen, eventuell verbunden mit einer Transitspur durch Hamburg und Maut im Elbtunnel, würde aber gnadenlos als Einknicken vor den Grünen interpretiert werden. Ergebnis: Es wird ununterbrochen die von den Ökonomen, die vom Gutachten eindeutig als unsinnigste Variante bezeichnete Variante gepuscht, nämlich die Elbquerung bei Glückstadt, unisono vom **Unternehmerverband Westküste** und der Opposition - aber nicht von der Industrie- und Handelskammer Kiel und von den anderen Unternehmen.

(Zurufe von CDU und F.D.P.: Und von der Regierung!)

Ich begrüße es deshalb, daß die Landesregierung den Mut hat, keine voreiligen Entscheidungen zu treffen. Wir brauchen eine offene Prüfung aller Alternativen, um zu einer fachlich sinnvollen Entscheidung zu kommen.

(Martin Kayenburg [CDU]: In der nächsten Legislaturperiode werden Sie nicht mehr entscheiden können!)

Jede Form von Populismus, wie sie gepflegt wird, gerade von Ihnen, ist für eine sachliche Fachentscheidung schädlich. Schließlich geht es um Milliarden von Steuergeldern.

(Zurufe von der CDU: Wollen Sie die A 20 nun oder nicht?)

Das Problem besteht darin, daß im Grunde niemand - - Ich habe meine Lösung gesagt. Meine Lösung ist: Ausbau der Verkehrsverbindungen in Hamburg, Verbesserung des ÖPNV.

(Martin Kayenburg [CDU]: Also sind Sie dagegen?)

Das ist eine Lösung, die die Verkehrsprobleme im Hamburger Raum dauerhaft tatsächlich verbessert.

(Martin Kayenburg [CDU]: Herr Hentschel ist gegen eine westliche Elbquerung!)

Das Problem besteht darin, daß niemand ein wirkliches Interesse an einer neuen Elbquerung hat außer dem Unternehmerverband Westküste.

(Martin Kayenburg [CDU]: Das ist doch unglaublich!)

Alle anderen Menschen wollen nur schneller durch Hamburg.

(Martin Kayenburg [CDU]: Das ist unglaublich!)

Eine Elbquerung bei Glücksstadt gibt wenig Sinn,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Sagen Sie: Tragen Sie die Regierung eigentlich noch?)

da sie keine Entlastung dort bringt, wo bereits heute die Engpässe liegen, nämlich in Hamburg. Der größte Teil des Verkehrs aus Skandinavien kommt über Puttgarden oder wird in Lübeck auf den LKW verladen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Als ob er das entscheiden darf!)

Das alles sind Verkehre - das ist überwiegend der Skandinavienverkehr - ,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist das, was ich vorhin meinte! Das ist der „Wirtschaftsstandort Schleswig-Holstein“ !)

- die nicht den Umweg über den Kreis Steinburg benutzen werden, Herr Kubicki!

**(Karl-Martin Hentschel)**

Eine Elbquerung bei Pinneberg wird von den Bürgerinnen und Bürgern des Kreises - -

(Martin Kayenburg [CDU]: Wir schenken ihm eine Landkarte von Schleswig-Holstein! - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Sie haben auch gesagt, daß die Dänen die Große-Belt-Querung nicht benutzen!)

- Eine Elbquerung bei Pinneberg wird von den Bürgerinnen und Bürgern des Kreises nicht gewünscht. Ich warte immer darauf, daß die CDU einmal sagt, sie möchte bei Pinneberg bauen. Die Voten aller Kommunalparlamente - mit ihren Parteifreunden - zeigen: Obwohl sie nach dem Gutachten die Hauptnutznießer sein sollen, liegt der angebliche Vorteil darin, daß jeder Bürger bei einer **Elbquerung** 40 sec Fahrtzeit einspart. Diese 40 sec werden bei Berücksichtigung sämtlicher variablen und fixen Kosten einschließlich Garagenplatz, Lärmschutzeinsparungen, Entlastungen der Umwelt durch weniger CO<sub>2</sub>-Ausstoß und Arbeitseinkommen auf 45 Jahre hochgerechnet. Diese 40 sec, auf 45 Jahre hochgerechnet, ergeben einen volkswirtschaftlichen Nutzen von 11 Milliarden DM. Für jeden Bürger des Kreises Pinneberg kommt ein volkswirtschaftlicher Nutzen von 7.000 DM heraus.

(Martin Kayenburg [CDU]: Ist das nichts?)

Das ist das Ergebnis der Studie. Leider ist fast kein Bürger des Kreises davon zu überzeugen, daß diese 40 sec und diese virtuellen 7.000 DM für ihn eine Autobahn durch den Kreis rechtfertigen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Sie wollen bei Pinneberg bauen?)

Das ist doch das Problem, vor dem wir stehen. Weil Sie vor diesem Problem stehen, Herr Kayenburg, sind Sie zu feige, eine politisch sinnvolle Entscheidung zu treffen, sondern sagen: Wir bauen lieber bei Glückstadt, wo Sie genau wissen, daß kaum ein LKW des Verkehrs aus Skandinavien dort je langfahren wird.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das wäre Unsinn!)

Das wissen Sie doch genausogut wie ich.

(Glocke der Präsidentin)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Herr Abgeordneter Hentschel, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Kayenburg?

**Karl-Martin Hentschel** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ich bin leider am Ende meiner Zeit; es tut mir leid.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das stimmt! Er ist am Ende seiner Zeit!)

Für die Westküste errechnet sich nur ein minimaler Vorteil. Wir wissen, daß es jenseits aller Ideologien - wenn wir die einmal ablegen könnten -

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Kann man!)

um ein Problem des Nahverkehrs in Hamburg geht.

Ich bin bereit und dafür, sinnvolle Entscheidungen zu treffen, fachlich gute Entscheidungen zu treffen. Ich weiß, daß ich mit meinen Vorschlägen hier keine Mehrheit habe. Ich weiß auch, daß ich mit meinen Vorschlägen nicht in der Lage bin, in diesem Bereich die Politik der Landesregierung zu bestimmen, weil das im Koalitionsvertrag nicht abgegeben wird.

(Zurufe von der CDU - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Sie wollen das nicht!)

Das ist Tatsache. Das wird mich aber nicht daran hindern, Herr Kubicki - ich werde auch nichts verzögern, um auch das deutlich zu sagen -, in den Fachdiskussionen meine fachliche Meinung zu sagen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist Ihr gutes Recht!)

Ich bitte Sie: Hören Sie endlich auf, Nebenkriegsschauplätze zu eröffnen. Äußern Sie sich auch fachlich! Äußern Sie sich zu der Sachdebatte! Äußern Sie sich - verdammt noch mal! - zu den Gutachten! Das möchte ich von Ihnen einmal hören.

(Peter Jensen-Nissen [CDU]: Oh, oh!)

Das würde mich interessieren. Dann bin ich auch bereit, mit Ihnen weiterzudiskutieren.

(Beifall des Abgeordneten Lothar Hay [SPD] - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Da klatscht du?)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Lassen Sie mich an dieser Stelle darauf hinweisen, daß Meinungsäußerungen und Kommentare von den Regierungsbänken nicht zulässig sind.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wer war das?)

Das Wort hat Frau Abgeordnete Aschmoneit-Lücke.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Frau Birk war es auch nicht! Da muß ich sie in Schutz nehmen!)

**Christel Aschmoneit-Lücke** [F.D.P.]:

Frau Präsidentin! - Das stimmt! Das tut sie meist auch nicht!

**(Christel Aschmoneit-Lücke)**

Meine Damen und Herren! Lieber Herr Kollege Hentschel, das war sehr eindrucksvoll, was Sie hier vorgebracht haben. Sie haben nämlich eindrucksvoll das demonstriert,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Leider falsch!)

was wir vorher gesagt haben, nämlich daß die Regierung zwar von Ihnen angeblich mitgetragen wird

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] verläßt den Sitzungssaal)

- jetzt geht er raus: ich glaube, er hat Angst vor mir! -,

der Minister sich aber hier hinstellt und sagt: „Wir wollen die feste Elbquerung so zeitnah wie möglich westlich von Hamburg, und zwar bei Glückstadt, realisieren.“ So habe ich den Minister verstanden.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So habe ich ihn auch verstanden!)

So habe ich auch sein Schreiben an Herrn Eichelberg vom 3. März dieses Jahres verstanden.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Er gibt es auch zu!)

- Ja, gibt er auch zu! Gut! In der Presse war es auch nicht anders zu lesen. Der Baubeginn wurde vom Minister bereits auf das Jahr 2002 datiert.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Der Fraktionsvorsitzende der SPD!)

- Auch Herr Hay hat sich ebenfalls positiv zu der westlichen Elbquerung bei Glücksstadt geäußert - erfreulicherweise!

Dann steht der wirtschafts- und verkehrspolitische Sprecher der Grünen auf und sagt ganz deutlich: „Eigentlich wollen wir die gar nicht. Wir wollen sie jedenfalls nicht.“

Er hat zwar zu Recht gesagt - das muß ich betonen -, daß das Gutachten eine ganz klare und deutliche Aussage hinsichtlich der **Kosten-/Nutzen-Analyse** macht. Das ist gar keine Frage; daran kann man auch nicht vorbeireden. Wir wissen natürlich auch - genau wie Sie alle -, daß es in der Region, und zwar für jede Variante, die bisher angedacht worden ist, inzwischen Initiativen gegeben hat, die sich gegen die Variante in ihrem eigenen Kreis aussprechen. Das kennen wir.

Herr Hentschel hat hier eben überhaupt nicht gesagt, wo er denn nun eigentlich die Alternative sieht.

(Martin Kayenburg [CDU]: Doch, in Pinneberg, hat er gesagt!)

- Hat er gesagt? Er will die Alternative in Pinneberg? - Ich habe Herrn Hentschel so verstanden, daß er eigentlich diese Elbquerung überhaupt nicht haben will.

(Martin Kayenburg [CDU]: Eigentlich nicht, aber wenn, dann in Pinneberg! - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wenn, dann in Pinneberg!)

- Wenn, dann in Pinneberg! Gut, dann halten wir das fest: Wenn, dann in Pinneberg! Ich habe allerdings den Eindruck, daß dies nicht, jedenfalls nicht zeitnah durchsetzbar ist.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das Gutachten sagt das! Äußern Sie sich zum Gutachten!)

- Herr Hentschel! Herr Kollege Hentschel, Sie waren eben draußen. Ich habe eben ausdrücklich betont, daß das Gutachten in der Kosten-/Nutzen-Analyse ganz klar die Variante Pinneberg befürwortet. Vielleicht hätten Sie das gehört, wenn Sie hier drin gewesen wären. Darüber gibt es überhaupt keinen Streit.

Ich stelle allerdings fest, daß der Wirtschaftsminister kurz vor Ihnen gesprochen und gesagt hat, er wolle Glückstadt.

(Beifall der Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.], Peter Jensen-Nissen [CDU] und Martin Kayenburg [CDU])

Im übrigen gibt es noch einen Beschluß dieses Landtages aus dem Jahr 1995,

(Beifall der Abgeordneten Roswitha Strauß [CDU])

in dem wir uns alle damals,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Einstimmig!)

und zwar einstimmig, für Glückstadt ausgesprochen haben.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Wenn Sie das nicht wollen, Herr Hentschel, müßten Sie möglicherweise einmal versuchen, einen anderen Landtagsbeschluß herbeizuführen.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Kann ich leider nicht!)

Dann können wir uns darüber unterhalten, ob Sie dafür eine Mehrheit finden.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Seien Sie nicht feige! Bringen Sie einen Antrag ein, Herr Hentschel!)

Sie haben jedenfalls heute sehr eindrucksvoll demonstriert, daß Sie in dieser Frage keineswegs einer Mei-

**(Karl-Martin Hentschel)**

nung sind. Das genau haben wir damit gemeint, als wir vorhin von Verzögerung gesprochen haben. Das

(Christel Aschmoneit-Lücke)

Hin und Her hilft mit Sicherheit der möglichst zeitnahen Realisierung dieses Projektes nicht.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Das Wort hat Frau Abgeordnete Spoorendonk.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Anke, sag mal: Die Große-Belt-Querung wollte auch keiner! Jetzt fahren alle rüber!)

**Anke Spoorendonk [SSW]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich werde mich zuerst zur festen Elbquerung äußern. Die geplante westliche Elbquerung - ich sage das noch einmal - hat eine lange parlamentarische Geschichte. Schon am 23. Februar 1995 hat sich der schleswig-holsteinische Landtag einstimmig für eine westliche Elbquerung bei Glücksstadt mit Straßen- und Schienenanbindungen ausgesprochen. Ich möchte das in Erinnerung rufen, weil ich das Vergnügen hatte, mir die Debatte hier anzuhören. Wichtig ist für mich, daß es ein einstimmiger Beschluß des Landtages war.

(Beifall des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.] )

Daran geht kein Weg vorbei.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wenn das Gutachten anders ausfällt, Herr Kubicki, das interessiert nicht? - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wir müssen selbst denken! - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Man darf den Kopf nicht abgeben! - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Im Gegensatz zu Ihnen mache ich das nicht!)

Das Kabinett hat am 2. März 1999 seine politische Präferenz für die Realisierung **der A 20** im Raum Glücksstadt abgegeben. Soweit, so gut, möchte ich hinzufügen. Beide Empfehlungen sind abgegeben worden, weil eine solche Variante die Kreise Steinburg, Dithmarschen und Nordfriesland verkehrlich optimal an das Fernverkehrsnetz anbindet.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das Gutachten ist bestimmt von Frau Schmitz-Feuerhake! - Glocke der Präsidentin)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Entschuldigen Sie bitte einen Moment, Frau Abgeordnete! Ich bitte darum, Dialoge außerhalb des Plenarsaals zu führen! - Sie haben das Wort, Frau Spoorendonk.

**Anke Spoorendonk [SSW]:**

Ich würde mich auch gern an der Diskussion beteiligen, will aber dennoch mit meiner Rede fortfahren. Ich war noch bei der westlichen Elbquerung; das möchte ich in Erinnerung rufen. Diese Anbindung würde erhebliche strukturpolitische Vorteile insbesondere für die Westküste bringen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es! - Beifall der Abgeordneten Bernd Schröder [SPD] und Roswitha Strauß [CDU])

Das ist auch der Grund dafür, daß sich der SSW eindeutig für die westliche Elbquerung bei Glücksstadt ausgesprochen hat.

(Beifall des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Für den SSW sind nicht zuletzt die wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten für die Westküste neben der **Verkehrsentlastung** für den Großraum Hamburg der entscheidende Punkt, warum wir uns für dieses Projekt stark machen. Deshalb hat für den SSW der Ausbau der A 20 und der Bau der westlichen Elbquerung weiterhin Priorität vor einer möglichen Fehmarnbeltquerung. Auch das will ich gern hervorheben. Wir sind nicht gegen die **Fehmarnbeltquerung**, aber wir finden: Die Reihenfolge muß stimmen. Das heißt: Erst westliche Elbquerung, dann Fehmarnbeltquerung!

Ich sagte in der Februar-Tagung des Landtages in meinem Redebeitrag zur Verkehrspolitik, daß wir bei der westlichen Elbquerung endlich Nägel mit Köpfen machen müssen. Dazu stehe ich auch. Ich muß aber auch erkennen, daß die Wirklichkeit oft komplizierter ist, als simple politische Forderungen es ausdrücken können.

Das heißt, der SSW nimmt mit Bedauern zur Kenntnis, daß die definitive Festlegung auf die Glücksstadt-Variante für die westliche Elbquerung sowohl aus politischen Gründen als auch aus juristischen Gründen immer noch nicht möglich ist. Politisch nicht, weil sich die Nachbarländer Hamburg und Niedersachsen - auf die wir ja bei diesem Projekt angewiesen sind - immer noch nicht endgültig für diese Variante entscheiden konnten. Mich würde schon einmal interessieren, wie man sich die weiteren Verhandlungen mit Hamburg und Niedersachsen vorstellt.

(Beifall des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.] )

**(Christel Aschmoneit-Lücke)**

Ich würde besonders gern von den massiven Kritikern der Regierungspolitik hören, wie man sich diese Verhandlungssituation vorstellt, und wie man die Situation meistern möchte. Ich denke, mit Gutsherrenart kommt man hier nicht weiter.

Juristisch nicht, weil nach Aussagen der Landesregierung die vorliegende Machbarkeitsstudie, die ja übrigens auch eine Variante näher an Hamburg empfohlen hatte - das wissen wir - kein formales Verfahren darstellt. Eine definitive Festlegung konnte also aus planungsrechtlichen Gründen nicht erfolgen. Das ist das, was uns gesagt wurde, und ich meine, bisher habe ich noch keine Argumente gehört, die dagegen sprächen. Es gibt also anscheinend planungsrechtliche Gründe, die noch keine definitive Festlegung möglich machen.

Deshalb will die Landesregierung, so sagt sie nun, alle vier möglichen Varianten und Trassen nach dem gesetzlich vorgeschriebenen Verfahren prüfen und sich danach für eine Linienführung entscheiden. Diese Verfahren sollen gleichzeitig durchgeführt werden, wenn ich das richtig verstanden habe. Das würde bedeuten, daß eigentlich keine Verzögerung beim Bau der westlichen Elbquerung eintritt, weil wir auch bei einer Festlegung nur für die Glückstadt-Variante die gesetzlich vorgeschriebenen Verfahren hätten durchführen müssen. Ich denke, wir sind doch alle der Meinung, daß nach Recht und Gesetz verfahren werden muß.

Das heißt also, daß wir bei einer gleichzeitigen Prüfung aller vier in Frage kommenden Varianten auf Nummer sicher gehen, falls die Realisierung der westlichen Elbquerung bei Glückstadt aus irgendwelchen Gründen nicht durchführbar ist. Dann hätte man nämlich schon die realistischen Alternativen gleichzeitig geprüft und müßte nicht von vorn anfangen.

Ich wiederhole: Der SSW setzt sich für die westliche Elbquerung ein. Aber wir leben nicht im luftleeren Raum, und darum müssen wir natürlich auch Sorge dafür tragen, daß diese Prüfungen durchgeführt werden.

Wir schließen uns - das möchte ich zuletzt wiederholen, nachdem es schon von anderen gesagt wurde - der Forderung von SPD-Fraktionschef Lothar Hay an, daß das Jahr 2002 der allerletzte Termin für die Realisierung dieses Projektes sein muß.

(Beifall bei der SPD - Martin Kayenburg [CDU]: Wie soll das gehen, wenn das so verzögert wird?)

Und noch eine Bemerkung, auch wenn es hier blinkt.

(Heiterkeit)

Es ist gesagt worden, man solle sich ansehen, wie das in den skandinavischen Ländern bei diesen Großprojekten gelaufen ist.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wunderbar!)

Ich möchte daran erinnern, daß der Beschluß des Dänischen Folketing zur **Großen-Belt-Querung**

(Zurufe von der CDU)

- laßt mich ausreden - im Jahre 1986 getroffen worden ist. Das war nicht so von heute auf morgen. Gleichzeitig fingen die Diskussionen um die Øresundquerung an. Dieser Beschluß wurde 1991 gefaßt. Das war auch kein Zuckerlecken; da hat man auch gekämpft. Und es hat gedauert. Die Pointe ist: Wenn der Beschluß gefaßt ist, dann handelt man schnell, aber Beschlußfassung und Verhandlungen dauern eine Weile.

(Martin Kayenburg [CDU]: Und wir haben 1995 beschlossen, nicht jetzt!)

- Richtig, aber man sollte sich jetzt nicht hinstellen und so tun, als würde das so ohne weiteres gehen.

(Glocke der Vizepräsidentin)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Frau Abgeordnete, kommen Sie zum Schluß. - Danke!

Das Wort zu einem Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung hat Herr Abgeordneter Kubicki.

**Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte eine Einladung an den Kollegen Hentschel aussprechen, zu mir in die Fraktion zu kommen und mit mir sehr intensiv über das **Gutachten** zu diskutieren, was die westliche Elbquerung angeht. Ich denke, da gibt es tatsächlich einigen Bedarf, miteinander zu reden. Denn ich bin ganz fasziniert davon, wie gläubig Sie sind, was diese Gutachteraussagen angeht, und wie sehr Sie solche Gutachteraussagen zur Grundlage Ihrer Entscheidungen machen. Zunächst einmal, denke ich, müssen wir definieren, was schleswig-holsteinische Interessen sind.

(Anke Spoorendonk [SSW]: Richtig!)

Das schleswig-holsteinische Interesse geht dahin, daß wir eine westliche Elbquerung bei Glückstadt brauchen.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das kann man auch anders sehen!)

**(Anke Spoorendonk)**

Und zwar gerade aus den von Ihnen beschriebenen Gründen, abgesehen davon - das möchte ich in Erinnerung rufen -, daß man sich natürlich auch darüber unterhalten muß, welche Grundlagen bestimmte Gutachter verwendet haben und zu welchen Schlußfolgerungen sie gekommen sind.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie greifen ihre Argumente aus der Luft, Herr Kubicki!)

Wir haben beispielsweise mit Frau Schmitz-Feuerhake eine Gutachterin gehabt, bei der die Landesregierung mittlerweile auch davon überzeugt ist, daß sie so glorreich nicht gewesen sein kann. Insofern, Herr Hentschel, empfehle ich Ihnen, erst einmal selbst nachzudenken.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie greifen die Argumente aus der Luft!)

- Herr Kollege Matthiessen, ich will Ihnen sagen, warum das so ist. Ich habe 1995 oder 1996 mit dem Kollegen Hentschel einmal im Landtagswahlkampf eine Diskussion über Verkehrspolitik gehabt. Da habe ich gesagt, die Dänen bauen eine Große-Belt-Querung, und wir müssen in Schleswig-Holstein bei der A 7 etwas tun, sonst werden wir vom Verkehr erdrückt. Herr Hentschel hat gesagt, das stimme nicht; über die Große-Belt-Querung würde niemand fahren, weil das 150 km Umweg bedeutete und außerdem viel zu zeitintensiv sei. Da müßten wir uns keine Sorgen machen.

Und heute fahren die Leute über die Große-Belt-Querung. Das war vorherzusehen, deshalb ist uns klar, daß wir uns auf die europäischen Verkehrsströme in entsprechender Weise einrichten müssen.

Herr Minister Bülck, ich habe großes Verständnis dafür - das sage ich ausdrücklich in Richtung SPD -, daß man das alte beliebte Konzept, zehn Minuten vor der Landtagswahl verfolgt: Wir erklären, was wir wollen, tun aber nichts, um den kleinen Koalitionspartner nicht noch weiter zu erdrücken.

Der Minister Steenblock, leicht angeschlagen, wohnt in dieser Gegend, deshalb muß man länger prüfen. Und auch einige Abgeordnete kommen aus der Gegend, weshalb man ebenfalls länger prüfen muß. Man darf sich deshalb nicht richtig festlegen. Ich freue mich aber, Herr Hentschel, und das will ich ausdrücklich sagen und meine es wirklich im Ernst, daß auf seiten der SPD-Fraktion auch in der Person des Fraktionsvorsitzenden der Wille vorhanden ist, sehr schnell und sehr zügig und nach dem 27. Februar auch ohne Rücksicht auf den grünen Koalitionspartner dieses Projekt zu verwirklichen.

(Beifall bei der F.D.P. und der Abgeordneten Helmut Plüschau [SPD] und Anke Spoorendonk [SSW])

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Zu einem weiteren Kurzbeitrag hat Herr Abgeordneter Hentschel das Wort.

**Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Herr Kubicki, ich nehme die Einladung an. Das mache ich gern.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Schön, machen wir gleich!)

Ich gebe gern zu, daß sich nicht alles, was ich bei Podiumsdiskussionen als Meinung von mir gegeben habe, später als richtig herausgestellt hat.

(Zuruf von der CDU: Gott sei Dank! - Heiterkeit bei der SPD)

Ich hoffe, daß wir so etwas alle zugeben können. Ich glaube trotzdem, daß es Sinn macht, sich mit Wissenschaftlern über die Frage der Richtigkeit von **Verkehrsprognosen** zu unterhalten. Was in dem Gutachten ausgearbeitet worden ist, ist für mich sehr interessant. Ich habe eine längere Ausarbeitung dazu erstellen lassen, in der es auch Kritik gibt. Sie haben sie bekommen. Darin wird eine Reihe von Punkten hinterfragt. Gerade die Verkehrsinduktionsprobleme sind meiner Ansicht nach nicht genügend berücksichtigt worden. Ich freue mich auf die Diskussion, Herr Kubicki.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Gut!)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Es ist kein Antrag gestellt worden. Damit ist die Angelegenheit erledigt.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Herr Kubicki kann selbstverständlich im Ausschuß darüber reden.

Ich rufe auf Tagesordnungspunkt 11:

**Zukunft des Werftstandortes Kiel**

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 14/1997

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat Herr Abgeordneter Stritzl.

(Wolfgang Kubicki)

Thomas Stritzl [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn wir heute über die Zukunft des Werftstandortes Kiel und insbesondere über die Zukunft der größten deutschen Werft, der **HDW**, sprechen, müssen wir feststellen, daß wir als Parlament deshalb viel Zeit verloren haben, weil im Februar diesen Jahres - also vor gut zwei Monaten - die Mehrheit in diesem Hohen Hause - sprich SPD und Grüne - es nicht für notwendig erachtet hat, über die dramatischen Veränderungen im Gesellschafterbereich von HDW hier im Hohen Hause zu sprechen. Ich glaube, daß wir uns als Parlament damit einer Möglichkeit begeben haben, auf eine wichtige Umstrukturierung einen entsprechend angemessenen Einfluß zu nehmen.

Das, was sich bei HDW vollzieht - das können Sie der Landespresse entnehmen -, ist eine Situation, die uns in der Tat nachdenklich machen muß; denn sie ist dazu geeignet - wie auch der stellvertretende Vorsitzende der IG Metall es hier in Kiel erklärt hat -, die Sorge zu untermauern, daß ein Unternehmen mit einem Umsatz von einer Milliarde und einem Jahresgewinn von 60 Millionen DM mit dieser Transaktion einem notleidenden Konzern wie Babcock als Sanierung dienen soll. Genau dieses, was Herr Mädelski gesagt hat, ist das, was uns umtreiben muß. Es darf bei der Umstrukturierung, um die es hier geht, nicht im Ergebnis dazu kommen, daß die HDW geschwächt wird und damit **Arbeitsplätze** gefährdet werden. Und genau dies ist die Befürchtung des stellvertretenden IG Metall-Chefs Mädelski, die er hier in Kiel zum Ausdruck gebracht hat und die in der Presseveröffentlichung nachzulesen ist.

Wenn wir kritisch hinterfragen, was sich dort abspielt, dann ist das keine Ablehnung einer Umschichtung im Gesellschafterbereich mittlerweile privatisierter Unternehmen, sondern die Frage, ob diejenigen, die hinter dieser Strukturveränderung stehen, eigentlich noch im Interesse des Landes so handeln, wie sie einst vorgegeben haben, daß sie handeln würden.

Ich spreche hier ausdrücklich - auch das ist in der Presse öffentlich wiedergegeben worden - denjenigen an, der diese Transaktion offensichtlich als heimlicher Konzernherr in die Wege geleitet hat, nämlich den Chef der Westdeutschen Landesbank, Herrn Neuber, der als Konzernchef der WestLB sowohl hohe Beteiligungen an der Preussag als auch Beteiligungen an der Babcock hält. Ich glaube, daß er deshalb gefordert ist und wir ihn auffordern müssen, in seiner Eigenschaft als Konzernchef und wesentlicher Gesellschafter beider Unternehmen sicherzustellen, daß es nicht zu einer Gefährdung des Werftstandortes Kiel kommt, daß - wie dies die Ministerpräsidentin gesagt hat - Kiel der zentrale Bereich des deutschen Werftstandortes bleibt,

daß die HDW als modernstes Unternehmen in Deutschland nicht geschwächt, sondern gestärkt wird.

Die Frau Ministerpräsidentin hatte ja angekündigt, mit Herrn Neuber zu sprechen. Ich würde mich freuen, heute in diesem Hohen Hause von ihr zu hören, welche Garantien Herr Neuber in diesem Gespräch gegeben hat.

Ich will ausdrücklich daran erinnern: Als die WestLB bei der Landesbank einstieg - wir haben dies gestern schon teilweise mit dem Finanzminister erörtert -, als die Preussag bei HDW in Form der Übernahme auch des Landesanteils in Höhe von 25 % einstieg, war klar, daß die damalige Führung beider Unternehmen das Versprechen abgegeben hatte, für die Industrieregion Schleswig-Holstein Verantwortung mit zu übernehmen. Zur Zeit - ich will es deutlich sagen - kann ich allerdings nicht hinreichend erkennen, daß man dieser Verantwortung nachkommt. Hagenuck, ein ehemaliges Preussag-Unternehmen, ist damals an einen Herrn Schmidt zwischenveräußert worden und hat bis heute Hunderte von Arbeitsplätzen verloren. Andere Unternehmen haben ebenfalls Hunderte von Arbeitsplätzen verloren.

Ich will nicht, daß bei der HDW, der modernsten deutschen Werft, das gleiche passiert. Deswegen auch meine Frage an Sie, Herr Wirtschaftsminister. Auch Sie haben ja - übrigens in Übereinstimmung mit dem stellvertretenden IG-Metall-Chef aus Kiel - öffentlich gesagt, daß die Tür zu einem Werftenverbund offenbleiben soll. Wenn ich richtig informiert bin, hat Babcock öffentlich erklärt, daß der deutsche Werftenverbund - sprich ein Zusammengehen mit Thyssen - nicht mehr in Frage komme, daß jetzt Verhandlungen mit den Schweden wie auch mit anderen geführt würden.

Auch diesbezüglich hätten wir gern von Ihnen gewußt: Wie weit sind Ihre Gespräche gediehen? Welche Zusagen haben Sie bekommen? Wir möchten dies wissen, damit das nicht stattfindet - dies sollte über Fraktionsgrenzen hinweg unstrittig sein -, was nicht stattfinden darf. Das heißt, daß es im Rahmen eines großangelegten Konzern-Monopoly nicht zu einem Arbeitsplatzabbau zu Lasten des Landes, zu Lasten der Stadt Kiel, zu Lasten der Beschäftigten auf der Werft kommen darf und daß nicht Konzernherren aus Düsseldorf mit wesentlichen Beteiligungen erst Verantwortung im Lande übernehmen und ihr später nicht gerecht werden. Das dürfen Landtag und Landesregierung gemeinsam nicht zulassen. Wir müssen

unser Wort erheben, damit Kiel das bleibt, was es ist: die Herberge einer der modernsten deutschen Werften, die Zukunft sichert.

(Beifall bei der CDU und des Abgeordneten Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

### Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Saxe.

### Bernd Saxe [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Stritzl, ich habe Ihre theatralisch vorgetragene Rede gehört. Was sich mir nicht so richtig erschlossen hat, ist, wo Sie eigentlich mit dieser Initiative politisch hinwollen.

(Holger Astrup [SPD]: Mir auch nicht!)

Soll der Staat lenkend eingreifen? Wollen Sie Investitionslenkung durch die Landesregierung? Wollen Sie, daß es der Entscheidung des Landtages oder der Landesregierung unterstellt wird, ob private Unternehmen fusionieren und sich an anderen beteiligen? Wohin zielt all das, was Sie tun? Das hat sich mir aus Ihrer Rede nicht erschlossen. Das würde ich schon gern wissen. Denn wenn das in diese Richtung ginge, so wäre dies durchaus eine neue Politik der CDU, eine Politik, die ansonsten zur Zeit nicht unbedingt Konjunktur hat.

Aber offensichtlich ist es Ihr typischer Stil, Show-Reden zu halten und Nachdenklichkeit zu artikulieren. In Wirklichkeit haben Sie es noch nicht einmal geschafft, sich vor Ort im Unternehmen selbst über die Lage und über das, was dort erwartet wird, zu informieren.

(Beifall bei der SPD - Unruhe bei der CDU)

Es mag sein, daß in den neuen gesellschaftsrechtlichen Konstruktionen, die bei HDW ins Haus stehen, auch Risiken liegen.

(Thomas Stritzl [CDU]: Wären Sie doch in Lübeck geblieben!)

In unternehmerischer Tätigkeit, habe ich mir sagen lassen, liegen immer auch Risiken, Herr Stritzl. Ich plädiere sehr dafür, auch zu sehen, daß HDW in einer neuen Konstruktion, in einem neuen **Werftenverbund** neue Möglichkeiten erhält, im internationalen Markt Chancen zu realisieren. Wir brauchen diese neuen Chancen für das Unternehmen und für die Beschäftigten, die dort Arbeit finden.

Die Werften in Schleswig-Holstein sind insgesamt in einer schwierigen Lage. Die Auftragsbestände sind

noch gut, die Auftragseingänge hingegen sind deutlich rückläufig. Dies hat seine Ursache nicht in erster Linie in unternehmensrechtlichen Konstruktionen, sondern im Dumping-Wettbewerb, der aus Korea über uns kommt und der wettbewerbsverzerrend wirkt, so daß nicht mehr mitgehalten werden kann. Wenn jetzt für die Werften in den norddeutschen Ländern trotzdem neue Hoffnung entsteht, dann liegt das daran, daß die neue Bundesregierung endlich handelt,

(Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.]: Die Bundesregierung nicht, der Haushaltsausschuß ja! Das ist aber etwas anderes als die Bundesregierung!)

daß endlich von Bonn aus wieder eine Werftenpolitik gemacht wird, die diese Bezeichnung auch verdient. Der Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages hat, wie Sie wissen, beschlossen, die Werftenhilfe um 50 Millionen DM auf 100 Millionen DM zu verdoppeln, und es gibt Signale, daß der Bund nach vielen Jahren endlich wieder zur hälftigen Finanzierung zurückkehrt. Früher trug der Bund zwei Drittel. Dies ist dann durch Ihre Regierung auf die Hälfte, schließlich auf ein Drittel reduziert worden. Nun gibt es Signale in die Richtung, daß möglicherweise eine Rückkehr zur mindestens hälftigen Finanzierung ins Haus steht. Dies ist es, was unseren Werften neue Hoffnungen macht und neue Perspektiven auf tut.

Da fragt man sich: Was hat eigentlich die alte Bundesregierung in 16 Jahren getan, was hat eigentlich derjenige, den Sie uns nun als neuen Hoffnungsträger präsentieren wollen, der ja immerhin der Vormann der norddeutschen CDU in der Bundesregierung war, in all den Jahren zuwege gebracht? Für die Werften in Norddeutschland jedenfalls überhaupt nichts. Da mußte es erst zum Regierungswechsel kommen, damit neue Hoffnung entsteht.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU - Thomas Stritzl [CDU]: Ich hoffe für Sie, daß Sie nur gespielt uninformatiert sind!)

Ich bin zuversichtlich, daß diese neue Politik der Bundesregierung dazu führen wird, daß sich insbesondere für die kleinen und mittleren Unternehmen in unserem Land, aber auch für die großen Betriebe in Lübeck und in Kiel neue Chancen eröffnen.

(Zuruf des Abgeordneten Peter Jensen-Nissen [CDU])

- Herr Jensen-Nissen, ich wußte bislang nicht, daß Sie etwas von Werften verstehen. Aber man lernt gelegentlich dazu.

(Zurufe von der CDU)

(Thomas Stritzl)

Ich hätte mir gewünscht, daß wir diesen Politikwechsel in Bonn schon einige Jahre früher gehabt hätten. Dann wären die Werften nicht so tief in die Krise gerutscht, wie Sie es zu verantworten haben.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Ich erteile nun dem Herrn Abgeordneten Hentschel das Wort.

**Karl-Martin Hentschel** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Eine wirtschaftspolitische Debatte in drei Tagesordnungspunkten hintereinander ist für kleine Parteien immer etwas schwierig, weil man nicht auf mehrere aufteilen kann.

Daß sich die Menschen in Kiel und darüber hinaus Sorgen über mögliche Veränderungen bei der HDW machen, ist leicht nachzuvollziehen. Die Großwerft mit über 3.000 Beschäftigten ist mit Abstand der größte industrielle Arbeitgeber in der Kieler Region. Die Landtagsfraktion der Grünen hat im Rahmen ihrer Werftenbereisung im Januar auch die HDW besucht. Wir konnten uns im Gespräch mit Vertretern des Managements sowie Vertretern des Betriebsrates sowie bei einem Rundgang über die Werft und durch die Fertigungshallen von dem hohen Stand der Schiffbautechnologie und des optimierten Fertigungsablaufes überzeugen.

Über Kooperationen und Fusionen der deutschen Großwerften wird schon seit vielen Jahren spekuliert. Wir müssen nun nüchtern feststellen, daß sowohl der Preussag-Konzern als auch Thyssen Schiffbau nicht mehr als Kerngeschäft ansehen. Ich betrachte dies durchaus als ein Alarmzeichen.

Die **Deutsche Babcock AG**, die 50 % der Unternehmensanteile der HDW übernommen hat, äußerte sich glücklicherweise sehr positiv über die Werft. Der Vorstandsvorsitzende, Klaus G. Lederer, hat die HDW sogar eine Perle genannt. Ich hoffe, daß auch hier das gilt, was ansonsten für Perlen gilt: Perlen werden in der Regel sorgfältig behandelt und gepflegt.

Jetzt hat Babcock zur allgemeinen Überraschung erst einmal einen Schlußstrich unter alle Spekulationen über eine deutsche **Werftenfusion** gezogen. Der Standort Kiel soll laut Babcock für sich allein gestärkt werden, wobei wohl die Marinetechnik im Vordergrund stehen soll. Das Militärgeschäft ist sehr profitabel, aber es ist nicht unumstritten. Lieferungen an Länder, die selber in Kriegshandlungen verwickelt sind, sind hochgradig problematisch. Wir haben aktu-

ell die Situation, daß dem NATO-Partner Türkei von Blohm + Voss im Dezember 1998 eine Fregatte aus einer ganz neu vereinbarten Package-Lieferung von vier U-Booten ausgeliefert wurde.

Interessant sind in diesem Zusammenhang aus grüner Sicht die Fortschritte im Bereich der **Brennstoffzellentechnik**. HDW nutzt sie im U-Boot-Bau. Dabei wird der zum Antrieb vorgesehene Wasserstoff in einem metallischen Speicher mitgeführt. Diese neue Technologie ist hocheffizient und sehr umweltverträglich, da der relativ niedrigtemperaturige chemische Verbrennungsprozeß als Reststoff Wasser hinterläßt. Im Rüstungsbereich kann er eingesetzt werden, weil die Kosten-Nutzen-Relation hier noch nicht die Rolle spielt. Für zivile Produktionen ist das aber eine Zukunftstechnik, auch wenn sie zur Zeit noch nicht wirtschaftlich ist.

(Beifall des Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die Entwicklungen gehen weiter, und die Preise werden sicherlich sinken. Für Kiel ist die Technologie weit über die militärische Anwendung hinaus für die Zukunft von großer Bedeutung.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sehr richtig! - Beifall der Abgeordneten Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.] )

Die Landesregierung kann Konzernentscheidungen kaum beeinflussen. Ein Zusammenschluß der deutschen Großwerften hätte zwar mit Blick auf den Weltmarkt Sinn gemacht, das sieht sogar die IG-Metall und der VSM, der Verband für Schiffbau und Meerestechnik, so. Aber wir wissen auch, daß er Arbeitsplätze kosten wird.

Ein echtes Alarmzeichen ist der Rückzug des Kvaerner-Konzerns aus dem Schiffbau. Alle 13 Werften stehen zum Verkauf an. Wer soll das bei der Unsicherheit in diesem Wirtschaftsbereich übernehmen?

Ich habe mich gestern in Gesprächen noch einmal über dieses Thema informiert. Der koreanische Won liegt mittlerweile bei 1.200 pro Dollar. Er war ja bereits auf 1.800 pro Dollar abgerutscht. Die Tendenz geht nach oben, so daß auch der Verband für Schiffbau und Meerestechnik damit rechnet, daß wir möglicherweise schon nächstes Jahr - spätestens übernächstes Jahr - wieder eine Normalisierung bei höchstens 1.000, wenn nicht sogar 800 Won bekommen. Das würde bedeuten, daß der Kostenvorteil Koreas wieder ausgeglichen wäre und daß die Werften in Europa wirtschaftlich wieder konkurrenzfähig wären.

**(Bernd Saxe)**

In dieser Situation ist es ein positives Signal, wenn es gelingt - wir hoffen das -, daß sich der Bund wieder zu 50 % an der Werftenhilfe beteiligt. Wir arbeiten daran.

Wir freuen uns über das Signal, das der Bund gegeben hat, die Werftenhilfe aufzustocken. Wir sehen es aber als ausgesprochen problematisch an, weil wir aus Landessicht nicht die Gelder haben, die Hilfen gegenzufinanzieren. Das ist also eine Geschichte von Freude auf der einen Seite und Trauer auf der anderen Seite, weil wir diese Gelder nicht aus dem Technologieförderbereich abziehen wollen. Das sage ich hier ganz deutlich. Das wäre genau das falsche Signal für die wirtschaftliche Entwicklung Schleswig-Holsteins.

(Vereinzelter Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mittelfristig hoffe ich auf eine stabile Entwicklung bei der Belegschaft und auf weitere Erfolge - vor allem im zivilen Schiffbau - auch für die Kieler Region. Die maritime Verbundwirtschaft der Küste hat Zukunft. Das Verkehrsmittel Schiff ist ein umweltverträgliches System mit großen Chancen. Wir wünschen den Werften und den Mitarbeitern auf den Werften viel Erfolg.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Das Wort hat Frau Aschmoneit-Lücke.

**Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Hentschel, ich teile Ihre Einschätzung hinsichtlich der Zukunftsfähigkeit der Brennstoffzellentechnik. Ich finde es hervorragend, daß HDW - und das ausgerechnet im U-Boot-Bau - diese Technik entwickelt hat. Ich kann Ihnen auch sagen, Herr Saxe, was Herr Rühle und die ehemalige Bundesregierung für den Werftstandort Kiel gemacht haben. Das Entwicklungsprogramm für genau diesen neuen U-Boot-Typ ist überhaupt nur deswegen über die Bühne gegangen, weil die letzte Bundesregierung - die CDU/CSU/F.D.P.-Bundesregierung - dazu die entsprechenden Bürgschaften übernommen und die Aufträge erteilt hat. Sonst wäre dies bedauerlicherweise nicht passiert. Soviel zu der Frage von Herrn Saxe, was denn die letzte Bundesregierung und Herr Rühle für Schleswig-Holstein und den Werftstandort getan hätten.

(Beifall bei F.D.P. und CDU - Thomas Stritzl [CDU]: Manchmal hat auch die vorherige Bundesregierung etwas Gutes getan!)

- So ist es. Herr Kollege Stritzl! Ich verstehe natürlich Ihre Sorge um den Werftstandort Kiel und um die Zukunft. Andererseits möchte ich auch ganz deutlich sagen, daß wir von dieser Stelle aus nicht zu einer weiteren Verunsicherung beitragen sollten. Ich werde mich deswegen auch in meinen Bemerkungen zu dem, was Sie angesprochen haben, sehr zurückhalten.

Natürlich gehe ich davon aus, daß auch Sie, Herr Kollege Stritzl, eine Verunsicherung nicht beabsichtigen und hier deswegen entgegen dem, was Kollege Saxe gesagt hat, Ihren Standpunkt sehr nüchtern und sachlich vorgetragen haben.

Wir sind in diesem Haus darüber einer Meinung - das ist immer wieder erfreulich festzustellen -, daß der Werftstandort Kiel, aber auch der Werftstandort Schleswig-Holstein auf alle Fälle gehalten werden muß. Ein solches Signal kann man meiner Meinung nach aus dieser Debatte heraus nach draußen geben.

Wir wissen alle, daß rückwirkend zum 1. Oktober 1998 die Deutsche Babcock 50 % der HDW-Anteile von der Preussag AG übernommen hat. Wie es in Zukunft aussehen wird, welche Entscheidungen getroffen werden, ist in der Tat nach wie vor fraglich. Es ist allerdings - das möchte ich an dieser Stelle auch sagen - kein HDW-spezifisches Problem, daß schleswig-holsteinische Unternehmen ihre Mutterkonzerne weit weg von Schleswig-Holstein haben und daß Entscheidungen deswegen nicht unbedingt landesnah getroffen werden. Das ist ein riesiges Problem, das wir immer wieder feststellen. Um so wichtiger ist es, daß hier die Standortbedingungen entsprechend sind, daß die Rahmenbedingungen - übrigens im Bund wie im Land - so gestaltet werden, daß die Konzernmütter, die häufig im Ausland sitzen, hier die richtigen Bedingungen vorfinden und im Vergleich zu ihren anderen möglichen Standorten aufgrund der hiesigen Rahmenbedingungen den Standort Deutschland beziehungsweise den Standort Schleswig-Holstein wählen.

Es ist hier natürlich zu Recht angesprochen worden, daß das Signal von Bonn aus - allerdings nicht von der Bundesregierung, sondern vom Haushaltsausschuß - gekommen ist, es sollen 100 Millionen DM für die Werftenhilfe eingestellt werden. Das ist dringend notwendig. Im übrigen ist zu Recht darauf hingewiesen worden, daß das Signal gekommen ist, die Beteiligung des Bundes sollte wieder auf 50 % aufgestockt werden. Wir haben das immer wieder gefordert. Deswegen kann ich natürlich heute nur sagen, ich finde es hervorragend. Wir begrüßen das sehr. Das ist ein ganz wesentlicher Punkt zur Erhaltung des Werftstandortes Kiel, aber auch des Werftstandortes Schleswig-Holstein insgesamt.

**(Karl-Martin Hentschel)**

Herr Hentschel hat ein Problem dieser Thematik angesprochen, auf das ich auch eingehen möchte. Die Aufstockung in Bonn bedeutet natürlich für Schleswig-Holstein nur dann einen Vorteil, wenn der schleswig-holsteinische Finanzminister auch in der Lage ist oder sich bereit erklärt oder wenn sich die Regierung insgesamt entschließt, die Komplementärmittel in der entsprechenden Höhe zur Verfügung zu stellen. Ich setze da ein ganz großes Fragezeichen und würde von der Regierung heute gern eine Antwort darauf bekommen, wie sie sich das vorstellt.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Auf der Tribüne begrüße ich jetzt den Verein der Freunde des Plöner Prinzenhauses e. V.

(Beifall)

Das Wort hat Frau Abgeordnete Spoorendonk.

**Anke Spoorendonk [SSW]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit Ihrer letzten Bemerkung traf die Kollegin Aschmoneit-Lücke natürlich genau den Kern der Problematik. Darauf werde ich gleich noch zurückkommen. Ich möchte für den SSW sagen, wir wüßten auch gern, wie es mit der Aufstockung der Werftenhilfe genauer sein sollte.

Für kein Unternehmen ist eine öffentliche Diskussion über die Eigentumsverhältnisse konstruktiv. Das beunruhigt die Beschäftigten und die Kunden sowie weitere Geschäftspartner. Eine solche öffentliche Diskussion ist also schlecht sowohl für die Innen- wie auch für die Außenwirkung eines Betriebes. Von daher ist es wichtig, in so einer Frage eine schnelle Entscheidung zu treffen. Die Eigentumsfrage scheint ja im Fall HDW jetzt geklärt zu sein, und das ist gut so.

HDW ist mit etwa 3.500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die größte deutsche Werft und hat mit Zulieferern dementsprechend eine starke wirtschaftliche Bedeutung für die Stadt Kiel, aber auch für ganz Schleswig-Holstein. Im Moment steht **HDW** im Verhältnis zu den anderen Werften des Landes aber noch relativ gut dar. So ist die Werft im Handelsschiffneubau bis Ende 2000 ausgelastet, und im Marinesektor hat sie teilweise Aufträge bis 2006.

Der **Marineschiffbau** ist mit etwa 3.000 Arbeitsplätzen der größte Sektor der Werft. Dieser Zweig unterliegt nicht im selben Maße dem scharfen Preiskrieg aus Asien wie der Handelsschiffbau. Das heißt, daß die Zukunftsaussichten der HDW in dieser aktuellen Situation besser sind als bei einigen anderen Werften

hier im Land. Zu einer gesicherten Zukunft gehören allerdings sowohl klare Eigentumsverhältnisse als auch gute Rahmenbedingungen seitens des Staates.

In dem letzten Punkt, den Rahmenbedingungen, gibt es ja laut Zeitungsberichten vom 4. Mai 1999 jetzt doch positive Signale aus Bonn. Ich hoffe, es ist korrekt, wenn der Fraktionsvorsitzende der SPD-Landtagsfraktion damit zitiert wird,

(Holger Astrup [SPD]: Immer!)

daß der Bund noch in diesem Jahr die **Werftenhilfe** auf insgesamt 100 Millionen DM verdoppeln will. Damit würde der Anteil des Bundes wieder auf 50 % erhöht werden.

Genau das war die Forderung des Schleswig-Holsteinischen Landtages. Die Küstenländer, die seit 1992 zwei Drittel der Wettbewerbshilfe tragen, würden dadurch entlastet werden. Für Schleswig-Holstein gilt noch der besondere Fall, daß das Land diese zwei Drittel bisher nicht aufbringen konnte. Das heißt, die Erhöhung der Wettbewerbshilfe aus Bonn würde die Wettbewerbsfähigkeit unserer Werften entscheidend verbessern, weil jetzt der volle Anteil der Wettbewerbshilfe aus Bonn ausgeschöpft werden kann.

Dazu kommt, daß künftig 9 statt bisher 7 % des Auftragswertes eines Schiffes durch Wettbewerbshilfen finanziert werden können. Also genauso, wie es bei unseren EU-Partnern schon heute der Fall ist.

Wir wissen alle, wie wichtig die Erhöhung der Wettbewerbshilfe für unsere Werften angesichts des durch Dumpingpreise und Subventionen ausgelösten Drucks des internationalen Marktes ist. Wir haben ja zuletzt in der März-Tagung des Landtages genau über diese Problematik gesprochen.

Ich hoffe also sehr, daß der Kollege Hay recht bekommt

(Holger Astrup [SPD]: Das hoffen wir auch!)

und daß sich die Landesregierung in dieser Sache durchsetzt. Dazu möchte ich dann noch einmal sagen: Ich würde es auch begrüßen, wenn die Landesregierung mit einem klaren Signal kommen würde. Die volle Unterstützung des SSW hat sie jedenfalls in dieser Sache. Eine solche Entscheidung hätte auch für den Werftstandort Kiel positive Auswirkungen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und Beifall der Abgeordneten Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.] und Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]

(Christel Aschmoneit-Lücke)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Das Wort hat jetzt Herr Minister Bülick.

**Horst Günter Bülick**, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Zunächst zwei Feststellungen. Erstens: Standortfragen sind unternehmerische Entscheidungen, auf die das Land keinen direkten Einfluß hat.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD - Holger Astrup [SPD]: Sehr richtig!)

Zweitens: Es liegt auf der Hand, daß sich die Landesregierung gleichwohl nachhaltig dafür einsetzt, daß der Werftstandort Kiel im Rahmen eines Werftenverbundes eine zentrale Rolle einnimmt.

(Beifall der Abgeordneten Thomas Stritzl [CDU] und Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.]

Herr Abgeordneter Stritzl, ich möchte vermeiden, das Adjektiv zu wiederholen, das Sie zur Rentabilitäts- und Liquiditätssituation des Babcock-Konzerns verwendet haben.

(Heiterkeit des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

Ich muß dazu allerdings sagen: Das hilft Kiel nicht.

(Holger Astrup [SPD]: So ist es!)

Wenn Sie die Geschäftspolitik des Babcock-Konzerns beeinflussen wollen, ist es in Deutschland immer noch üblich, sich ein paar Aktien zu kaufen und zur Hauptversammlung zu gehen.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Als der Antrag der CDU gestellt wurde, sind die meisten Beteiligten davon ausgegangen, daß es kurzfristig zu dem seit Jahren diskutierten Großwerftenverbund zwischen der HDW, der Thyssen-Nordseewerke und Blohm + Voss kommt. Das hat sich in der Zwischenzeit gründlich verändert. Die Landesregierung kann und will keine Aussagen zu Unternehmensinterna machen. Ich halte es auch generell nicht für sinnvoll, daß sich die Landesregierung an Spekulationen über künftige unternehmerische Entscheidungen beteiligt.

(Holger Astrup [SPD]: Sehr vernünftig!)

Da aber in der Öffentlichkeit die mit der Änderung der Eigentumsverhältnisse bei HDW und den geplanten Kooperationen verbundenen Gefahren meines Erachtens überbetont werden, möchte ich Ihnen gleichwohl meine persönliche Einschätzung geben. Die **HDW** hat in ihrer geschäftspolitischen Grundausrichtung als

**Universalwerft** eine sehr gute Ausgangsposition. In den letzten Jahren hat das Unternehmen mit Investitionen von über 300 Millionen DM Rationalisierungs- und Produktivitätsfortschritte von mehr als 30 % erzielt. Ein Blick auf die letzten Geschäftsergebnisse dokumentiert diese Entwicklung.

Wenn es gelingt, die schwedische Werftengruppe Kockums als Kooperationspartner zu gewinnen, bestehen sehr gute Chancen, gemeinsam den skandinavischen Markt zu erschließen und die weltweit ausgerichtete Marktführerschaft der HDW im Unterwasserschiffbau weiter auszubauen. Was den Handelsschiffbau angeht, signalisiert der Rückzug des norwegisch-britischen Kvaerner-Konzerns und der südkoreanischen Daewoo-Gruppe aus dem Schiffbau, daß sich der Weltschiffbau zur Zeit in einer schwierigen Phase befindet.

Ich darf insofern an unsere Diskussion zum Bericht über die Lage des Schiffbaus erinnern. Die Landesregierung wird auch künftig im Rahmen ihrer Möglichkeiten die HDW bei ihrer neuen strategischen Ausrichtung unterstützen und bei der Hereinnahme von Aufträgen Flankenschutz geben.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Dies gilt gleichermaßen auch für alle übrigen Werften im Land. Ich nenne hierzu das bewährte Bürgschaftsinstrumentarium des Landes wie auch die Auftragshilfen innerhalb des Wettbewerbshilfeprogramms.

Allein 1999 haben wir für unsere Werften wieder 30 Millionen DM in den Haushalt eingestellt und damit die Voraussetzungen für Neuakquisitionen geschaffen.

Um die Frage zu beantworten, wie wir uns zu der Aufstockung der Wettbewerbshilfemittel des Bundes von 50 Millionen auf 100 Millionen DM stellen, lassen Sie mich folgendes sagen. Wir begrüßen diese Aufstockung. Wie Sie wissen, haben die Küstenländer zur Wettbewerbshilfe zwei zentrale Forderungen gestellt. Erstens die Aufstockung des von der früheren Bundesregierung vorgesehenen völlig unzureichenden Ansatzes von 50 Millionen DM Verpflichtungsermächtigungen für das Akquisitionsjahr 1999. Diese Forderung hat die neue Mehrheit im Bundestag überraschend deutlich erfüllt.

Zweitens wollen wir, daß der Bund nicht nur ein

Drittel, sondern - wie noch 1994 - mindestens die Hälfte der Programmkosten übernimmt.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Leider gelang es bisher nicht, den Verteilungsschlüssel zugunsten der Länder zu verändern. Es gibt aber immerhin erste Signale dafür, daß dies im Bundeshaushalt 2000 gelingen könnte. Ich werde mich dafür einsetzen, daß die für die schleswig-holsteinischen Werften vorgesehenen Bundesmittel soweit wie möglich ausgeschöpft werden. Ob eine Erhöhung der Landesmittel für das Akquisitionsjahr 1999 möglich ist - falls ja, in welchem Umfang -, muß in Abwägung mit allen Anforderungen an den Landeshaushalt entschieden werden.

Die Landesregierung wird ihre Haltung dazu auch im Lichte der dann vorliegenden neuen Steuerschätzung in der für Ende Mai terminierten Haushaltsklausur festlegen.

Abschließend möchte ich noch einige persönliche Einschätzungen zum Wertstandort Kiel machen. Wir sollten nicht nur die Risiken sehen, sondern auch die Chancen eines Werftenverbundes, auch wenn es unter Umständen nicht der deutsche Werftenverbund ist. Angesichts der seit jeher globalisierten Märkte im Schiffbau und der zumindest faktisch hoch subventionierten internationalen Konkurrenz insbesondere aus Korea verbessert ein schlagkräftiger Werftenverbund in Deutschland oder in Nordeuropa durchaus die Wahrscheinlichkeit der dauerhaften Sicherung der Arbeitsplätze in Kiel. Mir ist um den Wertstandort Kiel nicht bange.

(Beifall bei der SPD)

#### **Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Wortmeldungen liegen mir nicht mehr vor. Ich schließe damit die Beratung. Es ist kein Antrag auf Ausschußüberweisung gestellt worden. Der Antrag ist damit erledigt.

Ich rufe nun den Tagesordnungspunkt 12 auf:

#### **Haltung der Landesregierung zum Bau des Airbus A 3XX in Hamburg**

Antrag der Fraktion der F.D.P.

Drucksache 14/2060

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 14/2135

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat Frau Abgeordnete Dr. Happach-Kasan.

#### **Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]:**

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! „Simonis schwenkt um“, so titelten die „Lübecker Nachrichten“ am 23. März dieses Jahres und führten weiter aus: „Beim Tauziehen um den Airbus A 3XX legt sich Schleswig-Holstein nicht mehr allein für Hamburg ins Zeug. Ministerpräsidentin Heide Simonis unterstützt jetzt ebenso Rostocks Bewerbung um den Bau des geplanten Supervogels.“

Auch ein Zitat der Ministerpräsidentin wurde wiedergegeben, mit dem sie ihren PDS-Kollegen aus Mecklenburg-Vorpommern wieder nach Hause schickte: „Soweit wir helfen können, werden wir helfen“, so die Ministerpräsidentin, und dies war die Grundlage für unseren Dringlichkeitsantrag, den wir am 23. März 1999 gestellt haben.

Offenbar haben selbst die Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mittlerweile eingesehen, daß die Äußerungen ihrer Ministerpräsidentin Irritationen hervorgerufen haben. Anders läßt sich ihr Antrag nicht erklären, oder was ist der Hintergrund für ihren Antrag?

Erst im Dezember letzten Jahres haben wir an dieser Stelle mit großer Einmütigkeit dem Staatsvertrag zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg und Schleswig-Holstein zugestimmt. Darin verpflichtet sich Schleswig-Holstein, Hamburg die notwendigen Ausgleichsflächen für die geplante **Erweiterung des Geländes der Daimler-Benz Aerospace Airbus GmbH** zur Endlinienfertigung des Airbus A 3XX zur Verfügung zu stellen. Und nur drei Monate später stellt sich die Ministerpräsidentin hin, als wäre nichts gewesen und verspricht „dem Harald“ - gemeint ist der Ministerpräsident von Mecklenburg-Vorpommern -, sie werde ihn bei der Bewerbung Rostocks unterstützen, soweit sie kann.

Selbst wenn die Ministerpräsidentin im März geahnt oder gewußt haben sollte, daß eine Entscheidung des Flugzeugkonsortiums über die Produktion des kleinsten Airbus, des Airbus A 318, in Hamburg bevorsteht, ist ihr lockeres Gerede in Richtung Rostock zumindest unprofessionell. Ja, es widerspricht den Interessen des Landes Schleswig-Holstein. Ich werde darauf zurückkommen.

Mit der Entscheidung Hamburgs, sich um die Ansiedlung der Endlinienfertigung zu bemühen, bekommt auch Schleswig-Holstein eine große Chance. Wir haben das diskutiert. Es reicht nicht aus, sie zu

**(Minister Horst Günter Bülck)**

begrüßen, sondern sie muß nachhaltig unterstützt werden. Mehr noch, für sie muß aus Sicht der F.D.P.-Fraktion gegebenenfalls auch gekämpft werden,

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Machen Sie mal einen Vorschlag!)

denn diese Entscheidung trägt zur Schaffung von hochqualifizierten **Arbeitsplätzen in der Region** bei und ist daher von besonderer regionalpolitischer Bedeutung.

Ich betone das, weil Schleswig-Holstein im Hinblick auf künftige Arbeitsplätze nur etwas von einem Ausbau des bestehenden Airbus-Werkes in Hamburg hat. Ein Werk in Rostock bringt nichts, es geht vielmehr vollkommen am Arbeitsmarkt in Schleswig-Holstein vorbei.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es!)

Wir sollten uns daher davor hüten, auch nur den Anschein zu erwecken, Hamburg nicht vorbehaltlos bei seiner Bewerbung zu unterstützen. Die einzige Botschaft bei diesem Projekt kann und darf sein, daß der Airbus A 3XX nach Hamburg kommen soll und auch kommen kann, und wir die regionalpolitischen Entscheidungen dafür treffen. Die F.D.P.-Fraktion ist sich dabei durchaus bewußt, daß der geplante Ausbau des DASA-Konzerns auf Hamburger Gebiet von besonderer naturschutzpolitischer Brisanz ist, denn ohne Frage handelt es sich bei der teilweise Nutzung des Mühlenberger Lochs um einen erheblichen Eingriff in die Natur. Die Suche nach geeigneten Ausgleichsflächen bedarf daher besonderer Sorgfalt.

(Konrad Nabel [SPD]: So ist es!)

Aber die Tatsache, daß dies ein schwerwiegender Eingriff ist, Herr Kollege Nabel, wußten wir auch im Dezember, als wir diesen Vertrag einmütig unterschrieben haben.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

An einer besonderen Sorgfalt bei der **Suche nach Ausgleichsflächen** mangelt es dieser Landesregierung offensichtlich, denn anders ist nicht zu erklären, daß voreilig der Twielenflether Sand als Ausgleichsfläche festgelegt wurde. Das Wiesengebiet steht bereits unter Naturschutz und müßte erst durch umfangreiche und unter Naturschutzgesichtspunkten äußerst kritisch zu bewertende Erdarbeiten Löffelententauglich gemacht werden. Eine entsprechende Neumöblierung mag unter rechtlichen Gesichtspunkten möglich sein. Sie ist naturschutzpolitisch jedoch nicht vermittelbar.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Da sind die Prüfungen für eine Ausgleichsfläche noch nicht abgeschlossen, und der Umweltminister präsentiert immer neue Maßnahmen und Maßnahmebündel, mit denen der staatsvertraglichen Verpflichtung nachgekommen werden soll. Nur die SPD-Fraktion, die schon nichts dabei fand, Mecklenburg-Vorpommern etwas zu versprechen, was just Hamburg zugesagt worden war, scheint einen Schritt weiter zu sein: Sie verkündete durch ihren Abgeordneten, Herrn Nabel, bereits, daß jedenfalls der Twielenflether Sand „politisch vom Tisch“ sei, egal was sonst beschlossen ist, und egal, welches denn die Alternative dafür ist.

Aber ich möchte zum Abschluß noch auf einen anderen Aspekt zurückkommen, den ich anfangs angesprochen habe. Das laufende Planfeststellungsverfahren und der Staatsvertrag beziehen sich auf eine **Werkserweiterung der DASA** für die Endlinienfertigung des **A 3XX**. Letztlich gelten die vorgetragenen Argumente aber auch für eine Erweiterung des DASA-Werkes in Verbindung mit der Fertigung des **A 318**, für den Hamburg jetzt den Zuschlag erhalten hat.

(Zuruf der Abgeordneten Ingrid Franzen [SPD])

Auch mit dem Bau dieses Flugzeugtyps sind tausende Arbeitsplätze, auch Arbeitsplätze für Schleswig-Holstein, verknüpft. Sie sind jedenfalls abhängig von einer Werkserweiterung. Wir sollten deshalb auch im Fall einer Werkserweiterung für einen anderen Flugzeugtyp unser „Ja“ gegenüber Hamburg aufrechterhalten.

(Konrad Nabel [SPD]: Selbstverständlich!)

- Sie sagen „selbstverständlich“, Herr Nabel! Die GAL in Hamburg hat sich bereits gegen die Erweiterung des DASA-Geländes für den A 318 ausgesprochen. Vor diesem Hintergrund, Herr Kollege Nabel, ist der Antrag, den SPD und Grüne heute vorgelegt haben, äußerst dürftig, denn er schlägt eine Schlacht, die geschlagen ist. Insofern meine ich, wir sollten uns umgehend darüber unterhalten, wie wir es mit dem A 318 halten, wie auch die Grünen dazu stehen. Das halte ich für dringlich. Auch wenn der Antrag dürftig ist, werden wir ihm in der Sache zustimmen. Da ist in der Sache nichts gegen einzuwenden, aber wir sollten uns dringlich über den A 318 unterhalten.

(Beifall bei F.D.P. und CDU - Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Dünn, dünn, dünn! Keine Vorschläge gemacht, keine Substanz!)

(Dr. Christel Happach-Kasan)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile Frau Abgeordneter Franzen das Wort.

Ingrid Franzen [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich habe mir die Frage gestellt: Brauchen wir die F.D.P.? Brauchen wir den F.D.P.-Antrag? Nein, wir brauchen ihn nicht! Non, njet, no, ich sage das international, man kann ja nicht wissen, wer es alles hören soll. Ich habe vermutet - Herr Kubicki ist ja eigentlich der Ansprechpartner, weil er unterschrieben hat -, daß Sie der Presse aufgefressen sind. Gerade Ihnen kann, daß Sie Presse mit Wirklichkeit verwechseln, gar nicht passieren. Dafür können Sie das Instrument zu gut benutzen.

(Beifall der Abgeordneten Sabine Schröder [SPD])

Ich darf mal ein Kompliment sagen; aber auch das sage ich etwas gehässiger - aber das ziehen Sie sich bitte nicht an -: Wir hatten es in der letzten Legislaturperiode mal, daß eine ganze Gruppierung immer nur Überschriften las und Anträge stellte. Das sollten wir nicht wieder tun! Das ist ein schlechter Stil, und ich denke,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Frau Franzen! Mit solchen Vergleichen sollten Sie sehr vorsichtig sein!)

wir haben das oft gelesen und gestaunt. Man konnte fragen, man konnte nachfragen, aber man sollte daraus keine Politik machen, die dem Standort schaden könnte. Das ist nämlich das, was hier passieren kann.

(Beifall der Abgeordneten Konrad Nabel [SPD] und Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die F.D.P. spielt in diesem Stück Hase und Igel, und Sie merken nicht, daß Sie der Hase sind. Sie sind einfach der Hase. Sie rennen vor und zurück, aber Hamburg und Schleswig-Holstein stehen fest als Igel am Standort. Da können Sie sich mit hinstellen, aber dann bitte auch in der Position.

Frau Dr. Happach-Kasan, einen Lapsus möchte ich hier dann doch verbessern. Harald Ringstorff ist noch in der SPD und wird auch dort bleiben und ist kein PDS-Mann, den man nach Hause geschickt hat.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Schlimm genug!)

- Herr Kubicki, Sie waren gar nicht drin, seien Sie doch mal einen Augenblick ruhig!

Zu den Fakten: Wir, Landesregierung und die jeweils rot-grünen Parlamente - das sind nämlich die Mehrheiten in Hamburg und Schleswig-Holstein -,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Nicht mehr lange!)

wollen die Produktion des **Airbus A 3XX** nach **Hamburg** bringen, wir wollen Arbeitsplätze schaffen. Zwischendurch war Hamburg sehr erfolgreich. Das ist eigentlich die einzige Neuigkeit, die will ich hier auch gern verkünden: Die Zuteilung des **A 318** ist eine Anerkennung des Standortes für qualifizierte Arbeit, für Know-how und eine Sicherung von Arbeitsplätzen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Da wird kein neuer Arbeitsplatz geschaffen, da wird nichts neu ausgebaut - da haben Sie einfach die Presse nicht ordentlich verfolgt -, sondern das sichert die Arbeitsplätze, sonst hätten wir an dem Standort sogar Arbeitsplatzabbau. Insofern ist der Vertrag davon nicht betroffen. Da müssen Sie sich einfach mal erkundigen.

Ich und wir wollen uns auch nicht an den Spekulationen beteiligen; die lauten: Wenn Hamburg den A 318 kriegt, geht der Airbus A 3XX nach Toulouse. - Das können andere machen. Wir tun das nicht. Ich denke, umgekehrt wird ein Schuh daraus. Hamburg glänzt als Produktivitätsstandort, Hamburg glänzt mit Know-how, und Hamburg ist nahezu prädestiniert auch für den Zuschlag des großen Airbus. Daran werden wir festhalten, genauso wie am Staatsvertrag.

Ich sage noch einmal ausdrücklich, daß wir unsere Zusage, bei der **Bereitstellung von Ausgleichsflächen** für den Airbus A 3XX - und für sonst nichts, das sage ich auch noch einmal deutlich - mit Hamburg in Kooperation zu treten und zu bleiben, bekräftigen. Wir werden das einhalten, und wir brauchen hier auch nicht täglich oder in jeder Landtags-Tagung Nachhilfe von Ihnen.

(Beifall des Abgeordneten Bernd Schröder [SPD])

Das tun wir allerdings in unserem Selbstverständnis als SPD-Fraktion nicht nur auf den Bänken lauernd, abwartend und guckend, was man uns denn zu jedem Zeitpunkt vom grünen Tisch erzählt, sondern wir tun das auch begleitend aktiv vor Ort und sprechen mit den Menschen. Das ist unser Stil, gerade auch der Stil des Arbeitskreises Umwelt- und Landesplanung.

Deshalb waren wir auch mit örtlichen Abgeordneten und Initiatoren im Umweltbereich in der Haseldorfer Marsch. Ich will Ihnen hier gern das Ergebnis dar-

stellen. Wir sind in unserer Überzeugung gestärkt worden, daß diese Quadratur des Kreises - Mühlenberger Loch als FFH und Vogelschutzgebiet dichtmachen und etwas Adäquates finden - möglich ist. Ich war mir in meiner ersten Rede, die ja eine theoretische war - ich kannte das Gebiet nicht -, nicht so sicher. Ich war auch zwischendurch mal sehr unsicher, als der Twielenflether Sand so hochgespielt wurde. Jetzt bin ich wieder sicher: Es ist möglich, und es ist leichter, sowohl den Ausgleich hinzubekommen als auch eine gesamtökologische Verbesserung, und das alles auch noch EU-rechtskonform. Da bin ich ganz sicher.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Schon heute hat die Haseldorfer Marsch einen hohen Standard. Der Fischadler ist der beste Indikator dafür. Wir haben ihn beobachtet und haben mit den örtlichen Naturschutzverbänden die Hoffnung, daß endlich Junge kommen. Die Spekulation, ob der erste „Mann“ zu alt und der zweite zu jung war, war dabei ein hübscher Nebenkriegsschauplatz.

Aber wenn man sich das anschaut, weiß man, daß die jetzige Deichlinie als notwendige Folge von zwei großen Sturmfluten große Teile des ursprünglichen Ästuargebietes hat verschwinden lassen; hier ist ein Ansatzpunkt, und ich denke, daß wir dort allemal ein besseres und auch EU-rechtskonformeres und genehmigungsfähigeres Ausgleichsszenario schaffen können als mit der Ausbaggerung des Twielenflether Sandes. Da sind wir uns einig.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Eine Schlußbemerkung, meine Damen und Herren: Die Opposition kann uns gern jedesmal im Landtag wieder dazu aufrufen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Schön!)

Wir sind uns bereits einig, und deshalb werden wir erfolgreich sein. Ich bin sicher, daß wir, wenn wir interfraktionell bei der Stange bleiben - nämlich bei dem Staatsvertrag -, unsere Chancen verbessern. Dazu sind Sie, meine Damen und Herren der Opposition, herzlich eingeladen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat jetzt Frau Abgeordnete Schmitz-Hübsch.

#### Brita Schmitz-Hübsch [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es hat den Anschein, daß sich die Landesregierung von dem Projekt A 3XX innerlich verabschiedet hat.

(Konrad Nabel [SPD]: Das ist doch Quatsch!  
- Bernd Schröder [SPD]: So ein dummes Zeug!)

Das möchte ich an vier Punkten festmachen.

Erstens: Zunächst war Frau Simonis ja Feuer und Flamme für dieses Projekt, das ein großes **Investitionsvolumen** nach **Hamburg** bringen und mindestens 4.000 neue Arbeitsplätze schaffen soll. Gar nicht schnell genug konnte der Staatsvertrag mit der Freien und Hansestadt Hamburg unterschrieben werden, damit sich die Ministerpräsidentin staatstragend darstellen konnte.

Doch dann begannen die Schwierigkeiten. Der Kabinettsbeschluß, als Ausgleichsfläche für das Mühlenberger Loch den Twielenflether Sand zu nehmen, dort Boden abzutragen, um allmählich ein Süßwasserwatt entstehen zu lassen, rief allgemeines Kopfschütteln hervor.

In Schleswig-Holstein trat ein ganz seltener Fall ein, nämlich der, daß sich Umweltschützer und Wirtschaftsleute in der Ablehnung einer Ausgleichsmaßnahme einig waren, die einen, weil sie den Twielenflether Sand aus ökologischen Gründen für unersetzbar halten, die anderen, weil sie nicht begreifen wollten, daß für die Ausgleichsfläche einer Bebauungsfläche eine weitere Ausgleichsfläche bereitgestellt werden soll und die Kosten dafür offensichtlich überhaupt keine Rolle spielen.

Inzwischen erklärte der Bürgermeister von Toulouse, dem Hauptproduktionsstandort des Airbus, er habe keine Schwierigkeiten, die entsprechenden Flächen bereitzustellen,

(Ingrid Franzen [SPD]: Wir auch nicht!)

und in Toulouse könne die Produktion bald begonnen werden.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir haben das alles verfolgt! Lösen Sie sich doch einmal davon!)

Angesichts dieser übergroßen Probleme hat Frau Simonis anscheinend intensiv darüber nachgedacht, wie sie aus der Klemme herauskommen könnte. Minister Steenblock schlug vor, Teile der Haseldorfer Marsch zu fluten, was bei den Umweltschützern auch nur eingeschränkter Beifall hervorrief. Die richtig gute Gelegenheit bot sich dann bei einem Besuch bei ihrem Kollegen Ringstorff in Mecklenburg-

**(Ingrid Franzen)**

Vorpommern. Herr Ringstorff bewirbt sich bekanntlich mit dem **Standort Rostock** ebenfalls um das Projekt. Nach eigener Aussage hat er sowohl die Grundstücke als auch das Baurecht schon in der Tasche und kann außerdem mit einer Investitionsförderung winken.

So sagte Frau Simonis dann nach ihrem Besuch in Rostock, daß es das wichtigste sei, über den Bau des neuen Airbus' überhaupt neue Arbeitsplätze „im Norden“ zu schaffen. Das stammt nicht aus der Zeitung, Frau Franzen, sondern aus einer Pressemitteilung der Landesregierung.

Das klingt sehr edel. Es sollte aber wohl nur die Tatsache verbrämen, daß Frau Simonis das Projekt aufgegeben hat.

(Bernd Schröder [SPD]: Soviel dummes Zeug kann man doch gar nicht erzählen! - Widerspruch bei der SPD)

Sie können das gern widerlegen. Ich warte darauf, daß Frau Simonis dies alles entkräftet, aber ich rede von dem Anschein, der entstanden ist.

(Anhaltender Widerspruch bei der SPD)

Zweitens: Am 27. April war in allen Zeitungen die Nachricht zu lesen, daß zukünftig der kleine **Airbus A 318** zusätzlich zum A 319 und zum A 321 in Hamburg endmontiert werden wird. Dies ist eine erfreuliche Nachricht.

(Konrad Nabel [SPD]: Richtig!)

Sie sichert in Hamburg-Finkenwerder für eine ganze Weile die Auslastung der Kapazitäten und die Arbeitsplätze.

(Konrad Nabel [SPD]: So ist es!)

Die Hamburger betuern aber, die Entscheidung über den A 318 habe nichts mit der Entscheidung über den Riesen-Airbus zu tun; das sei völlig unabhängig voneinander.

(Konrad Nabel [SPD]: Das sehe ich auch so!)

Luftfahrtexperten flüstern aber hinter vorgehaltener Hand, daß dieser Beschluß der Vorläufer für die Entscheidung sei, auch den A 320 nach Hamburg zu holen, der bisher in Toulouse montiert worden ist, allerdings um den Preis, daß der A 3XX nach Toulouse kommt. Die Franzosen würden sich das Privileg, den Großraumjet in Toulouse zu bauen, nicht nehmen lassen, heißt es im „Hamburger Abendblatt“. Wußte Frau Simonis das bereits bei ihrer Pressekonferenz in Mecklenburg-Vorpommern? Hat sie deshalb vorsorglich den Rückzug angetreten?

(Zurufe von der SPD: Oh, oh! Nein, nein!)

Drittens: Schließlich gibt es noch die Äußerung des Kollegen Nabel, ebenfalls von Ende April. Er hat gesagt, formal könne Hamburg weiterhin die Pläne für das Ausbaggern des Twielenflether Sandes zu einem Süßwasserwall vorantreiben, doch politisch - politisch! - werde es einen anderen Kompromiß geben, wenn Hamburg nach der Entscheidung über den Airbus überhaupt noch **Ausgleichsflächen** benötige.

Was bedeutet das denn, Herr Nabel? Anscheinend wußten Sie schon, daß die Landesregierung resigniert hat, denn für die Produktion des kleineren Airbus' reichen die vorhandenen Flächen in Finkenwerder aus. Das habe ich jedenfalls der veröffentlichten Meinung entnommen.

(Ingrid Franzen [SPD]: Es reicht doch, wenn Sie das jetzt wissen! Das ist doch schon wunderbar! - Weitere Zurufe von der SPD)

Viertens - ich bin gleich fertig, Herr Schröder! -: Dieses Beweisstück flatterte erst heute morgen auf den Tisch, und das ist Ihr Antrag, meine Damen und Herren auf der linken Seite. Was der Landtag hier feststellen soll, ist ausgesprochen müde formuliert. Es fehlt jegliche Begeisterung für dieses einmalige Projekt;

(Lachen bei der SPD)

es fehlt der unbändige Wille, eine große Kraftanstrengung zu unternehmen,

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Anhaltender Widerspruch bei der SPD)

es fehlt der unbändige Wille, eine große, einmalige Kraftanstrengung zu unternehmen, um den Riesen-Airbus nach Hamburg zu holen. Kleinmütig und kraftlos ist die Landesregierung an diese Aufgabe herangegangen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es!)

Im letzten Absatz wird versprochen, daß sie gemeinsam mit Hamburg ein Konzept erarbeiten will,

(Martin Kayenburg [CDU]: Noch ein Konzept!)

das sowohl den Ausgleich leistet als auch zu einer ökologischen Verbesserung führen soll. Dazu kann man erstens nur fragen: Warum erst jetzt? Und zweitens: Was soll das denn sein, wenn nicht eine eierlegende Wollmilchsau?

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluß. Die Schnellen fressen die Langsamen! Diese Regie-

**(Brita Schmitz-Hübsch)**

rung geht zu langsam an die Aufgabe heran und wird nicht zum Zuge kommen. Schade, eine große Chance wird kampflos vertan!

(Lachen bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir stimmen trotzdem dem Antrag von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu.

(Lachen und Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Nein, nein! Wenn dies der letzte Versuch dieses Hauses sein soll, den Willen zu bekräftigen, wollen wir nicht diejenigen sein, die dieses Projekt nicht mit unterstützen. Wir stimmen zu, obwohl wir befürchten, daß es nur weiße Salbe ist.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Das Wort hat Herr Abgeordneter Matthiessen.

**Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Wenn da etwas fehlt, Frau Schmitz-Hübsch, stellen Sie einen Ergänzungsantrag!

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Präsidentin! „Pacta sunt servanda“, sagt der Rechtsgelehrte. Das gilt auch für Landesregierungen. Dieser Satz müßte bei der F.D.P.-Fraktion, bei der ja 50 % Juristen herumsitzen, auf Verständnis stoßen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Gilt das letzte auch für die Grünen?)

Anlaß für den Dringlichkeitsantrag der F.D.P. in der Plenartagung vom März waren Pressemeldungen, denen zu entnehmen war, daß sich die Ministerpräsidentin für den **Bau des Airbus A 3XX in Norddeutschland** ausgesprochen hat. Nichts anderes lese ich aus dem Artikel in den „Lübecker Nachrichten“ vom 23. März heraus.

Schleswig-Holstein hat den Staatsvertrag ähnlich wie Niedersachsen mit Hamburg abgeschlossen, bei der Suche und Erstellung von Ausgleichsflächen zu kooperieren. Damit sollen die Erweiterung einer Industrieanlage und damit verbunden die Schaffung einer großen Zahl von Arbeitsplätzen ermöglicht werden.

Zur **Einhaltung des Staatsvertrages** stehen wir. Das soll durch unseren Antrag auch noch einmal unterstrichen werden. Weitere Vorschläge seitens der F.D.P. habe wir auch dem Redebeitrag nicht entnehmen können.

Die Ministerpräsidentin hat sich für eine norddeutsche Lösung ausgesprochen. Wenn Frau Simonis Herrn

Ringstorff zugesagt hat, auch dafür zu sorgen, daß Rostock weiter im Gespräch bleibt, so ist das nur verständlich und wird von uns unterstützt.

Es ist doch simpel: Von dem Standort Hamburg würde Schleswig-Holstein wirtschaftlich mehr profitieren als von dem Standort Rostock, aber von dem Standort Rostock wiederum um ein Vielfaches mehr als von einem Standort Toulouse in Frankreich.

Im übrigen würde die Natur durch einen **Standort** Rostock weniger belastet werden. Also: Recht hat sie, die Ministerpräsidentin!

Für uns Grüne ist die ganze Angelegenheit - das ist ja niemandem entgangen - nicht leicht. In dem Zielkonflikt zwischen Flächenverbrauch und Naturbewahrung nehmen wir die ökologische Seite sehr ernst.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ach!)

Es ist nicht nur ein romantischer Indianerspruch: Erst wenn der letzte Baum gerodet ist, werdet ihr Weißen merken, daß man Geld nicht essen kann. Das ist auch schlicht eine ökonomische Wahrheit.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die Ausgleichslogik, die unsere Gesellschaft als Antwort auf dieses Problem gibt, ist als Lösungskonzept begrenzt. Natur läßt sich nicht herstellen wie ein Industrieprodukt.

Der **Flächenverbrauch** ist - nicht nur in diesem Fall, aber hier besonders - ein gravierendes Umweltproblem, ein schleichendes, wobei wir uns mit Bauplatz für Bauplatz, Straße für Straße, Gewerbegebiet für Gewerbegebiet, in Natur, Landschaft, Wald und Landwirtschaft hineinfressen - Tag für Tag in vielen kleinen und größeren Einzelentscheidungen.

Der Ausgleich beruhigt, er wird - mitunter zähneknirschend - geleistet. Der Naturschutz freut sich manchmal sogar, weil Entwicklungsvorhaben oder Flächenankäufe finanzierbar werden. Am Ende aber bleiben täglich - bezogen auf Schleswig-Holstein - 7 ha Versiegelung und Überbauung, mehr als dreimal so groß wie der Wesselburener Koog im Jahr, Flächenfraß in unserem Land.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das bomben wir in Serbien gerade wieder frei!)

- Sie haben den Zwischenruf hoffentlich gehört!

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ich habe gesagt: Das bomben Sie in Serbien gerade wieder frei!)

(Brita Schmitz-Hübsch)

- Sie haben eine spezielle Art von Humor, sich hier mit solchen Zwischenrufen zu präsentieren, Herr Kubicki! Das ist im Protokoll ja dann nachzulesen.

Damit verbunden - -

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ich nehme Sie immer nur mit Ihren großen Ansprüchen sehr ernst! - Weitere Zurufe von der CDU)

- Lassen Sie mich jetzt reden, Herr Kubicki!

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Damit verbunden ist ein **Artenschwund** nicht nur im Tropenwald, sondern mitten in Schleswig-Holstein. Es sind nicht nur die - wie die Naturschützer sagen - „sexy spezie“, also die attraktiven Arten wie Storch, Adler, Fischotter und andere, denen mitunter erfolgreich geholfen werden kann, es sind vor allem auch die sogenannten „no-names“ wie die Heydemannschen Krabbelkäfer, wie Amphibien, es sind Kiebitz, Lerche, Goldhähnchen, Moose auf Magerflächen; es sind so lächerliche Wesen wie der Wachtelkönig und die Löffelente, deren Existenz man erst im Zusammenhang mit Flächenkonflikten erfährt und deren Nennung ihrer putzigen Namen zu Heiterkeitsstürmen auf CDU-Versammlungen führt, wenn Herr Rühle sich über die Qualität roter und insbesondere grüner Verhinderungspolitik ausläßt.

Herr Kayenburg, das sind für Sie Themen für Witze oder Verdrehungen, wenn Sie mir hier im Haus zum Beispiel unterstellen, mir seien Bäume wichtiger als Menschen - er hat hier gesagt, mir seien Bäume wichtiger als Menschen -, wenn ich in der Debatte um den Waldschadensbericht im Sinne der alten Indianerweisheit sage, daß erst der Wald stirbt und dann der Mensch.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Herr Kayenburg, Ihr Wahlkampf kristallisiert sich immer mehr heraus. Sie machen lächerlich, diffamieren, verdrehen, wiegeln auf und fahren Angstkampagnen. Das ist Ihr Stil, machen Sie weiter so!

(Beifall des Abgeordneten Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und vereinzelt bei der SPD - Martin Kayenburg [CDU]: Machen wir auch, Herr Matthiessen!)

Minister Steenblock und die Grünen setzen weiter auf Dialog, Beteiligung, auf Vernunft und rationale Abwägung bei Flächenentscheidungen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Und gerade beim Ausgleich für das Mühlenberger Loch setzt sich der Umweltminister für eine Verbesserung der Maßnahmen ein, bei allen Schwierigkeiten, die sich bei so seltenen Ästuarwatten tatsächlich stellen.

Wir haben uns unsere Unterstützung für dieses Projekt nicht leichtgemacht, doch wir sind zuversichtlich, daß in der Gesamtbilanz ein Gewinn für die ökologische Wertigkeit der Untereiberegion herauskommen kann.

Vielleicht kommt jetzt ja auch alles anders - nach der Entscheidung für den kleinen Airbus.

Ich gehe aber davon aus, daß jetzt ausreichend Zeit und Ruhe vorhanden sind, um mit Hamburg neue Konzepte zu besprechen, die auch und nicht zuletzt der Löffelente gerecht werden - so lächerlich die Opposition diesen Vogel auch findet.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Ich erteile Frau Abgeordneten Spoorendonk das Wort.

**Anke Spoorendonk [SSW]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die wirtschaftliche Situation des DASA-Werks in Hamburg hat sich seit der Debatte im Dezember letzten Jahres zum A 3XX erheblich verbessert. Mit dem Zuschlag der Endmontage des kleinen **Airbus A 318** kann der Standort seine vorhandenen Kapazitäten voll auslasten, und der Bau kann ohne Probleme in das Airbuswerk integriert werden. Das ist für die Metropolregion Hamburg unbestritten ein Erfolg.

Was nun die **Endmontage des A 3XX** betrifft, bin ich fast geneigt zu sagen: Ein kleiner Airbus in der Hand ist besser als ein großer Airbus auf dem Dach.

(Vereinzelter Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zurufe der Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU], Brita Schmitz-Hübsch [CDU] und Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Jedoch sind dies zwei Paar Schuhe und die - -

(Beifall des Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Jedoch sind dies zwei Paar Schuhe.

Und die Aussage wird ja auch von dem DASA-Unternehmenssprecher so bestätigt. Denn die Hamburger Bewerbung um die Produktion des A 3XX soll weiter aufrechterhalten werden. Es hat sich jedoch

(Detlef Matthiessen)

schon seit längerem gezeigt, daß die Konkurrenz für den Bau des großen Airbusses sehr stark ist, auch wenn zum Beispiel die **Standorte** Rostock, Sevilla oder Saint Nazaire so gut wie aus dem Rennen sind, dürfte der Standort Toulouse wohl der hartnäckigste Bewerber neben Hamburg in dieser Sache sein.

Gerade jetzt, wo Hamburg den Zuschlag für die Fertigung des „Mini-Airbus“ erhalten hat, darf Hamburg bei der Bewerbung um den A 3XX aber nicht lockerlassen. Daher gilt es hier und heute daran festzuhalten, was in der ersten Debatte beschlossen wurde. Das Land Schleswig-Holstein hat sich vertraglich dazu verpflichtet, die notwendigen Ausgleichsflächen zur Verfügung zu stellen. Es gilt, dieses Signal nach Hamburg zu senden.

Ein Projekt von solch großer regionalpolitischer und wirtschaftlicher Bedeutung in der Metropolregion Hamburg verdient es einfach, von Schleswig-Holstein unterstützt zu werden.

Dieses Vorhaben würde für schleswig-holsteinische Wirtschaftsunternehmen die Türen für eine Zuliefererfunktion öffnen. Und hinsichtlich der 4.000 potentiellen Arbeitsplätze muß Schleswig-Holstein daran interessiert sein, daß Hamburg den Zuschlag für den Bau des großen Airbusses bekommt.

Ich meine, daß eine wirtschaftliche Zusammenarbeit hier Arbeitsplätze schaffen kann. Und das muß bei dem Stand der Arbeitslosigkeit Priorität haben.

Nach meiner Information fällt die Entscheidung, welcher Standort den Zuschlag bekommt und welchen Umfang der Auftrag hat, frühestens im zweiten Halbjahr dieses Jahres. Somit bleibt der Landesregierung genügend Zeit, sich intensiv mit der Suche nach geeigneten Ausgleichsflächen zu beschäftigen. Daß es aber nicht leichtfallen wird, die **Zusage** einzuhalten, hat uns besonders die Diskussion um die **Ausgleichsfläche** Twielenflether Sand gezeigt. Auch die Rahmenbedingungen des EU-Naturrechts für Vogelschutzgebiete und Natura 2000 werden die Suche nach Ausgleichsflächen nicht leichter machen. Das darf die Landesregierung aber nicht davon abhalten, alles zu versuchen, damit Schleswig-Holstein seinen Teil des Vertrages erfüllt.

Soweit mir bekannt ist, laufen zur Zeit Untersuchungen, die vorsehen, drei Ausgleichsflächen zu einem Paket zu schnüren. Ich hoffe nur, daß dieses Paket dann auch vor dem EU-Recht standhält.

Also, für den SSW ist es wichtig, daß die Landesregierung im Rahmen der Untersuchungen auch das Gespräch mit den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort sucht. Denn solch ein Projekt kann nur durchgeführt werden, wenn die Akzeptanz in der Bevölkerung vor-

handen ist. Wir werden natürlich auch dem Antrag der Regierungsparteien zustimmen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Das Wort hat Frau Abgeordnete Dr. Winking-Nikolay.

**Dr. Adelheid Winking-Nikolay** [fraktionslos]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der **Staatsvertrag** wurde im Zusammenhang mit der **Endlinienfertigung des A 3XX** geschlossen. Ein enormer Eingriff ins Mühlenberger Loch mit nötigem Ausgleich, dann in Schleswig-Holstein, wird mit dem Gewinn von 4.000 Arbeitsplätzen schmackhaft gemacht.

Nach meiner Information ist eine Erweiterung des DASA-Geländes für den Zuschlag der Fertigung des kleineren A 318 nicht notwendig. Ich habe erstaunt festgestellt, daß das hier fast als selbstverständlich vorausgesetzt wird.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nein, das ist überhaupt nicht der Fall!)

Das nährt bei mir den Verdacht, der ja auch in der GAL Hamburg immer wieder geäußert wird, daß es der **DASA** eigentlich um eine **grundsätzliche Erweiterung** geht, egal ob es einen Zuschlag zu dem einen oder anderen Airbus gibt.

(Meinhard Füllner [CDU]: Das ist doch auch nichts Schlimmes!)

- Es geht um einen enormen Eingriff in die Natur! Da muß es schon ein Gegengewicht geben, so daß man dem zustimmen kann.

Was ich jetzt mit Erstaunen festgestellt habe, ist, daß Herr Nabel - ich darf von eben zitieren - gesagt hat: „Der Staatsvertrag gilt selbstverständlich auch für den A 318.“

(Konrad Nabel [SPD]: Nein, nein!)

- Das haben Sie eben wörtlich gesagt!

Frau Franzen sagt aber, die Zusage gelte für den A 3XX und für sonst nichts.

Also, mir scheint, daß sich die SPD erst einmal untereinander abstimmen muß.

Nach meiner Information ist es so, daß der **Airbus 318** keine zusätzlichen Arbeitsplätze bringt, bestenfalls die Sicherung vorhandener **Arbeitsplätze**, was natürlich auch nicht zu verachten ist. Das heißt, die

**(Anke Spoorendonk)**

Argumentationsschiene „Wir opfern Natur für Tausende von Arbeitsplätzen“ im Zusammenhang mit dem A 318 stimmt nicht.

Ich bin - wie gesagt - sehr gespannt, wie die Abstimmung bei der SPD ausgeht. Wie sie bei meinen lieben grünen Ex-Fraktionskollegen ausgehen wird, kann ich mir vorstellen; das unterscheidet sich meistens nicht sehr von der SPD. Ich bin allerdings gespannt, wie man der Basis erklärt, daß man der Erweiterung eines Geländes Vorschub leistet, indem man wertvolle Flächen in Schleswig-Holstein zur Verfügung stellt, ohne daß es zusätzliche Arbeitsplätze gibt. Zur grünen Basis zähle ich nicht nur grüne Parteimitglieder, sondern auch die Naturschutzverbände.

(Unruhe)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Das Wort hat Frau Ministerpräsidentin Simonis.

**Heide Simonis, Ministerpräsidentin:**

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe mit Verblüffung zur Kenntnis genommen, daß Frau Abgeordnete Schwalm in der Zwischenzeit offenbar zu den Grünen übergewechselt ist; denn sie war diejenige, die damals erbitterten Widerstand gegen die Zurverfügungstellung von Ausgleichsflächen angekündigt

(Beifall der Abgeordneten Ingrid Franzen [SPD] - Widerspruch der Abgeordneten Monika Schwalm [CDU])

und hier die vor Ort artikuliertete Ablehnung der Landwirte vorgetragen hat, die in der Zwischenzeit offensichtlich ebenfalls alle Mitglieder der Grünen geworden sind.

(Unruhe)

Wenn bei der Sondersitzung des Umwelt- und Wirtschaftsausschusses am 3. Februar 1999 zufällig jemand aus Toulouse dabeigesessen hätte, hätte der gedacht: Aha, da drüben sitzt die Regierung, und dort sitzt die Opposition. Der hätte das verwechseln müssen; denn wenn abgestimmt worden wäre, hätten Sie mit Nein gestimmt. Das war doch nach den Fragen, die Sie gestellt haben, klar.

(Beifall des Abgeordneten Bernd Schröder [SPD])

Sich hier jetzt so aufzupumpen, einen Sturm im Wasserglas zu entfachen, Monate später mit der Überschrift einer Zeitung - das ist zwar eine große Ehre für die Zeitung, aber entspricht nicht der Wirklichkeit.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von CDU und F.D.P.: Lenken Sie doch nicht ab!)

Frau Abgeordnete Schmitz-Hübsch, es ist gut, daß der Ton nachher in den Zeitungsberichten nicht immer mit herüberkommt. In Ihrer Rede war viel vorweggenommene Schadenfreude dabei.

(Beifall bei der SPD - Widerspruch der Abgeordneten Brita Schmitz-Hübsch [CDU] - Herlich Marie Todsens-Reese [CDU]: Das ist eine üble Unterstellung!)

Sie haben das mit so viel Gusto vorgetragen, wo wir überall hängenbleiben könnten, so daß ich fast das Gefühl hatte, Sie freuten sich schon darauf, um dann wieder hier zu stehen.

(Beifall des Abgeordneten Bernd Schröder [SPD] - Herlich Marie Todsens-Reese [CDU]: Üble Unterstellung!)

- Wir warten es einmal ab!

Frau Abgeordnete Todsens-Reese, Sie waren damals übrigens eine der allerkritischsten Fragestellerinnen, wenn ich mich richtig erinnere. Ich höre Ihre Stimme gerade wieder.

(Herlich Marie Todsens-Reese [CDU]: Richtig! In Umweltfragen sehr wohl! Zu Recht! Sie sind ja unserer Kritik gefolgt! - Zurufe von der SPD)

Also, die Haltung der Landesregierung ist seit dem 9. Dezember 1998, das letzte Mal, als ich hier - -

(Glocke der Präsidentin)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Meine Damen und Herren, ich bitte um etwas mehr Ruhe. - Sie haben das Wort, Frau Ministerpräsidentin!

(Herlich Marie Todsens-Reese [CDU]: Twieflether Sand!)

**Heide Simonis, Ministerpräsidentin:**

Danke schön. - Mein Gott, soviel Aufregung über ein einziges Flugzeug! Da ist ja richtig etwas los hier im Landtag.

Die Haltung der **Landesregierung** ist die gleiche, die ich am 9. Dezember vorgetragen habe: Wir unterstützen die Bewerbung der Freien und Hansestadt Hamburg um die **Produktion des A 3XX** ohne Wenn und Aber.

(Beifall bei der SPD)

(Dr. Adelheid Winking-Nikolay)

Das Vorhaben ist von großer regionalpolitischer und erheblicher wirtschaftlicher Bedeutung für die gesamte **Metropolregion Hamburg**. Hamburg würde damit einer der bedeutendsten Standorte der Luftfahrtindustrie werden mit hochqualifizierten Arbeitnehmern, zukunftsorientierten Arbeitsplätzen - und natürlich zusätzlichen Arbeitsplätzen, wobei ich mich um 1.000 nicht streiten werde, weil man das zunächst sowieso nie glauben darf, aber man weiß, daß mehr Arbeitsplätze dorthin kommen werden.

Je geschlossener wir in dieser Region auftreten, desto größer sind unsere Chancen, daß wir den Bund, die Europäische Union und auch das große internationale Unternehmen überzeugen können, daß die Metropolregion das richtige ist.

Es gibt allerdings in der Zwischenzeit Diskussionen zwischen Schwerin und Hamburg - es geht uns nichts an, wenn die miteinander diskutieren -, ob nicht Teile der Fertigung in das von Arbeitslosigkeit geplagte **Mecklenburg-Vorpommern** kommen könnten. Wenn das gelingt, ohne daß dadurch die Bewerbung Hamburgs gefährdet wird, habe ich im Sinne einer norddeutschen Zusammenarbeit, bei der es uns darauf ankommen muß, einmal zu üben, wie wir uns gegenüber dem Süden stärken können, nichts dagegen.

(Beifall bei der SPD sowie der Abgeordneten Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Was jetzt wichtig ist, ist, daß wir die Schritte, die eingehalten werden müssen, so hintereinanderschalten, daß kein Zeitverlust auftritt und wir aus diesem Grunde in Schwierigkeiten kommen.

Daß die Wahl des **Twielenflether Sandes** bei vielen auf Bedenken gestoßen ist, kann ich nachvollziehen. Aber wir haben die Ausgleichsfläche nicht einfach mit einem Pendel beschlossen, sondern da sind Gutachter tätig geworden, die festgestellt haben, daß es keine andere Möglichkeit gibt.

In der Zwischenzeit haben sich insbesondere der Umweltminister, aber auch der Umweltsenator aus Hamburg an die Arbeit gemacht und haben Vorschläge aus der Region darauf hin geprüft, ob sie erstens EU-sicher sind und ob die vorgeschlagenen Gebiete zweitens die gleichen Voraussetzungen erfüllen wie der Twielenflether Sand.

(Herlich Marie Todsen-Reese [CDU]: Das haben Sie schon vor einem Jahr angefangen!)

- Ganz ruhig! Ich verstehe gar nicht, daß Sie sich da so aufregen; ich sage doch gerade, daß die das machen.

(Herlich Marie Todsen-Reese [CDU]: Ein bißchen spät!)

In etwa 14 Tagen wird das Ergebnis der Prüfung dieser Vorschläge, die - wie gesagt - zum Teil auch vor Ort erarbeitet worden sind, vorliegen. Es kommt jetzt nämlich nicht darauf an, daß wir irgendeinen Vorschlag machen, sondern es muß ein Vorschlag sein, der akzeptiert wird, der vor allem einer strengen EU-Prüfung standhält und der uns nicht vor irgendeinem Gericht scheitern läßt.

(Martin Kayenburg [CDU]: Löffelente!)

Nun zum A 318! Man sollte glauben, wir würden uns freuen, daß die Hamburger mit dem **Airbus A 318** bewiesen haben, daß sie in der Lage sind, sich gegen internationale Konkurrenz durchzusetzen. Und schon geht es wieder los, wie es häufig in der Politik ist: Es könnte ja ein Wenn oder Aber oder sonst etwas sein. Das sind in der Tat zwei unterschiedliche Paar Schuhe. Das eine ist die Anerkennung einer absoluten Fertigungsqualität, wie sie eben nur in Hamburg gegeben ist und sich bei A 318, 319, 320 niederschlagen wird. Das wird Arbeitsplätze sichern und schaffen, bedarf aber nicht der wahnsinnig großen Neuf Flächen, wie der **A 3XX**, der in der Tat ein vollkommen neues Flugzeug ist und nicht irgendwo gebaut werden kann, sondern in einem bestimmten Zusammenhang mit bestehender Infrastruktur, mit Mitarbeitern, die eine bestimmte Qualifikation und Erfahrung haben. Das kann man nicht irgendwo auf dem Acker bauen. Das ist das Problem, dies beispielsweise den Schwerinern beizubringen, daß sie zwar unter Umständen Mitarbeiter haben, daß ihnen aber das erforderliche technische Know-how fehlt, das man braucht, um ein solches Flugzeug neu zu entwerfen, neu zu bauen, neu zu produzieren und auf den Markt zu bringen.

Nun freue ich mich für die Hamburger, daß ihnen das gelungen ist; denn immerhin macht das den Standort sicherer. Ich freue mich auch, daß das gegenüber den Franzosen gelungen ist, die übrigens mit Haken und Ösen um jede Produktion kämpfen und die sehr viel mehr Stolz aufbringen als wir. Wir sollten da jetzt nicht etwas nach dem Motto „Das ist eine Vorentscheidung gegen den A 3XX“ in die Welt posaunen,

(Beifall des Abgeordneten Meinhard Füllner [CDU])

sondern wir sollten sagen: Jawohl, die Leistungsfähigkeit, die dort zum Ausdruck gekommen ist, ist

**(Ministerpräsidentin Heide Simonis)**

sozusagen das zweite Eintrittsticket, um beim A 3XX noch bessere Chancen zu haben.

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

Ich wünsche mir, daß das so ausgeht, wie wir es uns vorgestellt haben. Das kann wirklich nur dann gut ausgehen, wenn wir alle zusammen hier geschlossen stehen und gemeinsam das vertreten und auch gemeinsam bereit sind, in der Region mit den Menschen, die ihre Bedenken beim Twielenflether Sand äußern, zu diskutieren, warum es nicht anders geht, als wir es bis jetzt vorgeschlagen haben.

(Beifall bei SPD und F.D.P. - Vereinzelter Beifall bei CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Zu einem Kurzbeitrag nach § 58 Abs. 2 der Geschäftsordnung erhält Herr Abgeordneter Matthiessen das Wort.

(Zurufe von CDU und F.D.P.)

**Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Ich bin von verschiedenen Kollegen angesprochen worden, warum ich meine Rede unterbrochen und nachgefragt habe, ob der Zwischenruf des Kollegen Kubicki zu Protokoll genommen worden sei. Ich habe im Zusammenhang mit dem Flächenproblem, das sich durch das **Mühlenberger Loch** ergibt, allgemein zur Flächenproblematik Stellung genommen, zu Ausgleichsflächen und zu der Problematik, die dadurch entsteht, daß wir in Schleswig-Holstein sehr viele Flächen verbrauchen. Herr Kubicki, wenn ich Sie richtig verstanden habe, haben Sie dazwischengerufen: „Das bomben Sie ja alles im Kosovo frei!“

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: In Serbien!)

- Oder „in Serbien frei“. Kosovo oder Serbien, das ist egal. Wenn ich das richtig verstanden habe, bitte ich vor dem Hintergrund der Debatte, die gestern stattgefunden hat, und der Debatte, zum Tagesordnungspunkt 12 um Erläuterung, wie solch ein Zwischenruf zu interpretieren ist.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt vor. Ich schließe damit die Beratung.

Es ist beantragt worden, in der Sache abzustimmen. Ich werte den Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN als Änderungsantrag und werde über diesen Antrag, Drucksache 14/2135, zuerst abstimmen lassen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. -

(Zurufe von der SPD - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wenn du das gern haben willst, kannst du das haben!)

- Ich bitte um Ruhe! Ich wiederhole: Es geht um die Abstimmung über den Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 14/2135. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. -

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Nein, so einfach geht das nicht!)

Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Bei einer Gegenstimme der Frau Abgeordneten Dr. Winking-Nikolay ist dieser Antrag angenommen.

Zu einer persönlichen Erklärung erteile ich dem Herrn Abgeordneten Kubicki das Wort.

**Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Zwischenruf der Kollegin Franzen „Ordnungsruf!“ hat mich jetzt - nicht die Erklärung des Kollegen Matthiessen - dazu gebracht, mich noch einmal hierherzustellen und eine erläuternde Erklärung zu den Ausführungen des Kollegen Matthiessen zu einem Zwischenruf zu geben.

Herr Kollege Matthiessen, mir stinkt es mittlerweile, mit welcher Arroganz Grüne sich hier hinstellen, sich zu Lordsiegelbewahrern der Natur machen, sich als Gut-Menschen erklären und in der praktischen Politik das genaue Gegenteil vollziehen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Ich frage Sie in allem Ernst, wie Sie sich angesichts der Tatsache, daß in Serbien Chemiewerke bombardiert werden, mit irreversiblen Schäden für die Umwelt, und Sie das zulassen, hier hinstellen und sagen können, wenn die Opposition die Frage stellt, ob ein Erweiterungsbau in Hamburg auf den Weg gebracht werden soll, wir vernichteten die Natur, die Löffelente - oder wen auch immer - und deren Lebensräume.

(Ingrid Franzen [SPD]: Na, na!)

Sie müssen einmal Ihren Konflikt und Ihre Heuchelei aufklären, die Sie mittlerweile an den Tag legen, und

**(Ministerpräsidentin Heide Simonis)**

nicht immer uns Vorwürfe dafür machen, daß wir eine falsche Politik machen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Ich nehme Ihnen Ihren Anspruch nicht mehr ab, solange ich nicht sehe, daß Sie sich in gleicher Weise verhalten, wie Sie es immer erklären.

(Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Unglaublich! - Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: 10 Jahre lang haben wir diesen Konflikt schmoren lassen, und jetzt so etwas, Herr Kubicki!)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte - -

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Eine Heuchelei sondergleichen! - Glocke der Präsidentin)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte noch eine Terminänderung bekanntgeben. Der Finanzausschuß - -

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie sollten sich was schämen! - Weitere Zurufe von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Glocke der Präsidentin)

Der Finanzausschuß wird - -

(Weitere Zurufe - Glocke der Präsidentin)

Ich erteile Ihnen beiden gleich einen Ordnungsruf, wenn Sie jetzt nicht ruhig sind!

Ich habe eine Terminänderung bekanntzugeben. Die Sitzung des Finanzausschusses wird um 13:30 Uhr im Sitzungszimmer 138 stattfinden.

Ich wünsche Ihnen eine gute Mittagspause.

Die Sitzung ist bis 15:00 Uhr unterbrochen.

(Unterbrechung: 13:30 bis 15:01 Uhr)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Meine Damen und Herren, die Sitzung ist wiedereröffnet.

Auf der Tribüne begrüße ich Mitglieder des Sozialverbandes Reichsbund, Ortsverein Heide. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 8 auf:

**Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Hochschulgesetzes (Strukturreform-Novelle)**

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 14/2121

Zur Begründung erteile ich der Frau Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur das Wort.

**Ute Erdsiek-Rave**, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur:

Herr Präsident! Meine Herren und Damen! Und wenn ich mir erlauben darf, auch dies zu sagen: Werte Gäste! Ohne Impulse aus der Wissenschaft ist die Wirtschaft unseres Landes nicht zukunftsfähig. Ohne Impulse aus der Wirtschaft ist die Wissenschaftslandschaft in Schleswig-Holstein nicht wettbewerbsfähig. Ohne die Vielfalt der Hochschulstandorte würde unser Land verarmen, und ohne die Profilierung einer jeden Hochschule ginge uns allen Attraktivität verloren. Mit den Universitäten und Fachhochschulen, mit den Professoren und Studierenden, den Wissenschaftlern und Verwaltern gemeinsam und auch mit diesem Gesetz wollen wir diese Impulse geben, die Vielfalt fördern, die Profilierung schärfen und die Attraktivität unseres Landes für Wissenschaft, Forschung und Lehre stärken. In diesem Anliegen weiß ich mich mit sehr vielen im Lande und auch in diesem Hause einig.

Wir schütten hier kein Füllhorn aus. Wir machen keine leeren Versprechungen. Wir verkleistern nicht mit Worthülsen, und, verehrter Herr Dr. Klug, wir werfen auch keine Nebelkerzen. Wir füllen den neuen Rahmen aus, setzen eigene Akzente, formulieren klare Ziele. Wir modernisieren durch globalisierte Haushalte, effiziente Hochschulleitungen, klare Kompetenzzuweisungen, mehr Mitbestimmung, durch Zielvereinbarungen, mit leistungsorientierter Mittelverteilung und -zuweisung, durch neue, international ausgerichtete Studiengänge und Abschlüsse, durch fremdsprachige Lehrveranstaltungen und Prüfungen, durch Modularisierung des Studiums und durch flexibleren Personaleinsatz. Das, meine Damen und Herren, sind die zehn wichtigsten Bausteine für eine Brücke ins nächste Jahrhundert. Sie sollen tragfähig und ausbaufähig sein. Lassen Sie mich zu diesen Bausteinen in der Kürze der mir zur Verfügung stehenden Zeit einiges feststellen.

Baustein 1: die globalisierten Haushalte. Dispositionsfreiheit und Verantwortung werden vom Parlament auf die **Hochschulen** übertragen. Das ist ein großer Schritt, auch für die Parlamentarier. Umfassende Dekungsfähigkeit, Rücklagenbildung und

**(Wolfgang Kubicki)**

Flexibilität sind ein Fortschritt nach einer Kameralistik, die immer latent am Dezemberfieber kränkelt.

Baustein 2: effiziente Hochschulleitungen. Die Leitung einer Hochschule durch Rektorate ist eine Managementherausforderung par excellence. Wir grenzen Aufgaben und Verantwortlichkeit ab, wir stärken die Rektorate und entwickeln eine moderne Organstruktur, an großen wie an kleinen Hochschulen.

Baustein 3: klare Kompetenzzuweisungen. Rektorat, Senat und Konsistorium bilden das Verantwortungsdreieck. Leiten, entscheiden, beraten und wählen, operative Tätigkeit und die Erörterung von Grundsatzfragen, die Wahl des Rektorats und die Beschlußfassung über die Hochschulverfassung - diese Aufgaben, Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten sind jetzt klar zugeordnet.

Baustein 4: mehr Mitbestimmung. Soviel Mitbestimmung wie möglich, ohne die grundgesetzlich geschützte Freiheit von Forschung und Lehre zu tangieren, das ist unser Ziel. Mitbestimmung heißt Kooperation und Koordination der Entscheidungsprozesse. Im **Konsistorium** werden künftig Professoren, wissenschaftliche und nichtwissenschaftliche Mitarbeiter und Studierende gleichgewichtig vertreten sein. Nach meinem Demokratieverständnis ist dies genauso selbstverständlich wie die verfaßte Studentenschaft.

(Beifall bei der SPD)

Die Wissensgesellschaft erfordert Teamfähigkeit und flache Hierarchien. Der Wissensvermittlungsbetrieb, die Forschungsanstalt Universität, die Fachhochschulen müssen Keimzellen sein für die Entwicklung dieser neuen Kultur der Kooperation und der Konsense.

Baustein 5: die Zielvereinbarungen. Globalhaushalte und Mehrjährigkeit bilden den Rahmen, Zielvereinbarungen legen die Höhe fest und füllen den Rahmen für die Mittelverwendung aus. Allen Forderungen nach noch größerer Freiheit, für die ich Verständnis habe, halte ich entgegen: Hochschulen tragen gegenüber Gesellschaft und Staat ebenso Verantwortung wie Parlament und Regierung, sie haben eine Bringschuld und eine **Rechenschaftspflicht**, und das Parlament hat Anspruch und Pflicht zur Kontrolle.

Baustein 6: die Leistungsorientierung. Gemeinsam mit den Hochschulen arbeiten wir an Kriterien für Leistungsimpulse. Die Maßstäbe an der Musikhochschule sind natürlich andere als die der CAU, aber für beide gilt das Ziel der Transparenz und der Orientierung an Kriterien. Die Anzahl der Studierenden im Verhältnis zu den Lehrenden, die Anzahl der Promotionen und Patente, die Qualität der Lehre und die Frauenförderung, also harte und sogenannte weiche Kriterien, werden zugrunde gelegt. Aber keine Sorge: Dies ge-

schieht nicht nach irgendeiner Formel, etwa: „Drei Professoren geteilt durch Qualität mal Studierende gleich Zielvereinbarung“, sondern flexibel und ausfüllbar.

Baustein 7: neue Studiengänge und Abschlüsse. Die Struktur des Studiums und der Aufbau der Studiengänge sind reformbedürftig. Die durchschnittliche **Dauer eines Studiums** können wir uns langfristig nicht mehr leisten. Die Hochschulen müssen sorgsamer mit der Lebenszeit junger Menschen umgehen.

(Zustimmung der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Sie müssen ihr Lehrangebot organisatorisch und inhaltlich aufeinander abstimmen und schließlich die diktaktische Kompetenz der Lehre verbessern. B.A. und M.A. sollen nicht nur international, sondern auch in Schleswig-Holstein eingeführte und gebräuchliche Abkürzungen für berufsbezogene und wissenschaftliche Qualifikationen sein.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Baustein 8: Modularisierung des Studiums. Individualität muß auch an einer Massenuniversität möglich sein. Studiengänge müssen als Bausteine zusammengesetzt werden und mit Leistungspunkten versehen werden können, um dem Trend vorzubeugen und abzuwehren, der leider allzuoft Abbruch und Ausstieg bedeutet.

Baustein 9: fremdsprachige Lehrveranstaltungen und Prüfungen. Sie sollen selbstverständliches und wesentliches Angebot der Hochschulen sein, und zwar nicht wegen irgendwelcher modischen Anglizismen, sondern für die Attraktivität des Studienstandorts Schleswig-Holstein, für die Berufsvorbereitung der Studierenden und aus weltöffener Voraussicht.

Und schließlich Baustein 10: der flexiblere Personaleinsatz. Ich weiß, meine Damen und Herren, daß einige von Ihnen die Zukunft unseres Landes in einer umfassenden Verbeamtungspolitik sehen und neben den Statusfragen gleich noch einen Standortnachteil und Wettbewerbsverzerrungen dazu, wenn wir die Option von **Zeitprofessuren** eröffnen. Ich gehe davon aus, daß Hochschulen ihrer Verantwortung für den optimalen Einsatz ihrer Ressourcen am besten selbst gerecht werden. Sie sollen selbst entscheiden, ob sie diese Möglichkeiten wahrnehmen wollen. Ich bin sicher, sie werden diese Möglichkeit auch nutzen wollen, und ich bin ebenso sicher, daß Denken und Forschen nicht erst mit der Lebenszeitverbeamtung beginnt.

**(Ministerin Ute Erdsiek-Rave)**

In Klammern füge ich hinzu: Professuren sollen künftig auch auf Zeit vergeben werden können. Auch sollten Hochschullehrer nicht mehr ausschließlich als Beamte eingestellt werden. - So der Beschluß des CDU-Parteitag in Erfurt.

Ich füge ebenfalls hinzu: „Um einen optimalen Einsatz der begrenzten persönlichen Ressourcen zu ermöglichen, soll die erste Berufung auf eine Professur künftig befristet erfolgen. Damit kann sichergestellt werden, daß sich Professoren vor der Übernahme ins Beamtenverhältnis auf Lebenszeit bewähren. Eine gesetzliche Ermächtigung wird es erlauben, Anwesenheitsverpflichtungen der Professoren zu regeln.“ - Zitat aus der Presseerklärung des Wissenschaftsministers von Trottha, Baden-Württemberg.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Soviel zum aktuellen Stand der Diskussion Ihrer Beiträge zur Hochschulreform.

Zehn Bausteine ineinandergefügt, begehbar für die Zukunft. Es wurde gesagt und kritisiert, wir hätten gewissermaßen die Abstände zwischen diesen Bausteinen zu präzise vermessen, sprich wir hätten zuviel reguliert.

Zwei Anmerkungen dazu. Erste Bemerkung: Diese Novelle öffnet Optionen, sie schafft Handlungsspielräume, sie ermöglicht es den Verantwortlichen, auch Verantwortung zu übernehmen. Das nenne ich der Freiheit und der Autonomie der Hochschulen angemessen. Zweite Bemerkung: Diese Freiheit und diese Autonomie müssen materiell abgesichert sein. Das ist ihr Januskopf. Aber das setzt auch voraus, daß die wesentliche Rechenschaftspflicht berücksichtigt wird, die unser parlamentarisches System an den Umgang mit Steuergeldern bindet.

(Beifall der Abgeordneten Lothar Hay [SPD], Konrad Nabel [SPD] und Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das setzt auch voraus, daß Gesetzgeber auf Standards setzen können und setzen dürfen,

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Müssen!)

Standards zur Weiterentwicklung unseres Hochschulstandortes für seine Struktur und sein Profil.

Lassen Sie mich abschließend sagen: Unsere Zukunft - und darin weiß ich mich hoffentlich mit allen trotz aller Differenzen in den Einzelheiten einig - liegt im Lernstandort Europa, Zweigstelle Schleswig-Holstein mit Außenstellen in Kiel, Lübeck, Flensburg, Heide, Eckernförde, auch in Elmshorn und Wedel. Daran

weiterzuarbeiten, lohnt jede Anstrengung. Dafür bitte ich um Ihre Unterstützung.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich danke der Frau Ministerin für die Einbringung der Strukturreform-Novelle. Bevor ich die Grundsatzaus-sprache eröffne, freue ich mich, weitere Gäste begrüßen zu können. Ich begrüße zu dieser Debatte in der Loge sehr interessierte Gäste, Mitglieder der Lehrkörper unserer schleswig-holsteinischen Hochschulen. Auch Ihnen ein herzliches Willkommen!

(Beifall)

Als erstem erteile ich Herrn Abgeordneten Weber das Wort.

**Jürgen Weber [SPD]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich hatte eigentlich gedacht, daß zuerst noch einmal die Opposition das Wort ergreift, um dazu etwas zu sagen. Aber ich will gern die Gelegenheit nutzen - wenn mir das Wort erteilt worden ist -, dazu etwas zu sagen.

Der vorliegende Gesetzentwurf der Landesregierung zur Änderung des Hochschulgesetzes - vulgo Strukturreform-Novelle - setzt unseres Erachtens das richtige Maß für die Ingangsetzung der notwendigen Strukturreform an unseren Hochschulen, für die Umsetzung der Vorhaben des Hochschulrahmengesetzes, für die Positionierung des Landes im zunehmenden Wettbewerb der Hochschulen und auch zur Schaffung kreativer Räume, zur autonomen Ausgestaltung künftiger Hochschulprofilierung und -entwicklung.

Damit ist unseres Erachtens der Gesetzentwurf zuerst einmal eine gute und ordentliche Beratungsgrundlage. Zur Zeit wird in fast allen bundesdeutschen Ländern über eine neue **Hochschulgesetzgebung** beraten. Viele sind im parlamentarischen Verfahren, einige wenige sind fertig, einige wenige sind in der Planung.

Wir befinden uns nicht nur in einem bundesweiten, sondern quasi - wenn man so will - in einem europa-weiten Prozeß der Neufindung der Hochschulen. Wer einmal Zeit hat, in das neue, gerade beschlossene isländische Hochschulgesetz hineinzugucken, wird sehen, daß dort vieles dem ähnelt, was wir gerade aufgeschrieben haben. Soviel nur als kleiner Lektüretip nebenbei. Das ist im Internet abzurufen.

Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, daß uns im Ausgangspunkt der hochschulrahmenrechtlichen Veränderungen ein paar Aufgaben diktiert wurden, die wir abarbeiten müssen. Ich glaube, es ist sinnvoll,

(Ministerin Ute Erdsiek-Rave)

sie noch einmal zu benennen. Ich lasse dabei bewußt die strittigen Punkte aus dem Hochschulrahmenrecht wie Studienreform auf der einen Seite und den ganzen ausgesparten Bereich der Veränderung von Personalstruktur auf der anderen Seite außen vor. Ich möchte in Erinnerung rufen, daß das HRG eine ganze Reihe an Neuorientierungen auf den Weg gebracht hat: die Einführung einer leistungsorientierten Hochschulfinanzierung, Evaluation von Forschung und Lehre, Regelstudienzeit, Studienberatungspflicht, „Freischuß“, Leistungspunktsystem und andere studienstrukturierende Elemente. Dann die neuen Hochschulgrade Bachelor und Master, wobei wichtig ist hinzuzufügen, daß es der Kultusministerkonferenz im letzten Jahr noch gelungen ist, durch ein neues Akkreditierungsverfahren zumindest übelstem Mißbrauch, der auf dem Wege war, einen Riegel vorzuschieben. Hier findet also eine sehr prozeßhafte Entwicklung statt. Außerdem die Festschreibung der pädagogischen Eignung von Professoren als Einstellungsvoraussetzung, dann die zwar noch nicht Abschaffung, aber Relativierung der Habilitation, und - last but not least - die Stärkung der Frauenförderung in den Hochschulen.

Dieser eine Bereich der inhaltlichen, auch regelnden Neuorientierung findet seinen Partner in einer ganzen Reihe von Deregulierungen im HRG, auf die es zu reagieren gilt: der Verzicht auf Detailregelungen bei Studien- und Prüfungsordnungen, beim Ordnungsrecht, bei Mitbestimmungsfragen, in der Selbstverwaltung, bei der Zusammensetzung von Gremien und ähnlichem mehr.

Deswegen ist es begrüßenswert, daß der vorliegende Gesetzentwurf ein paar Kernpunkte verankert: die Globalisierung der **Hochschuletats** und die Verfahren über die **Zielvereinbarungen** - in Parenthese: mit einer Reihe von Detailberatungsbedarf sicherlich auch noch über die Sicherung der Rechte des Landtages -, die Verbesserung des **Hochschulmanagements**, die **Internationalisierung** und Flexibilisierung der **Studienstruktur** und nicht zuletzt die Fragen von **Evaluation** von Forschung und Lehre.

Es ist ausdrücklich zu begrüßen, daß die Weiterbildung der Beschäftigten Pflichtaufgabe der Hochschule wird. Es ist zu begrüßen, daß die Aufnahme der Gleichstellung von Frauen in einer deutlich präziseren Fassung in dem Entwurf Aufnahme gefunden hat. Es ist auch zu begrüßen, daß dem wissenschaftlichen Mittelbau Möglichkeiten zur selbständigen Wahrnehmung von Forschung und Lehre expressis verbis eingeräumt werden. Es ist unseres Erachtens ebenfalls zu begrüßen, daß auch unter Wahrung des Spielraums der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts die Hochschulgruppen - zumindest im Konsistorium - ein gewisses Maß an gleichberechtigter Mitsprache haben

können, dem Gedanken folgend, daß mehr Managementqualitäten, mehr Leitungskompetenzen immer auch ein Pendant auf der Seite der **Mitbestimmung** haben müssen.

Die Aufnahme von Technologietransfer und die Förderung der Hochschuldidaktik als Pflichtaufgabe der Hochschulen waren lange überfällig. Wir begrüßen es deswegen, daß sie im neuen Gesetzentwurf verankert sind.

Ich will nicht verkennen, daß es eine ganze Reihe von kritischen Fragen gibt, die Beratungsbedarf nach sich ziehen, dem wir in den Ausschüssen zu folgen haben und folgen werden. Ich will beispielsweise auch an den uns bereits seit längerem vorliegenden Gesetzentwurf des SSW erinnern, eine besondere Ausnahmeregelung für die **Lehrkräfte für besondere Aufgaben** nach § 25 Abs. 1 Nr. 2 im HSG aufzunehmen. Wir werden uns damit befassen müssen und den einmütigen Signalen folgen, die vorgetragen worden sind, dem auf der einen Seite Gewicht zu verleihen, auf der anderen Seite die verfassungsrechtlichen Bedenken noch einmal zu klären.

(Beifall bei SPD und SSW)

Ich will hier nicht weiter in Details einsteigen. Das soll der Ausschußdebatte vorbehalten bleiben. Ich möchte nur noch ein paar allgemeine Bemerkungen machen. Natürlich ist es so, daß bei jedem Modernisierungs- und Reformprozeß auch Bedenken geäußert werden. Das ist normal. Warum sollte das gerade bei so großen, eingefahrenen Organisationen wie Hochschulen oder gar Universitäten anders sein? Das würde uns sehr verwundern, wenn es so wäre.

Deswegen sage ich noch einmal eindeutig: Professoren, wissenschaftliche und nichtwissenschaftliche Mitarbeiter und Studierende zusammen bilden die Hochschule. Deswegen ist die Verknüpfung der Stärkung von Leitungsstrukturen und Mitbestimmung wichtig. Deswegen ist es wichtig, Leistungsorientierung und Leistungsbemessung sowie Evaluation für alle Teile der Hochschule vorzuschlagen. Deswegen ist es übrigens auch wichtig, daß die Anforderungen an Internationalität nicht nur eine Anforderung an einen Teil der Hochschule, sondern eine Anforderung an die gesamte Hochschule darstellen müssen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Um ein Beispiel zu nennen - an allgemeinen Bekenntnissen mangelt es ja nicht -, nehmen wir den Begriff der **Evaluation**; den finden alle richtig. Nen-

**(Jürgen Weber)**

nen Sie mir einen Festvortrag oder eine Sonntagsrede, in der der Begriff nicht vorkommt!

(Zuruf des Abgeordneten Lothar Hay [SPD])

Nach dem Gesetzentwurf sollen sich die Hochschulen insgesamt regelmäßig in Organisation, Qualität und Erfolg der Arbeit in Forschung und Lehre, inklusive Wissens- und Technologietransfer, bei der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses sowie bei der Erfüllung des Gleichstellungsauftrages bewerten lassen. Weiterhin ist eine Beteiligung der Studierenden an der Bewertung der Lehre vorgesehen. Da fängt dann das Problem an, wenn es ins Detail geht. Dann hören wir auch die Einwände von verschiedenen Seiten: Wieso sollen eigentlich Studies mitreden, wieso eigentlich Sonderrechte für Frauen, und wieso soll überhaupt jemand von außen mitreden, wenn über Bewertungsfragen der Entwicklung der Hochschulen gesprochen wird?

Ich denke, man muß hier eines klarmachen: Natürlich braucht es auch für Evaluationsprozesse klare Kriterien, nachvollziehbare Kriterien. Aber ein Zurück zu einem Selbstverständnis der „closed shops“ darf es und kann es auch gerade für Wissenschaftsorganisationen nicht geben.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Deshalb ist es so wichtig, daß wir diese Fragen im Detail klären.

Lassen Sie mich abschließend schon einmal eine Voraussage wagen. Wenn ich jetzt allein sehe, wie bei der großen Frage der Dienstrechts- und Personalstrukturreform im Bund, zu der bundesweit eine Kommission erst eingesetzt worden ist und zu der sich die ersten Organisationen - so sage ich es - nach vorn wagen, schon das Hauen und Stechen losgeht, selbst zwischen so respektablen Einrichtungen wie der Hochschulrektorenkonferenz auf der einen Seite und dem Hochschulverband der Professoren auf der anderen Seite, dann haben wir einen ersten Eindruck davon, daß die wirklich zentralen Fragen der Umgestaltung an den Hochschulen eigentlich erst noch vor uns liegen, inklusive der Frage, wie wissenschaftlicher Nachwuchs künftig an den Hochschulen ausgebildet werden soll, auch unter tariflichen Voraussetzungen, unter welchen arbeitsrechtlichen Voraussetzungen, Vergütungsvoraussetzungen und ähnliches mehr.

Ich glaube, es ist deshalb gut und richtig, darauf hinzuweisen, daß das, was jetzt mit der Novelle, die wir hier im Landtag beraten, auch richtig eingeordnet wird. Es ist ein überfälliger, sinnvoller Schritt zur richtigen Zeit. Der Rektor der Fachhochschule West-

küste hat unlängst in der Zeitung verkündet „so schnell wie möglich“. Dann geht es manchmal ein bißchen zu schnell. Ich glaube, in der Mischung dieser beiden Auffassungen sind wir in der Zeitschiene ziemlich gut davor, indem wir sozusagen das Zentrum der Bewegung auch ein Stück darstellen können.

Wir sollten deswegen den zweiten Schritt nicht vergessen, sondern jetzt eine Hochschulgesetznovelle machen, die weitere Flexibilisierungsmöglichkeiten in der Zukunft nicht versperrt. Ich glaube, dafür haben wir eine gute Grundlage. Ich freue mich auf die weitere detaillierte Beratung in den Ausschüssen und an anderer Stelle.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich erteile Herrn Abgeordneten de Jager das Wort.

**Jost de Jager [CDU]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Auch ich war davon ausgegangen, daß die Opposition zunächst Gelegenheit haben wird, auf die Rede der Ministerin einzugehen. Aber ich bin nicht ganz unglücklich darüber, daß es anders gekommen ist, weil ich nämlich jetzt Gelegenheit habe, vor einem Haus zu reden, das mit mehr Abgeordneten als mit Rektoren, Kanzlern und Prorektoren der Hochschulen gefüllt ist, was zu Beginn der Beratung des Tagesordnungspunktes nicht der Fall war.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Aber auch nur knapp!)

- Nur knapp, aber immerhin!

Nun zur Sache!

Daß Sie, Frau Ministerin, Ihre HSG-Änderung ausgerechnet Strukturreform-Novelle nennen, zeugt doch von einiger Courage; denn um Ihre Hochschulstrukturreform ist es insgesamt nicht gut bestellt. Eigentlich weiß im Moment niemand mehr genau, woran er ist.

Ich darf nur die Stichworte Architekturstudium und Erziehungswissenschaftliche Fakultät nennen. Sie hätten eigentlich Ihre Novelle Gremienstrukturgesetz nennen müssen; denn im wesentlichen enthält dieser Entwurf Bestimmungen zur Veränderung von Hochschulgremien und zur weiteren Regulierung der Hochschulen und wenig Neues oder gar Fortschrittliches bei der Flexibilisierung und Deregulierung des Hochschulwesens hier im Land.

(Jürgen Weber)

Worum sollte es eigentlich bei dieser HSG-Novelle gehen? - Seit dem vergangenen Jahr haben wir ein neues Hochschulrahmengesetz, das in der Tat einen großen Schritt in Richtung Internationalisierung und Deregulierung der Hochschulen macht. Unsere Aufgabe als Landesgesetzgeber wäre es nun, die Möglichkeiten dieses neuen Rahmenrechts in ein Landesgesetz zu gießen. Aus Sicht der CDU-Fraktion muß es dabei unser Ziel sein, materielle und gesetzliche Rahmenbedingungen für die Leistungsfähigkeit und Internationalisierung der Hochschulen zu setzen und deren Profilbildung voranzutreiben und zu fördern. Dabei müssen hier in Schleswig-Holstein unsere Hochschulen für Spitzenwissenschaftler weiterhin attraktiv bleiben, was zur Zeit leider immer weniger der Fall ist.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Wettbewerb wird und muß ein prägendes Merkmal der Hochschullandschaft sein und werden - national wie international.

Wir müssen unsere Hochschulen auf eine neue Zeit einstellen, die von internationaler Vernetzung, von neuen technologischen und wissenschaftlichen Herausforderungen, von einer schnellen und flexiblen Anpassung an neue Entwicklungen und von dem Erfordernis moderner und schlanker Verwaltungsstrukturen geprägt ist. Wir müssen - kurz gesagt - unsere Hochschulen zwischen Humboldt und Hightech positionieren. Aus diesem Grund steht die CDU-Fraktion zu den im Hochschulrahmengesetz verankerten neuen **Studiengängen Bachelor** und **Master**, und wir stehen auch zu den **globalen Haushalten**, mit denen die Hochschulen selber wirtschaften können. Diese Übereinstimmung zwischen uns ist indes nicht spektakulär, denn diese Dinge sind bundesweit unstrittig, und sie sind es auch hier im Land.

Aber dort, wo die eigene landespolitische Handschrift dieser Landesregierung zu erkennen ist, treten unvermittelt Probleme auf - etwa bei dem Begriff „Autonomie“. Die Autonomie ist ja derzeit in aller Munde, und klar und unstrittig ist auch, daß die Hochschulen mehr Autonomie brauchen, wenn sie sich für die Zukunft wappnen sollen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten Herlich Marie Todsen-Reese [CDU])

- Vielleicht ein wenig zu früh geklatscht!

(Holger Astrup [SPD]: Dann nehmen wir das wieder zurück!)

Nur, was wir aus Sicht der CDU-Fraktion brauchen, ist eine echte Autonomie, eine Autonomie, bei der die Hochschulen tatsächlich etwas zu entscheiden haben.

Ähnlich wie schon beim Schulgesetz sieht diese Landesregierung in der Autonomie aber in allererster Linie die Möglichkeit, unliebsame Aufgaben wegzudelegieren.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU - Konrad Nabel [SPD]: Solch ein Quatsch!)

Zu diesen unliebsamen Aufgaben gehört das Sparen. Daß es Ihnen nicht um eine echte Autonomie geht, kann man auch daran erkennen, daß, obwohl das Hochschulrahmengesetz viele Regulierungstatbestände wegfällen läßt, in diesem Hochschulgesetz die Regelungsdichte insgesamt noch erhöht wird. Sie erweitern den Katalog der gesetzlichen Aufgaben und Pflichten der Hochschulen, Streichungen muß man hingegen mit der Lupe suchen. Darin wird ein Grundmißtrauen deutlich, das Sie den Hochschulen entgegenbringen.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Dabei sind gegenseitiges Vertrauen und partnerschaftliche Zusammenarbeit die Voraussetzungen, um einen ganz wesentlichen Teil der Strukturreform, nämlich die Umsetzung der globalen Haushalte, auch tatsächlich verwirklichen zu können. Die Mittel für diese Umsetzung sind die **Zielvereinbarungen**, die zwischen dem Land und der jeweiligen Hochschule getroffen werden sollen. Doch wie ist es um diese Zielvereinbarungen bestellt, noch bevor sie überhaupt gesetzlich verankert sind? Schon jetzt ist das Tischttuch zwischen Ihnen und den Hochschulen zerrissen.

(Lachen bei der SPD - Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Frau Erd-siek-Rave, was machen Sie denn nur?)

Eines möchte ich an dieser Stelle für die CDU-Fraktion klar und deutlich sagen: Die Zielvorgaben dürfen nicht zu Spardiktaten degenerieren. Die finanzielle Verantwortung für die Hochschulen liegt beim Land, und dort muß sie auch bleiben.

(Beifall bei der CDU)

Haushaltszwänge kann man nicht an die Hochschulen wegdelegieren; für die muß das Land selber geradestehen.

Ich sage das aus aktuellem Anlaß. Sie können nicht, wie es derzeit geschieht, den Hochschulen klipp und klar sagen, daß es mittelfristig bei einer linearen Kürzung von 1 % der Hochschulbudgets über die kommenden Jahre bleibt, und auf der anderen Seite die lineare Steigerung der Personalkosten komplett auf die Hochschulen abwälzen.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

(Jost de Jager)

So bedeutet der Tarifabschluß im öffentlichen Dienst hochgerechnet für die Christian-Albrechts-Universität allein eine Steigerung der Personalausgaben um mindestens 6 Millionen DM. Hier klafft eine Lücke, die kaum noch zu schließen sein wird. Unter diesen Bedingungen - das will ich auch ganz klar sagen - sind für die Hochschulen eine Strukturreform und eine Profilbildung kaum noch leistbar.

Lassen Sie mich an dieser Stelle noch etwas anderes hinzufügen. Ich halte es schlechterdings für ein Unding, daß das Bildungsministerium mit den Hochschulen bereits in sehr harte Verhandlungen über Zielvereinbarungen eingetreten ist, ohne daß es dafür eine gesetzliche Grundlage gibt. Mit welchem Mandat, Frau Ministerin, verhandelt Ihr Staatssekretär eigentlich, der es im übrigen vorzieht, dieser Debatte nicht zu folgen? Es ist schon ein ziemliches Zeichen von Arroganz der Macht und Mißachtung des Parlamentes, wenn man die Entscheidung des Gesetzgebers über eine neue Hochschulnovelle als reine Formsache ansieht und davon ausgeht, daß sich an diesen Bestimmungen nichts ändern wird.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Wir brauchen aber dringend eine Änderung bei dem Verfahren der Zielvereinbarungen. Nach dem vorliegenden Entwurf ist eine Beteiligung des Landtags nur im Rahmen der Haushaltsberatungen vorgesehen. Das heißt, einmal im Jahr haben wir über die Höhe der Mittel für die einzelnen Hochschulen im Rahmen der Haushaltsberatungen zu entscheiden, mehr aber nicht. Eine Beteiligung des Parlaments an den hochschulpolitischen Inhalten der **Zielvereinbarung** ist nach Ihrer Novelle nicht vorgesehen. Das ist aber haargenau der Bereich, wo die Hochschulpolitik gemacht wird. Ein Beispiel: In den Zielvereinbarungen verhandelt das Ministerium mit den Hochschulen über die Kriterien, nach denen leistungsbezogene Anteile der Mittel vergeben werden sollen. Ich würde es für eine unhaltbare Situation halten, wenn das Ministerium bei einem so gravierenden Punkt einfach machen kann, was es will, ohne daß es dem Parlament darüber Rechenschaft ablegen muß.

(Beifall bei der CDU)

Dies ist im übrigen eine Bestimmung, die in das Gesamtbild paßt, denn auf der einen Seite wird den Hochschulen eine größtmögliche Transparenz auferlegt, auf der anderen Seite scheut das Ministerium aber den Gang ins Parlament.

Das Hochschulrahmengesetz trägt seinen Anteil zur Deregulierung und zur Verwaltungsvereinfachung bei, indem es die §§ 38 ff und 61 über die interne Organisation der Hochschulen vereinfacht. Dadurch werden

Spielräume geschaffen, die eigentlich in die **Autonomie der Hochschulen** gegeben werden müßten. Sie, die Landesregierung, machen sich diese Freiheit des Hochschulrahmenrechts zunutze, um die von Ihnen lang angestrebte Drittelparität in der Zusammensetzung des **Konsistoriums** durchzusetzen. Kurz vor Toresschluß sollen hier in Schleswig-Holstein die langgehegten Blüenträume der 68er-Generation nun endlich noch einmal Wirklichkeit werden.

(Zurufe von der SPD: Oh!)

- Ja, haargenau so ist es doch!

(Beifall bei der CDU)

Die Professorenmehrheit in diesem Gremium wird abgeschafft und ersetzt durch eine Zusammensetzung aus einem Drittel Studierenden, einem Drittel wissenschaftlichen und nichtwissenschaftlichen Mitarbeitern und einem Drittel Professoren. Wer sich die Wirkungszusammenhänge der neuen HSG-Novelle ansieht, wird schnell erkennen, welche bedeutsame Veränderung dabei eintritt. Hauptaufgabe des Konsistoriums ist die Wahl des Rektorats. Das Rektorat soll gestärkt werden, und insofern ist dies eine sehr gravierende Veränderung. Im Ergebnis sollen die Professoren - nach Ihren Vorstellungen - zwar noch die Verantwortung für ihre Hochschule tragen, sie haben in ihr aber nicht mehr das Sagen -

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist nicht „ihre“ Hochschule, das ist unser aller Hochschule!)

zumindest in einem ganz entscheidenden Gremium nicht. Deshalb lehnt die CDU-Fraktion die Drittelparität ab.

(Beifall bei der CDU - Zuruf der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Frau Fröhlich, dieser Gesetzentwurf enthält die Einführung von Professoren auf Zeit. Die Ministerin ist bereits darauf eingegangen. Dabei werden allerlei Erwartungen an die Flexibilisierung und auch an die Leistungsfähigkeit des Lehrkörpers geknüpft, allerdings auch immer mit einem gewissen Mißtrauen gegenüber den derzeit auf Lebenszeit verbeamteten Hochschullehrern. Wir sollten uns aber fragen, ob denn die **Professuren auf Zeit** wirklich in unserem landesspezifischen Interesse liegen. Schon jetzt verlassen viele Spitzenwissenschaftler Schleswig-Holstein, und Berufungsvereinbarungen gestalten sich schwierig. Dies dürfen wir nicht weiter fortführen.

Nachvollziehbar sind die Bedenken, die die Hochschullehrer und die Hochschulen gegen die Zeitpro-

(Jost de Jager)

fessuren anbringen. Sie fürchten nicht zu Unrecht um die Unabhängigkeit und Freiheit von Forschung und Lehre, und sie fürchten um die Attraktivität des Hochschullehrerberufs insgesamt.

(Ministerin Ute Erdsiek-Rave: Waren Sie eigentlich auf dem Parteitag?)

- Da Sie den Parteitag ansprechen, möchte ich Ihnen auch ganz genau sagen, was wir dort beschlossen haben. Wir haben in Erfurt den Ländern ausdrücklich die Möglichkeit offengelassen, ob die Zeitprofessur eingeführt werden soll oder nicht. Insofern können wir uns in Schleswig-Holstein so positionieren, wie wir wollen.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das heißt auch, daß Sie nicht dagegen sein können! - Holger Astrup [SPD]: So richtig dagegen sind Sie auch nicht!)

- Im Unterschied zu Ihnen können wir auch eine eigene Meinung bilden.

(Beifall bei der CDU)

Lassen Sie mich zum Schluß zwei Dinge ansprechen, die in diesem Gesetzentwurf komplett fehlen. Ich sehe, die Lampen leuchten, daher mache ich schnell. Das ist zum einen die Frage der Eigenauswahl von Studierenden in bundesweit zulassungsbeschränkten Studiengängen. Ich glaube, daß dies eine Sache ist, bei der wir die Möglichkeiten des HSG auch in die Autonomie der Hochschule weitergeben sollen, und es den Hochschulen überlassen sollen, ob sie in geeigneten Studiengängen nicht Teile ihrer Studierenden auch wirklich selber auswählen wollen. Das ist etwas, das wir im Zusammenhang mit der kommenden Anhörung beraten müssen.

Ich möchte noch einen weiteren Punkt ansprechen. Es ist so: Wir haben einen steigenden Anteil von **Teilzeitstudierenden** an unseren Universitäten. Die 15. Soziale Erhebung des Studentenwerks sagt, daß rund 25 % der Studierenden während des Semesters regelmäßig einer Arbeit nachgehen; 15 % tun dies häufig, noch einmal 23,5 % tun es gelegentlich. Ich glaube, daß dies ein Faktum an den schleswig-holsteinischen Hochschulen ist, vor dem wir

(Glocke des Präsidenten)

die Augen nicht verschließen können. Wir sollten das in der Anhörung weiter beraten.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich erteile der Frau Abgeordneten Fröhlich das Wort.

**Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Mein erster Satz lautet: Im Mittelalter war der Lehrbetrieb an den Hochschulen bis ins kleinste Detail geregelt. Ich habe mich gefragt: Wie komme ich bloß aufs Mittelalter?

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Dann habe ich gedacht: Herr de Jager, das war schon ein bißchen mittelalterlich, was Sie da erzählt haben.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Ich bin eine Alt-68erin. Dazu stehe ich auch. Aber, sehr verehrter Herr Kollege de Jager, mein Blüten Traum ist dieses **Hochschulgesetz** leider noch immer nicht. Weiter sind wir seit 1968 noch nicht gekommen. Das ist traurig genug, aber das sollten Sie nicht auch noch als zu weitgehend beschreiben.

(Martin Kayenburg [CDU]: Vielen Dank für die Zustimmung!)

Also, im Mittelalter - ich wiederhole es - gab es zum Beispiel an der Universität Bologna Statuten aus dem 14. Jahrhundert.

(Martin Kayenburg [CDU]: Wer hat Ihnen das denn übersetzt?)

- Hören Sie gut zu, da war man nämlich schon soweit! Darin wird verfügt, „daß die Professoren ihre Vorlesungen im Zusammenhang halten müssen, nicht nach Gutdünken Ferien machen dürfen und die Vorlesungen nur an den Feiertagen ausfallen lassen dürfen.“

(Holger Astrup [SPD]: Das würde viele Probleme lösen!)

Es werden noch zahlreiche weitere Vorschriften für Professoren und Studenten aufgelistet. Das alles hat natürlich mit der heutigen Realität nichts zu tun; das weiß ich sehr wohl.

Interessant ist aber - und deswegen zitiere ich das -, daß die Einhaltung der Statuten von Studenten überwacht wurde. Ein klassischer Fall von **Evaluation**. Soweit treiben wir es natürlich mit unserer Novelle des Hochschulgesetzes - oder die Regierung mit der vorgelegten Novelle - beileibe nicht, auch wenn manch aufgeregter Kommentar glauben machen will, daß nun die Professorenschaft unter die Knute der Studierenden gerate. Ob die Vorlage - wie auch kritisiert wurde - zu detailversessen ausgefallen ist, werden wir im parlamentarischen Verfahren noch zu prüfen haben. Wenn sich das so herausstellt, bin ich

(Jost de Jager)

auch gern bereit, daß man an dieser Stelle versucht, über die parlamentarische Schiene unseren Job zu machen, nämlich dieses Gesetz in unsere Verantwortung zu nehmen.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Es ist doch tatsächlich nur ein kleines Stück innerer Demokratie, das wir den Hochschulen durch die drittelparitätische Zusammensetzung der Konsistorien abverlangen wollen. Das einzige, was in diesem Gremium letztlich entschieden wird, ist die **Wahl des Rektorats**. Nun ist dies zugestandenermaßen keine unwichtige Entscheidung. Die Vorauswahl der Kandidatinnen und Kandidaten erfolgt aber von mit Professorenmehrheit besetzten Senaten, so daß die Demokratie durchaus begrenzt ausbricht. Das geht leider auch nicht anders, weil das Bundesverfassungsgericht uns das so vorschreibt. Als Grüne wünschen wir uns zweifellos mehr, müssen aber zur Kenntnis nehmen, daß schon so ein vergleichsweise kleines Reförmchen zu einem - ich muß es leider sagen - Aufschrei der Landesrektorenkonferenz und der Opposition im Lande führt. Also werden wir Sie - wenn es denn so erschreckend für Sie ist, Studierende und Mitarbeiter der Hochschulen in wichtige Entscheidungen einzubeziehen und einzubinden - langsam an demokratische Strukturen heranzuführen,

(Zuruf der Abgeordneten Frauke Tengler [CDU] - Martin Kayenburg [CDU]: Nein, das ist arrogant!)

Demokratie also in homöopathischen Dosen verabreichen. Das ist nicht überheblich, sehr verehrte Frau Kollegin, sondern das ist das Bemühen, sich an den Realitäten zu orientieren. Man muß solche Reformen ja miteinander und nicht gegeneinander hinkriegen.

(Zuruf der Abgeordneten Frauke Tengler [CDU] - Wortmeldung des Abgeordneten Jost de Jager [CDU])

Sie werden aber sehen, davon geht die Hochschule nicht unter, sondern sie wird gestärkt werden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Glocke des Präsidenten)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Frau Abgeordnete, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten de Jager?

**Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Nein, ich fürchte, daß ich dann mit meiner Zeit nicht auskomme. Es tut mir leid, Herr de Jager, lassen Sie uns im Ausschuß diskutieren.

Die Rektorate sollen in Ihrer **Entscheidungskompetenz** gestärkt werden. Das ist richtig so in Zeiten, wo schnelles Handeln zwingend notwendig ist. Aber den Rektoren kann es nicht recht sein, wie ein UFO über ihren Hochschulen zu kreisen. Nur dann sind sie auch nach außen hin in der Vertretung der Interessen der gesamten Hochschule stark, wenn sie für die gesamte Hochschule sprechen. Professionalität zu fördern, ist das eine. Eine breite Legitimation zu schaffen, das andere. Beides sind Voraussetzungen für ein tragfähiges Fundament des Hochschulmanagements.

Wir Grüne setzen uns immer dafür ein, den Hochschulen mehr Autonomie zu geben. In dieser Frage gibt es zweifellos einen breiten Konsens, wie der Deutsche Bildungskongreß, zu dem der Bundespräsident am 13. April nach Bonn eingeladen hatte, bewiesen hat.

Hier wurde nicht zuletzt vom **Bundespräsidenten** selber nochmals darauf gedrungen, den Bildungsinstitutionen deutlich mehr Eigenverantwortung zu geben. Das unterstützen wir.

Aber die Autonomie darf nicht allein eine Freiheit der Professorenschaft sein, die in Lebenszeitpositionen die ansonsten durch Fluktuation gekennzeichneten Hochschulen regiert. Autonomie und innere Demokratie gehören aus unserer Sicht untrennbar zusammen.

Deshalb unterstützen wir als Fraktion das Ziel, die Konsistorien der Hochschulen drittelparitätisch zu besetzen. Studierende sind erwachsene Menschen, die in Entscheidungen verantwortlich eingebunden werden können, müssen und sollen. Wir knüpfen dabei an Reformen im Schulbereich an, denn auch die Schulkonferenzen werden vom neuen Schuljahr an drittelparitätisch besetzt werden.

Die Argumentation, man solle sich mit der Novellierung des Hochschulgesetzes mehr Zeit lassen, trägt unseres Erachtens nicht; in sieben Bundesländern liegen bereits Entwürfe vor, und drei Länder haben bereits Gesetzesänderungen beschlossen. Es gibt also keinen Grund, warum jetzt nicht auch Schleswig-Holstein sein Hochschulgesetz an das neue Rahmenrecht anpassen sollte. Insbesondere die Regelung von Zielvereinbarungen duldet keinen weiteren Aufschub, wenn wir darauf auch parlamentarisch Einfluß haben wollen. Darin stimmen wir ja wohl überein. Selbstverständlich muß das Parlament hier mitreden.

Die Verhandlungen zwischen Exekutive und Hochschulen laufen bereits auf Hochtouren, damit zum 1. Januar 2000 die Umstellung auf Globalhaushalte erfolgen kann. Die Stärkung der **Eigenwirtschaftlichkeit der Hochschulen** ist uns ein wichtiges An-

(Irene Fröhlich)

liegen. Die bisherigen Versuche dazu haben allesamt bewiesen, daß damit ein effizienter Umgang mit den Landesmitteln erreicht werden kann. Die Eigeneinnahmen der Hochschulen werden zudem steigen, wenn ein wenig mehr Marktbewußtsein Einzug hält. Dies kann allerdings nur dann gelingen, wenn sich die Landesregierung nicht an möglichen Gewinnen bedient; das sage ich hier dann auch.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Damit muten wir uns etwas zu, aber dazu stehen wir auch.

Erst dann wird natürlich das nach wie vor grassierende sogenannte Dezember-Fieber wirklich geheilt sein. Das liegt in unser aller Interesse, denke ich.

Allerdings sind auch von den Hochschulen Struktur-reformen zu erbringen. Sie erhalten Steuergelder und müssen es sich daher durchaus gefallen lassen, daß der Geldgeber Vorgaben macht. Diese werden demokratisch ausgehandelt, wie es sich gehört. Sie aber unter Berufung auf die Wissenschaftsfreiheit zu verpönen, ist nicht tragbar. Die Beweglichkeit vor allem großer Hochschulen gleicht manchmal der eines Tankers. Mehr Schwung und mehr Nachfrageorientierung sind herstellbar, wenn die Untergliederungen einer Hochschule nicht zu starr gehalten werden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Eine Christian-Albrechts-Universität beispielsweise, die in Fachbereiche und Departements untergliedert ist, wie dies die Experten in der Debatte um sinnvolle Strukturreformen empfohlen haben, wird beweglicher werden. Mir scheint allerdings angesichts des Beschlusses, die Erziehungswissenschaftliche Fakultät aufzulösen, daß dies der Universität selber noch nicht einleuchtet. Aber auch die Universität kann eine lernende Institution im besten Sinne sein und werden.

Das sieht man auch an einem anderen Faktum. Die Frauenförderung hat zwar erste Erfolge erzielen können, wie zum Beispiel in der Antwort auf die Große Anfrage zu den Hochschulen nachzulesen ist, die dankenswerterweise von der CDU-Fraktion gestellt worden ist. Damit aber dieser Erfolg an Kontinuität gewinnt, gehört Frauenförderung als Kriterium in die Zielvereinbarungen hinein. Das ist auch so vorgesehen, wobei die Frauenbeauftragten selbst eine bessere Formulierung vorschlagen; die wollen wir dann auch gern noch einmal prüfen.

**Frauenförderung** muß belohnt werden, denn - hier zitiere ich den ehemaligen Präsidenten der Universität Oldenburg, Michael Dachsner -, „Die Verlogenheit“ - das ist die Aussage von Dachsner -, „daß die Männer jetzt plötzlich die Qualität entdecken, wo Frauen An-

spruch auf Gleichberechtigung haben, ist einfach eine Schande.“

Dem ist nichts hinzuzufügen außer dem Lob dafür, daß die Landesregierung jetzt bei ihrer Aufforderung an die Hochschulen, Vorschläge für die Vergabe des Lehrpreises zu machen, auch die Ergebnisse der Frauen- und Geschlechterforschung einbezogen wissen will. Darüber freue ich mich, denn anlässlich der Preisverleihung im vergangenen Jahr habe ich öffentlich kritisiert, daß alle Lehrpreise an Männer gingen. Das kann ja wohl nicht wahr sein.

Ich möchte jetzt noch auf einen Punkt zu sprechen kommen, der in der Regierungsvorlage meines Erachtens noch fehlt. Wir sollten eine Option schaffen, daß Hochschulen Teilzeitstudiengänge anbieten können. Eine denkbare Regelung dafür findet sich im hessischen Hochschulgesetz, aber auch Thüringen, Sachsen-Anhalt und Sachsen haben Vorschläge dafür parat.

Natürlich werden das „Credit-Point-System“ und der **modulare Studienaufbau** hier Möglichkeiten eröffnen. Studium und Berufstätigkeit sind seit langem nicht mehr so stark voneinander abgegrenzt, und das ist gut so. Manche müssen zuverdienen, manche wollen es, und manche betreuen ihre Kinder. Für diese Menschen muß es, solange es noch Regelstudienzeiten gibt, eine Möglichkeit geben, ein Teilzeitstudium zu absolvieren. Vorbilder gibt es jetzt bereits in Berlin und nicht zuletzt auch an der Fernuniversität Hagen.

Übrigens sollten wir auch die Einrichtung von Teilzeitprofessuren erleichtern. Hierfür sieht beispielsweise der Entwurf des thüringischen Hochschulgesetzes eine Regelung vor. Von der seitens der Regierung vorgeschlagenen Regelung für **Zeitprofessoren** bin ich noch nicht überzeugt. In jedem Falle müßte sichergestellt sein, daß eine solche Option vollständig in der Entscheidung der Hochschulen liegt. Selbstverständlich können wir uns auch vorstellen, Professoren als Angestellte zu beschäftigen. Allerdings ist dazu sicherlich eine länderübergreifende Verabredung erforderlich, um **Wettbewerbsnachteile** für Schleswig-Holstein zu vermeiden.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Und die Finanzausstattung!)

Ich möchte kurz noch etwas zum BAföG sagen. Wir brauchen dringend eine Neuregelung des BAföG sowie die dringend erforderliche Neuordnung der Personalstruktur der Hochschulen. Dafür brauchen wir Schritte. Ich möchte die Bundesregierung von

**(Irene Fröhlich)**

dieser Stelle aus auffordern - wir sollten da auch Druck machen -, daß das passiert.

(Glocke des Präsidenten)

- Ich komme zum Schluß, Herr Präsident!

Mit einer verbesserten Studienfinanzierung und einer differenzierten Studienstruktur kann zudem erreicht werden, daß Studierende früher einen berufsqualifizierenden Abschluß erreichen können. Dies alles sind Dinge, über die CDU und F.D.P. seit Jahren folgenlos reden. Wir Grünen haben nun gemeinsam mit der SPD die Chance, Taten an die Stelle von hehren Worten zu setzen. Machen wir uns also an die Arbeit!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und der Abgeordneten Sabine Schröder  
[SPD])

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich erteile Herrn Abgeordneten Dr. Klug das Wort.

**Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Von Ambrose Bierce stammt eine bitterböse Definition des Begriffs „Reform“. Dies sei - so sagt der amerikanische Schriftsteller - „eine Sache, die hauptsächlich Reformer befriedigt, die gegen eine Besserung sind“. Für die vorliegende Hochschulgesetznovelle ist das eine - wie ich meine - sehr gelungene Bewertung.

Hochschulreform ist nötig - darüber besteht allgemeine Übereinstimmung. Aber welchen Zweck soll die Reform verfolgen? Sie muß die Konkurrenzfähigkeit und die Selbstverwaltung der Hochschulen stärken. Genau dies aber erreicht die Regierung mit dem hier vorgelegten Gesetzesvorhaben nicht. Sie bewirkt vielmehr das genaue Gegenteil. Diese **Hochschulgesetznovelle** verschlechtert die Attraktivität wissenschaftlicher Lehr- und Forschungstätigkeit in unserem Land, und siebürdet den Hochschulen bei völlig unzulänglicher Vorbereitung und Ausstattung eine Fülle zusätzlicher Aufgaben auf. Sie beschert den Hochschulen kompliziertere Strukturen und verstärkt - ich werde das nachher noch im einzelnen erläutern - auf ziemlich raffinierte Art die Abhängigkeit der Hochschulen vom Land, speziell vom Wissenschaftsministerium. Alles in allem ist das eine groteske Umkehrung des Sinnes einer vernünftigen Hochschulreform.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Dieser Unsinn geht sogar so weit, daß Dinge, die vernünftig und notwendig sind wie der Übergang zu Globalhaushalten, unter Bedingungen eingeführt werden sollen, die das ganze zur Farce machen. Die meisten Hochschulen dieses Landes werden dabei in einen

Teufelskreis eingesperrt, in dem sich ihre Lage fortwährend verschlechtert.

Ich würde diese Kritik sofort zurücknehmen, Frau Ministerin, wenn die Landesregierung allen Hochschulen die Voraussetzungen garantieren würde, unter denen die Fachhochschule Westküste in Heide in den letzten Jahren ihren „Probelauf“ in Sachen **Globalhaushalt** absolvieren konnte, nämlich mit einem ausfinanzierten Stellenplan und mit der - eingehaltenen - Garantie, daß eingesparte Beträge für die Folgejahre in der Kasse der Hochschule bleiben, statt - wie man es bei der Technischen Fakultät der CAU gemacht hat - vom Finanzminister gelegentlich wieder eingesammelt zu werden.

Ich möchte noch eines hinzufügen: Ich weiß, daß auch in Heide ein solches Einsammeln in einer bestimmten Situation gedroht hat. Dann hat Herr Professor Block das Glück gehabt, bei Abgeordneten aus der Region, die auch in diesem Hause manchmal eine herausragende Position einnehmen, in einem Gespräch sehr viel Unterstützung und Zuspruch zu finden. Natürlich würden sich alle Hochschulen freuen, wenn auch sie diese Unterstützung fänden; sie haben sie in dieser Form und mit dieser Wirkung leider nicht.

Ich möchte noch eine dritte Bedingung für Globalhaushalte und deren Funktionieren hinzufügen: Sie müßten mit der Zusage verbunden sein, daß Mehrkosten, die durch Tarifvereinbarungen oder Besoldungserhöhungen entstehen, vom Land ausgeglichen werden. Das sind ja Mehrkosten, deren Aufkommen und Entstehen die Hochschulen nicht selbst zu verantworten und die sie nicht in der Hand haben.

Solange dies alles nicht gewährleistet ist, meine Damen und Herren, sind Globalhaushalte nichts anderes als ein Trick, mit dem das Land die Verantwortung für zunehmende Engpässe im Lehrangebot und für Probleme bei der Sicherung einer qualitativ ansehnlichen **Forschungslandschaft** auf die Hochschulen des Landes abwälzt. Nichts anderes passiert da.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Wenn finanzielle Zuweisungen des Landes unter den Bedingungen einer chronischen Unterfinanzierung auch noch an die Erfüllung von **Leistungskriterien** gebunden werden, dann beginnt der vorhin erwähnte Teufelskreis. Das durch unzureichende Finanzausstattung bedingte Nichterfüllen der geforderten Leistung rechtfertigt dann weitere Kürzungen.

In einer Pressemitteilung vom 2. Februar 1999 nannte Frau Erdsiek-Rave zwei Beispiele für Leistungskriterien. Erstens: Leistung in Forschung und Lehre,

(Irene Fröhlich)

zweitens: Leistung bei der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses. Was bedeutet das aber konkret? Als Indikator für Forschungsleistungen könnte man vielleicht - sicherlich mit Unterschieden für die einzelnen Fachgebiete - die Einnahme von Drittmitteln für **Forschungsförderungen** zugrunde legen. Ich darf in diesem Zusammenhang erwähnen, daß die DFG letztes Jahr eine interessante Liste ihrer Bewilligungen in der ersten Hälfte der neunziger Jahre veröffentlicht hat. Unter den 15 Universitäten, die in Deutschland die höchste Forschungsförderung der DFG erhielten, waren neun aus Baden-Württemberg und Bayern, fünf baden-württembergische, vier bayrische Unis. Jeder, der etwas von der Sache versteht, weiß, daß die Höhe der Grundausrüstung und die Pflege hoher Qualität bei Berufungen und Bleibeverhandlungen wesentlichen Einfluß darauf haben, ob eine Uni Drittmittel einwerben kann oder nicht.

Daß in den letzten Jahren hochqualifizierte Forscher aus Schleswig-Holstein abgewandert sind, hängt doch damit zusammen, daß das Land seinen Hochschulen diese Grundlage, die sie für die Einwerbung von **Drittmitteln** brauchen, zunehmend verwehrt. Das Haushaltsloch der CAU in Höhe von 18 Millionen DM in diesem Jahr zeigt, daß diese Entwicklung schlimmer wird.

Zweites Leistungskriterium: Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses. Was heißt das? Meint man die Zahl der Promotionen? Davon hat die Ministerin eben gesprochen. Jeder, der Ahnung hat, weiß, daß es von Fach zu Fach arbeitsmarktbedingte und zum Teil mit der Berufstradition zusammenhängende Unterschiede in der Häufigkeit von Doktorprüfungen gibt. Soll sich das dann etwa auf die Finanzausstattung auswirken? - Absurd! Und überhaupt, das Risiko hier einer „Tonnenideologie“ zu erliegen, das heißt, Menge mit Qualität zu verwechseln, ist enorm. Und man schafft einen Anreiz für Hochschulen, sich sozusagen auf die preiswerten billigen Studiengänge umzustellen. Die Gesichtspunkte der Qualität und der Vielfalt des Angebotes bleiben dabei völlig unberücksichtigt.

Alles in allem stelle ich fest, diese Hochschulgesetznovelle und die dazu von der Regierung gelieferten Erläuterungen strotzen vor lauter schicken Vokabeln und Formeln, die Modernität und Reformen signalisieren sollen. In Wirklichkeit wird aber nur hochschulpolitische Spökenkiekerelei und Scharlatanerie betrieben.

In der Stellungnahme, die das Rektorat der Fachhochschule Kiel am 15. April 1999 herausgegeben hat, werden sage und schreibe acht Punkte genannt, mit denen das Gesetz den Hochschulen zusätzliche Aufgaben und Verpflichtungen aufhalst - ich kann sie hier aus Zeitgründen nicht alle aufzählen -, und das mit

einem dafür zu erwartenden finanziellen Ausgleich in Höhe von null DM! Die Konsequenz ist klar: Entweder bleibt die Erfüllung dieser Aufgaben, die zusätzlich zugewiesen werden, unzulänglich, oder die zur Aufgabenerfüllung nötigen Mittel gehen auf Kosten von Forschung und Lehre. Das ist logisch. Die Auswirkung ist so und so: Die mit dieser Reform Beglückten drehen sich weiter in dem bekannten Teufelskreis.

Für die **Konkurrenzfähigkeit** unserer Hochschulen wäre es ein herber Tiefschlag - damit komme ich zu einem anderen Thema -, wenn das Ziel der Regierung, Professuren auf Zeit gleichrangig neben Lebenszeitprofessuren zu stellen und dann auch noch eine Überleitung von Zeit- auf Lebenszeitstellungen zu ermöglichen, zum Zuge käme.

Die Hochschullehrerstellen unseres Landes würden dadurch an Attraktivität verlieren, und der Qualitätsverlust bei einem sich dann ausbreitenden Überleitungseifer könnte im schlimmsten Fall die Ausmaße annehmen, die Dietrich Schwanitz in seinem Roman „Der Campus“ beschrieben hat.

Oft wird dagegen das Beispiel der USA angeführt. Das ist ein irreführendes Beispiel, weil es in den USA Assistenzprofessuren gibt, die dann mitgezählt werden, die aber praktisch den bei uns üblichen wissenschaftlichen Assistenten auf Zeitstellen entsprechen - und die haben ja Zeitstellen. Das heißt, in der Sache gibt es Entsprechendes auch bei uns.

Wer in Deutschland vermehrt zeitlich befristete Professuren einführen will, der erkennt, daß die dafür in Frage kommenden Kandidatinnen und Kandidaten praktisch ausnahmslos schon mehrere befristete Beschäftigungsverhältnisse hinter sich haben. Wenn danach die Eignung für eine Professur nicht feststellbar ist, dann fragt man sich: wann denn sonst?

Im übrigen wären zum Beispiel ingenieurwissenschaftliche Fächer von solchen Regelungen besonders betroffen, weil dort die auf Professorenstellen zu berufenden Kandidaten in vielen Fällen - insbesondere bei Fachhochschulen - aus einer ungekündigten Stelle in der Industrie an die Hochschule wechseln. Wer aber gibt eine ungekündigte und in der Regel unbefristete Stelle bei einem Wirtschaftsunternehmen auf, um einen Zeitvertrag an einer Hochschule zu übernehmen, und zwar an einer Hochschule, der ein

(Dr. Ekkehard Klug)

Finanzminister mit regelmäßigen Anfällen von Spazwang im Nacken sitzt?

(Vereinzelter Beifall bei der F.D.P. und CDU)

Die Mitglieder der Landesrektorenkonferenz haben außerdem den naheliegenden Verdacht geäußert, daß das Ministerium bei jeder anstehenden Stellenausschreibung und Besetzung auf die Frage, ob Befristung oder nicht Befristung, Einfluß nehmen wird. Die staatlichen Eingriffsmöglichkeiten in die Personalauswahl der Hochschulen werden mit dieser Gesetzesnovelle größer. Das ist ein Übel an sich und ein totaler Widerspruch zu der hoch und heilig versprochenen Orientierung am „Zielbild einer größeren Hochschulautonomie“, von der auf Seite 4 der Gesetzesbegründung die Rede ist. - Alles leere Worte!

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Alles Lüge!)

Im übrigen werden die Hochschulen durch eine kompliziertere Gremienstruktur unbeweglicher. Mit der HSG-Novelle soll für das Konsistorium eine **Drittelparität** eingeführt werden. Das Konsistorium kann den Rektor künftig also auch mit einer nichtprofessuralen Mehrheit wählen. Der Wahlvorschlag dafür bedarf im Senat andererseits einer Zweidrittelmehrheit. Ich halte diese Regelung für nicht praktikabel. Außerdem ist sie - ich verweise auf die Stellungnahme des Hochschulverbandes - mit schwerwiegenden verfassungsrechtlichen Bedenken konfrontiert. Der Hochschulverband wird gegebenenfalls Klage erheben. Dieses Gesetz - das wir ohnehin nächstes Jahr nach der Landtagswahl abändern werden, wenn es denn bis dahin beschlossen worden sein sollte -

(Vereinzelter Beifall bei F.D.P. und CDU)

hält einer verfassungsrechtlichen Überprüfung nicht stand.

Kritisch bewerte ich den Zeitdruck - den ich jetzt auch habe -, den die Regierung dem Parlament und den Hochschulen mit diesem Gesetzentwurf zumutet. Für die Anpassung des Landeshochschulgesetzes an das HSG bliebe Zeit bis zum August 2001, genug Zeit, um ein vernünftiges Gesetz gemeinsam mit den Hochschulen zustande zu bringen.

Diese Regierung will aber bloß zum bevorstehenden Wahltermin eine angebliche Modernisierungsleistung im Hochschulbereich vorweisen können.

Zusammenfassend kann ich feststellen, die rot-grüne HSG-Novelle ist ein politischer Tiefschlag gegen die Attraktivität und Arbeitsfähigkeit der Hochschulen des Landes. Mit Ausnahme der **FH Westküste**, die von günstigen Startbedingungen und einem mehrjährigen Vorlauf bei der Entwicklung des neuen Hochschulma-

nagements profitieren wird, werden alle Hochschulen, die größeren wie auch die kleineren, enorme Probleme bei der Umsetzung der neuen Bestimmungen haben.

Nach meiner Kenntnis hat es vor einiger Zeit eine Fortbildungsveranstaltung im Auftrag der Landesregierung mit einer Unternehmensberatungsfirma gegeben, die für die Verwaltungsspitzen der Hochschulen eine Fortbildung organisiert hat, was das neue Hochschulmanagement betrifft. Zwei Dinge sind dabei - soweit ich gehört habe - klar geworden.

Erstens: Eine für die Gegebenheiten des Hochschulwesens stimmige, das heißt sinnvoll einsetzbare Kosten- und Leistungsrechnung gibt es noch nicht. Eine 1 : 1-Übertragung von Modellen aus dem Unternehmensbereich würde an den Hochschulen zu Resultaten führen, die man nur als Schrott bezeichnen kann.

(Glocke des Präsidenten)

Der zweite Punkt ist, daß man auf die Frage, wie man den Mitarbeitern an den Hochschulen die neuen Verfahren und Techniken vermitteln könne, die Antwort bekommen habe - so ist es mir berichtet worden -: Wieso, Sie haben jetzt doch eine Schulung erhalten, das können Sie an Ihre Leute weiter vermitteln. - Wenn diese tolle Modernisierung so abläuft, dann kann man sich das Ergebnis leicht an wenigen Fingern einer Hand ausrechnen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich erteile Frau Abgeordneter Spoorendonk das Wort.

**Anke Spoorendonk [SSW]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn man sieht, wo die ehrwürdige Alma mater heute steht, dann fallen zwei große Defizite auf, welche die Hochschulen von heute von einer glücklichen Zukunft ins 21. Jahrhundert zu trennen scheinen.

Einerseits haben die Hochschulen zu wenig Spielraum, wenn es darum geht, in Zeiten **knapper Finanzmittel** ihre Aufgaben und Probleme zu bewältigen. Andererseits haben sich die Hochschulen einer eigenen Logik entsprechend entwickelt, die nur begrenzt mit dem zu tun hat, was in der Gesellschaft um sie herum passiert - sehr zum Leidwesen jener Mehrheit der Universitätsangehörigen, die nur für eine Zeit dem Hochschulwesen beitreten und danach in anderen Bereichen der Gesellschaft ihren Platz finden müssen. Ich denke dabei an die Studierenden.

Was den ersten Punkt betrifft, so ist zur Hochschulautonomie schon viel gesagt worden. Die **Flexi-**

(Dr. Ekkehard Klug)

**bilisierung der Hochschulfinanzen** ist sicherlich ein lange überfälliger Schritt. Allerdings ist sie auch keine Wunderwaffe. Sie wird nicht alle Probleme lösen und vielleicht auch neue schaffen. Ich erinnere nur an die Worte einer früheren Wissenschaftsministerin, die meinte, „die Finanzminister entdeckten in ihrer Not die Reformpakete als Sparmodelle und daß Flexibilisierung und Globalisierung der Hochschulhaushalte Kürzungen erleichtern. Jetzt wollen sie die Flexibilisierungsrendite abzocken. Freiheit gegen Geld ist das neue Motto.“

Angesichts der Finanzlage könnte sich wirklich die Frage stellen, ob hier nicht mit der richtigen Lösung zur falschen Zeit gearbeitet wird. Aber andererseits: Wann haben wir denn die richtige Zeit?

Es ist an der Landesregierung zu beweisen, daß eine solche Strategie nicht zu Qualitätsminderungen führt.

Aber unabhängig von der Effektivität globalisierter Haushalte und der Folgeregelungen sind die flexible, betriebswirtschaftliche Rechnung und der Wettbewerb allein kaum geeignet, jene Defizite zu beheben, die sich aus dem Auseinanderdriften von der Realität der Hochschulen und dem gesellschaftlichen Interesse an hochwertiger Bildung ergeben. Der vorliegende Entwurf scheint in Teilen potentiell geeignet, jene Lücke zu schließen, die seit Jahren zwischen Universitäten und Umwelt klafft.

(Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta übernimmt den Vorsitz)

Die **Beiratslösung** ist gut. Nur im Dialog mit dem Rest der Gesellschaft wird Hochschule so wieder zu den gesellschaftlichen Realitäten zurückfinden. Allerdings hätten wir gewünscht, daß noch deutlicher gemacht wird, daß die Gesellschaft auch Anforderungen an die Hochschulen stellen kann. Es wird sich noch herausstellen müssen, ob es wirklich optimal ist, daß die Hochschulen selbst ihre Gesprächspartner aussuchen können.

Wenn ich davon spreche, die Hochschulen - damit meine ich vor allem die Universitäten - seien von der Gesellschaft entrückt, dann meine ich damit vor allem die bis heute nicht ausgeglichenen Folgen der Demokratisierung der Bildung, die erst zum Phänomen der Massenuniversitäten geführt hat. Die meisten Studierenden können und wollen heute nicht eine akademische Karriere machen, sondern sehen die Hochschulstudiengänge als hochwertige Vorbereitung auf das Berufsleben.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Oder - „ausnahmsweise“ hätte ich beinahe gesagt - um es einmal mit Schillers Worten zu sagen: An unseren

Hochschulen gibt es heute weit mehr „Brotstudenten“ als „philosophische Köpfe“.

Dem muß Rechnung getragen werden, und zwar nicht dadurch, daß zu einer massiven Auslese der Studierenden zurückgekehrt wird, um wieder das Ideal der nur mit philosophischen Köpfen bevölkerten Universität anzustreben. Das Scheitern dieses Ideals hat Schiller ja schon 1789 beklagt. Ähnliche Forderungen von heute verkennen die gesellschaftliche Funktion der Hochschulen völlig.

Eine andere ehemalige Bildungsministerin der Landesregierung hat darauf aufmerksam gemacht, daß die schlechteren Zukunftsaussichten der heutigen Studierendengeneration dadurch auszugleichen wären, daß die ältere Generation der jüngeren entgegenkäme, daß die Wünsche der Studierenden im Verhältnis zu anderen Interessen aufgewertet werden müßten. Das war ganz richtig.

Das kann zum einen dadurch geschehen, daß die formalen Mitspracherechte der Studierenden aufgewertet werden. Daher begrüßen wir ausdrücklich die **Drittelparität** im Konsistorium. Allerdings geht die Beteiligung der Studierenden unserer Ansicht nach noch lange nicht weit genug. Es wäre unter anderem notwendig, daß sie auch an der Formulierung der Zielabreden zwischen Land und Hochschulen stärker beteiligt werden, als es in der vorgesehenen Anhörungspflicht zum Ausdruck kommt. Darüber hinaus kann es nicht sein, daß die Erweiterung der Studierendenmitbestimmung fortwährend mit Verweis auf ein Verfassungsgerichtsurteil aus den siebziger Jahren gekippt wird. Ich erwarte, daß sich die Vertreterinnen und Vertreter jener Parteien, die im Bund die parlamentarische Mehrheit haben, endlich darüber Gedanken machen, wie dieser Mißstand längerfristig beseitigt werden kann.

Die wichtigste Möglichkeit, den Interessen der Studierenden an einer soliden Berufsvorbereitung entgegenzukommen, ist gegenwärtig die Möglichkeit neuer **Studiengänge**. Da die Mehrheit der Studierenden an den Hochschulen die wissenschaftlichen Grundlagen für eine nichtwissenschaftliche Berufstätigkeit erwerben wollen, müssen - und vielleicht wollen - sie nicht unbedingt tiefste Einblicke in die Grundlagen ihres Studienfachs erhalten. Dem kann durch ein differenziertes Studienangebot begegnet werden, wie es das Hochschulrahmengesetz und die vorliegende Novelle in Form der Bachelor- und Masterabschlüsse vorsehen.

Allerdings besteht seitens der Studierendenschaft eine erhebliche Skepsis, ob die neuen Strukturen nicht dafür genutzt werden könnten, nach dem ersten Abschluß eine massive Auslese zu betreiben. Indem es

(Anke Spoorendonk)

im vorliegenden Hochschulgesetzentwurf der Hochschule überlassen bleibt, welche Kriterien für die Aufnahme zum **Masterstudium** eingeführt werden, wird dieses Risiko jetzt auf die Ebene der Hochschulen verlagert.

Es ist zu hoffen, daß die Hochschulen die Möglichkeit zur Einführung der neuen Studiengänge extensiv nutzen. Es ist aber auch an ihnen zu beweisen, daß alle Reden von einer bildungsbezogenen Zwei-Klassen-Gesellschaft keinen Halt haben. Beim Staat bleibt die Verpflichtung, daß nicht auf dieser Ebene rigide Kriterien für eine Fortsetzung des Studiums eingeführt werden. Eine strenge Bestenauslese bei der Aufnahme für weitere Studien nach dem **Bachelor** würde übrigens auch stark kontraproduktiv wirken, weil dadurch das Signal gesetzt würde, der Bachelor wäre wirklich minderwertig.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es gibt noch eine ganze Reihe von Punkten im vorliegenden Gesetzentwurf, auf die es sich lohnt einzugehen. Stichwortartig möchte ich als letztes hinzufügen, daß ich natürlich begrüße, daß wir in Sachen Gleichstellung und Frauenförderung weitergekommen sind. Auch ich begrüße natürlich, daß **Evaluation** vorgeschrieben wird. Auch die Möglichkeit des akademischen Mittelbaus, sich an Forschungen zu betätigen, ist längst überfällig.

Ich möchte mich auch beim Kollegen Weber dafür bedanken, daß er den SSW-Gesetzentwurf über die Lehrkräfte für besondere Aufgaben angesprochen hat.

Zum Problem der Professur auf Zeit ein paar Bemerkungen! Wir müssen diese Frage miteinander ganz offen diskutieren. Wir vom SSW sind dafür, das einzuführen, aber nicht grundsätzlich und nicht ausschließlich. Wir bekommen dadurch eine weitere Möglichkeit, schneller und flexibler auf das zu reagieren, was in der Hochschule gemacht werden soll.

Der Kollege Klug sagte als letztes, er würde dafür sorgen, daß dieses Gesetz nach der nächsten Wahl überhaupt nicht zum Tragen kommt, daß es gekippt wird.

(Beifall der Abgeordneten Klaus Schlie [CDU] und Caroline Schwarz [CDU])

Ich möchte dann in der Ausschußberatung genau hören, was denn statt dessen kommen soll - ganz genau! -,

(Beifall der Abgeordneten Renate Gröpel [SPD] und Helmut Plüschau [SPD])

damit wir endlich einmal Modelle haben, die wir gegeneinander abwägen können. Das möchte ich wirklich genau haben. Denn ich habe den Eindruck, daß man sagt: Am besten bleibt alles, wie es ist.

(Widerspruch des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]

Ich möchte in der Ausschußberatung gern wissen, wo es längs geht.

Im übrigen hoffe auch ich natürlich auf eine konstruktive Ausschußberatung.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Jost de Jager [CDU]: Hoffen wir auch!)

**Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:**

Das Wort hat Frau Ministerin Erdsiek-Rave.

**Ute Erdsiek-Rave**, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte das gar nicht so genau wissen. Ich möchte dieses Hochschulgesetz gern im nächsten Jahr mit aller Kraft umsetzen, und ich gehe davon aus, daß ich das auch tun kann.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Martin Kayenburg [CDU]: Nicht mal diskutieren wollen Sie! Das läßt ja tief blicken!)

- Lieber Herr Kayenburg, das ist ja das Schöne, daß man Ihnen im Moment sehr gelassen zusehen kann, wie Sie sich eigentlich viel zu früh freuen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Schauen wir mal!)

Meine Damen und Herren, ich möchte ein paar Bemerkungen in der Sache machen, weil ein paar Ausführungen in der Sache korrekturbedürftig sind, einer Antwort bedürfen und hier so nicht stehengelassen werden können.

Herr Dr. Klug, bei Ihnen gilt die Gleichung: Es ist nicht genug Geld da, also gibt es auch keine Veränderungen, also gibt es auch keine Globalhaushalte, also sinkt die Qualität, also bleibt alles beim alten. - So einfach machen wir es uns nicht.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Von Ihrer Seite wird immer so getan: Für das Geld ist immer die Regierung verantwortlich, ausschließlich, ganz allein, aber sonst sollen wir für nichts verantwortlich sein. Auch diese Gleichung geht nicht auf, sie stimmt auch nicht, sie entspricht weder meiner Einstellung als Parlamentarierin, noch entspricht sie

**(Anke Spoorendonk)**

der Rolle der Regierung in diesem Verantwortungszusammenhang.

Liebe Frau Spoorendonk, ich finde, es grenzt fast an Ehrverletzung, wenn man den Hochschulen den Umgang mit Globalhaushalten gar nicht erst zutraut.

(Widerspruch der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

Es ist doch nicht nur an uns zu beweisen, daß dies funktionieren kann. Das ist natürlich auch Aufgabe der Hochschulen. Das sind doch keine Jugendprojekte, bei denen man angucken muß, ob sie mit Geld ordentlich umgehen können, sondern es handelt sich um hochprofessionelle Institutionen mit hauptamtlichen Kanzlern, die zukünftig auch Betriebswirte sein können, von denen ich erwarte, daß sie sich auf die neuen Bedingungen einstellen und sich entsprechend fortbilden. Das ist doch wohl die größte Selbstverständlichkeit, die wir von unseren eigenen hochqualifizierten Mitarbeitern im Landesdienst verlangen können.

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Herr de Jager hatte hier ein paar Mißverständnisse zum besten gegeben, die mit den Zielvereinbarungen zusammenhängen. Herr de Jager, für den Abschluß von Zielvereinbarungen mit den Hochschulen brauchen wir überhaupt keine gesetzliche Grundlage. Das sollten Sie eigentlich wissen. Das ist die erste Bemerkung.

Zweitens: Eine Kontrolle beziehungsweise ein Einfluß des Parlamentes auf Einzelheiten der Zielvereinbarung, das wäre in der Tat ein Eingriff in die Freiheit von Forschung und Lehre, der hätte sich aber gewaschen. Deswegen besteht die Rolle des Parlaments in bezug auf die **Zielvereinbarung** darin, daß es - durch den Haushalt - die Höhe festlegt. Aber die Kontrolle über die Erfüllung von Zielvereinbarungen erfolgt durch die Rechenschaftspflicht der Hochschulen im nachhinein. Das ist so, und das muß auch so bleiben.

Vorschläge Ihrerseits, die anders lauten, sind von vornherein zum Scheitern verurteilt, weil sie nicht verfassungskonform sind. Das gilt auch für die Inhalte.

(Jost de Jager [CDU]: Sie können doch berichten!)

Die Rahmen - -

(Jost de Jager [CDU]: Dann stimmen wir doch überein!)

- Natürlich! Die Hochschulen sind berichtspflichtig, und die Regierung ist berichtspflichtig. Im Gesetz stehen die Rahmen für die Zielvereinbarung, aber die

Zielvereinbarungen mit den einzelnen Hochschulen werden zwischen Rektorat und Regierung geschlossen. Das ist der Punkt.

(Jost de Jager [CDU]: Wollen Sie das nicht?)

- Also, Sie haben es noch nicht begriffen! Nein, Sie haben es noch nicht begriffen; tut mir leid. Sie haben auch die Novelle noch nicht ordentlich gelesen. Schauen Sie einmal in die Begründung hinein.

Letzte Bemerkung: Ich hatte wirklich erwartet, Sie würden die Gelegenheit nutzen, hier sozusagen einmal den großen Wurf Ihrer innovativen Ideen zur Hochschulreform auszubreiten. Aber das war absolute Fehlanzeige.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Müssen wir Ihnen immer aus der Patsche helfen?)

Für mich wird daran deutlich, daß Sie in dem konservativen Dilemma stecken, einerseits sozusagen irgendwie modernisieren zu müssen, aber andererseits auf den alten Strukturen zu beharren und am liebsten alles beim alten belassen zu wollen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Ich glaube, Sie haben es nicht verstanden!)

Ich frage mich wirklich: Wer sind Ihre Gesprächspartner? Wen betrachten Sie im Zusammenhang mit Hochschulreform als Ihre Ansprechpartner, als die Menschen, deren Interessen Sie vertreten? Sind das sozusagen nur die Leitungen, die Professoren?

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Nein!)

Oder sind das vielleicht auch mal die Studierenden?

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Natürlich!)

Sind es auch mal die AStA-Vertreter? Sind es auch mal all die anderen, die mit Hochschulen etwas zu tun haben? Ich habe den Eindruck,

(Jost de Jager [CDU]: Ich habe den Eindruck, daß Sie die Interessen der Studierenden nicht kennen!)

daß Sie die Interessen hier sehr einseitig vertreten und daß Sie sich dem allgemeinen Reformbedarf und dem Reformbedürfnis der Hochschulen nur sehr vage geöffnet haben. Da haben Sie noch einigen Diskussions- und Nachholbedarf.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Ministerin Ute Erdsiek-Rave)

**Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:**

Nach § 58 Abs. 2 der Geschäftsordnung erteile ich Herrn Abgeordneten Dr. Klug das Wort.

**Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]:**

Die Ministerin hat mich mit Ihren Ausführungen, die sie zu Beginn ihres Beitrages gemacht hat, elegant mißverstanden.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Charmant wie immer!)

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Eines ist doch klar:

(Lothar Hay [SPD]: Nanu!)

Sie sorgen für eine chronische Unterfinanzierung der Hochschulen, Frau Erdsiek-Rave, und verlangen von diesen Hochschulen dann ein Leistungsergebnis, als hätten sie eine Vollfinanzierung.

(Lothar Hay [SPD]: Von Finanzpolitik verstehen Sie nichts!)

Wenn die Leistungsanforderungen, die Sie an die Hochschulen richten, nicht erfüllt werden können, wird das als Rechtfertigung für eine weiter abgesenkte Finanzausstattung genommen. Diese Maschinerie, die da in Ihr Gesetz eingebaut ist, und die Art, in der Sie die Hochschulen finanziell ausstatten, habe ich kritisiert.

Ich will Ihnen das an einem Beispiel verdeutlichen, an dem das ganz klar wird. Das ist der Bereich Informatik an der Technischen Fakultät in Kiel. Wenn der Strukturplan der Technischen Fakultät ausfinanziert wäre, müßte er 2,7 Millionen DM mehr enthalten. Da das nicht der Fall ist, war von Anfang an klar, daß bei einer Besetzung der im Strukturplan vorhandenen Stellen irgendwann einmal der Punkt kommen würde, an dem man irgend jemanden nicht mehr bedienen kann. Da von den drei Fächern zwei in der glücklichen Lage waren, ihre Berufungsverfahren relativ zügig abschließen zu können, sind in Materialwissenschaften und in Elektrotechnik die Besetzungen sozusagen durchgelaufen, abgeschlossen. Bei den Informatikern, bei denen der Arbeitsmarkt - wie wir alle wissen - leergefegt ist, wo man Berufungsverhandlungen sehr lange führen muß, wo es oft Absagen gibt, wo neu ausgeschrieben werden muß, waren die sieben Stellen auf einmal nicht mehr finanzierbar. Was hat die Regierung gesagt, als das festgestellt wurde? - Nicht, daß der Globalhaushalt der Technischen Fakultät aufgefüllt werden muß, sondern daß die Universität Kiel aus anderen Bereichen doch bitte irgendwo die Mittel herbeischaffen muß.

Das ist die Art und Weise, in der Sie Hochschulpolitik machen. Sie schieben den Schwarzen Peter für Streichungen und Kürzungen von Studiengängen den Hochschulen zu, statt, wenn Sie schon nicht in der Lage sind, den Hochschulen genügend Geld zu geben, zu sagen, wo sie streichen sollen. Das ist eben im Zweifelsfall die politische Vorgabe, die politische Aufgabe, die politische Gestaltungsaufgabe,

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

die Sie nicht zu übernehmen wagen, weil Sie wissen, daß Sie damit eine politische Diskussion auslösen, die Sie lieber den Hochschulen zuschieben.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Flucht aus dem Budget! Flucht aus der Verantwortung!)

Die sollen sich den Ärger selbst einhandeln. Das ist die Art verantwortungsvoller Politik, für die Sie hier seit Jahren stehen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Sehr schön!)

**Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:**

Ebenfalls nach § 58 Abs. 2 der Geschäftsordnung hat Frau Abgeordnete Spoorendonk das Wort.

**Anke Spoorendonk [SSW]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das kann ich so nicht im Raum stehen lassen, liebe Frau Ministerin.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Du mußt auch mal die Wahrheit ertragen können!)

Ich habe in meiner Rede - da muß man vielleicht auch einmal zuhören - gesagt, daß dieser Schritt der Flexibilisierung der Hochschulfinanzen ein lange überfälliger Schritt ist. Das habe ich gesagt. Dazu stehe ich. Ich stehe also zu der **Globalisierung** von Hochschulfinanzen. Ich habe mir erlaubt, Ihre Vorgängerin im Amt - nicht die, die Sie abgelöst haben -, die Kollegin Tidick, zu zitieren, die auf ein Problem aufmerksam machte. Dieses Problem gilt es weiterhin ernst zu nehmen.

Die Hochschulen müssen natürlich Autonomie haben, und sie müssen diese Autonomie ernst nehmen. Davon gehe ich aus. Ich könnte jetzt auch mit Finanzierungsmodellen kommen. Einmal nach Skandinavien geguckt, stelle ich folgendes fest: Da hat man lange pro Studierendekopf finanziert und dann gesagt: Jetzt wirtschaftet mal mit diesem Geld, wie ihr es für richtig haltet.

Wir sollten auf dem Teppich bleiben. Ich gehe davon aus, daß wir uns im Ausschuß ernsthaft über diese

Sachen unterhalten werden. Das haben wir auch schon bei anderen Gesetzentwürfen getan.

**Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:**

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Es ist beantragt worden, den Gesetzentwurf dem Bildungsausschuß zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Einstimmig so beschlossen!

Ich rufe Tagesordnungspunkt 17 auf:

**Gründung einer Stiftung „Prinzenhaus in Plön“**

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 14/2105

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist offenbar nicht der Fall. Dann eröffne ich die Aussprache. Das Wort hat die Frau Abgeordnete Schwarz.

(Lothar Hay [SPD]: Jetzt kommt eine Kreis- tagsdebatte! - Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir haben ja sonst nichts zu tun!)

**Caroline Schwarz [CDU]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Prinzenhaus - Maison de Plaisance auf französisch, auf deutsch Garten-Lusthaus - des letzten Plöner Herzogs Friedrich Carl zu Schleswig-Holstein, erbaut 1744 bis 1751 von Johann Gottfried Rosenberg, Hauptwerk des Rokoko im Land Schleswig-Holstein, Staatsbesitz, Anfang 1999 per Annonce im „Hamburger Abendblatt“ zum Verkauf an Privat aus- geschrieben!

Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist die Situation, vor der wir heute stehen. 12 Interessierte sollen sich schon gemeldet haben.

Die Empörung in der Plöner Bevölkerung und weit darüber hinaus ist riesengroß, insbesondere in der kunstgeschichtlich-historischen Fachwelt.

Es ist in Plön zu einer großen Bürgerbewegung zum Erhalt des Prinzenhauses gekommen. Diese Bürger- bewegung wird vor allem vom Verein „Freunde des Plöner Prinzenhauses e.V.“, deren Vertreter heute morgen auf der Tribüne saßen, und vom „Arbeitskreis Plöner Prinzenhaus“ getragen.

Bürgerinnen und Bürger, egal, ob alt oder jung, Frauen oder Männer, SPD-, CDU-, F.D.P.-, Grünen- Mitglieder oder Parteilose wehren sich vehement da- gegen, daß mit dem Verkauf des Prinzenhauses ein signifikantes Stück Plöner und schleswig- holsteinischer Geschichte entsorgt werden soll. Das

Prinzenhaus wie die gesamte Plöner Residenz ist Teil des Kulturerbes, das nach dem zweiten Weltkrieg in den Besitz des Landes Schleswig-Holstein überging. Es gehört also uns allen, allen Schleswig- Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteinern. Es ist ein wichtiges Zeugnis unserer Geschichte. Es steht damit für unsere Identität. Es ist ein „Kulturdenkmal von besonderer Bedeutung“ und als solches in Ausführung des Denkmalschutzgesetzes in das Denkmalbuch Schleswig-Holstein eingetragen.

Die Fachwelt beurteilt das Prinzenhaus als einzigarti- ges Kunstwerk, als „Perle des Rokoko“, als Garten- schloß, das zusammen mit dem Schloßgarten in gegen- seitiger Beziehung eine untrennbare Einheit bildet.

Dieses kulturhistorische Erbe unseres Landes soll nun per Zeitungsanzeige im „Hamburger Abendblatt“ verhökert werden, um kurzfristig Geld in die Landes- kasse zu spülen!

Soll dies geschehen - das frage ich Sie -, ohne daß vorher eine kulturpolitische Debatte darüber geführt wird? - Damit wird als CDU-Fraktion nicht ein- verstanden. Wir wundern uns sehr, daß eine gute Chance für eine solche kulturpolitische Debatte vertan wurde, nämlich im Bildungsausschuß - Herr Dr. von Hielmcrone! - über den Umdruck 14/688 zu diskutieren, der den Sachstand der Neuordnung des Schloßgebietes Plön zum Inhalt hat.

Dieser Umdruck war an dem damaligen Vorsitzenden des Finanzausschusses, Herrn Hay, und an Sie, den Vorsitzenden des Bildungsausschusses, gerichtet. Im Finanzausschuß wurde dieses Papier wenigstens zur Kenntnis genommen, den Bildungsausschuß hat es niemals erreicht.

(Lothar Hay [SPD]: Das liegt aber nicht an mir!)

- Das habe ich ja eben auch sauber getrennt. - Auf jeden Fall ist in diesem Papier - ich habe es mir sehr genau durchgelesen - kein Wort über den möglichen Verkauf des Prinzenhauses zu finden. Im Gegenteil; es ist von einem **Nutzungskonzept** die Rede, das das Land in Zusammenarbeit mit dem Kreis und der Stadt Plön erarbeiten würde. Dazu paßt auch das Haushalts- begleitgesetz 1999, das in § 13 Abs. 6 - Grundstücksangelegenheiten - das Kultusministerium ermächtigt, nach Vorlage eines Nutzungskonzeptes - das liegt vor - das Prinzenhaus unentgeltlich der Stadt und/oder dem Kreis Plön zu überlassen.

Jetzt frage ich die Regierung, ich frage die Ministerin: Gilt dieses Gesetz nicht mehr, hatte es nur eine Halb- wertzeit von knapp zwei Monaten? Ich frage Sie:

(Anke Spoorendonk)

Wozu verabschieden Sie Gesetze mit Ihrer Mehrheit, wenn Sie die dann doch nicht einhalten?

Noch etwas anderes sollte uns zu denken geben. Kürzlich wurde der Presse ein Konzept zur Entwicklung des Tourismus in Plön vorgestellt, das vom Land mit 175.000 DM bezuschußt wurde. Dieses Konzept stellt fest, daß der Kultursektor in der Region „aus dem Dornröschenschlaf geweckt“ werden müsse. Grundlegender Handlungsbedarf in der „Pflege des Kulturerbes in der Region“ wurde konstatiert, und es wurde seine „Zugänglichkeit für die Öffentlichkeit“ gefordert.

Diese Aussagen passen wiederum gut zu dem Thema eines Kongresses, der am 10. und 11. Mai in Lübeck stattfindet und den Titel trägt: „Kulturgüter für eine nachhaltige Tourismusentwicklung“. Dieser Kongreß findet im Rahmen des sogenannten HOLM-Projektes statt. Für die, die es nicht wissen: In diesem Projekt haben sich neben dem östlichen Schleswig-Holstein, dem westlichen Mecklenburg-Vorpommern und schwedischen und norwegischen Städten und Regionen die Industrie- und Handelskammern und die DGB-Organisationen zusammengeschlossen. Gemeinsam wurde das Ziel definiert: Die Kulturgüter und der landschaftliche Reichtum im Ostseeraum müssen in einer Perlenkette für den Tourismus sichtbar werden und so zu einer dynamischen Entwicklung der Städte und Regionen beitragen. Zusätzliche regionale Erwerbsmöglichkeiten sollen erschlossen werden. Der Fremdenverkehr als wichtiger Wirtschaftsfaktor im Ostseeraum soll gestärkt werden, und die Bedeutung typischer Baudenkmäler im kulturellen Ostseekonzept soll gesteigert werden. Genau dies trifft hier zu.

Schleswig-Holsteins Tourismusminister Klaus Buß wird einen Vortrag zu dem Thema „Lebendige Tradition, regionale Identität und nachhaltige Tourismusentwicklung“ halten, und der Vorsitzende der Deutschen Stiftung Denkmalschutz, Professor Dr. Gottfried Kiesow, wird zum Thema „Kulturelles Erbe - Grundlage für die Zukunftsfähigkeit der Städte und Regionen“ referieren.

Man höre und man staune vor allen Dingen vor diesem Hintergrund. Man wird nämlich wirklich sprachlos angesichts des Vorhabens der Landesregierung, ein wichtiges Teilstück unseres kulturellen Erbes zu verfrühstücken. Ich habe Ihnen eben vorgetragen, welchen Stellenwert dieses Kulturerbe mindestens im touristischen Kontext hat.

(Ursula Kähler [SPD]: Wird es auch weiterhin haben!)

Der Erlös dafür wird verfrühstückt, und der öffentliche Zugang wird damit weitgehend ausgeschlossen. - Nun

ist Minister Buß nicht hier. Ich hoffe sehr, daß wenigstens er nicht sprachlos wird, sondern sich zumindest im Interesse des Tourismus in dieser Region kräftig zu Wort meldet.

Unseren Antrag möchten wir gern im Bildungsausschuß diskutieren. Der Antrag will bewirken, daß wir ein Stück wichtigster schleswig-holsteinischer Geschichte nicht privatisieren, sondern daß das Prinzenhaus weiterhin in der öffentlichen Verantwortung bleibt, zum Beispiel in Form einer Stiftung, an der Land, Kreis und Stadt und möglicherweise auch andere wie Freundes- und Förderkreise beteiligt werden. Es muß ein zukunftsweisendes, ein marktorientiertes Nutzungskonzept entwickelt werden, das einerseits der kulturhistorischen Bedeutung des Gebäudes gerecht wird, andererseits aber auch in der Lage ist, Erträge aus dem Gebäude zu erwirtschaften. Eine Stiftung - das ist unsere Meinung - wäre die geeignete Organisationsform, um diese Ziele zu erreichen. - Ich beantrage Überweisung in den Ausschuß.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:**

Das Wort hat Frau Abgeordnete Schröder.

**Sabine Schröder [SPD]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das Schloß Plön hat eine wechselvolle Geschichte. Die herzogliche Blütezeit war nur von kurzer Dauer. Nicht nur jahrzehnte-, sondern jahrhundertlang kümmerte man sich überhaupt nicht um eine angemessene Wertschätzung kulturhistorisch wertvoller Gebäude. Rücksichtslos - sagt selbst Frau Dr. Hunzinger - nutzte man sie für Hofbeamte, als Kadettenanstalt, für die Napola, als Lazarett und Mädchenheim.

Die CDU setzte zu ihrer Regierungszeit einen Schulleiter mit dem Auftrag ein - man höre! -, das Internat aufzulösen und zu privatisieren, ohne daß es ein Konzept für eine alternative Nutzung gab.

Dann gab es Pläne, dort einen Ort für das Musikfestival zu schaffen. Gar nicht so dumm. Man entschied sich dann aber für das teure Salzau. Das Gebäude rottete weiter vor sich hin. Erst die SPD-Landesregierung kümmerte sich um eine sinnvolle Lösung.

Erstens. Das Internat wurde im Schloß konzentriert, die Räumlichkeiten wurden mit 3,5 Millionen DM zeitgemäß modernisiert.

(Caroline Schwarz)

Zweitens. Die Marius-Böger-Stiftung baute das restlos verfallene Uhrenhaus wieder auf. Die Präsentation des Naturparks „Holsteinische Schweiz“ ist eine Attraktion für die Region und für den Tourismus.

Drittens. Die Jugendstilschwimmhalle wurde - auch mit Hilfe der Böger-Stiftung - dem Kunstverein übergeben.

Viertens. Im Pförtnerhaus lädt eine Galerie zum Besuch ein.

Fünftens. Die Kommandeursvilla wurde privatisiert und erstrahlt in neuer weißer Pracht.

Sechstens. Im Marstallgebäude will sich eine Designerwerkstatt niederlassen.

Diese Beispiele zeigen, wie endlich gerade zahlungskräftige Investoren liebevoll für das Schloßgebiet, für die Öffentlichkeit und den Tourismus tätig geworden sind. Warum soll dies nicht auch beim Prinzenhaus gelingen?

Weder das Land noch der Kreis, noch die Stadt Plön sind in der Lage, die Innensanierung langfristig zu finanzieren und die Instandhaltungskosten zu tragen, auch bei einer **Stiftung** nicht, Frau Schwarz.

In diesem Zusammenhang möchte ich mich ganz besonders bei der Stadt Plön für die konstruktive Zusammenarbeit bedanken.

Unbestritten: Der Rokokosaal des Prinzenhauses ist eine kulturhistorische Perle. Sie wiesen darauf hin. Ich will die Daten nicht wiederholen. Der letzte Plöner Herzog von Sonderburg-Plön, Friedrich Carl, der in der dortigen Gruft liegt, hat den Mittelteil des großen Gartenhauses erbauen lassen. Vorbild war übrigens ein Lustschloß bei Brühl. Er bezahlte es aus seiner herzoglichen Kammerkasse. Bereits 1761 verlor es seine Funktion. Die Seitenflügel wurden in Wilhelminischer Zeit erweitert und sind kaum von kulturhistorischer Bedeutung. Den Namen „Prinzenhaus“ bekam es durch die Unterbringung der Kaisersöhne.

Ich habe dort noch die Mädchen des Internats frühstücken gesehen. Für die Öffentlichkeit war der Rokokosaal nur sehr selten nutzbar.

Wenn die Zusage des Landes gilt, die öffentliche Nutzung zu garantieren, so ist dies ein Fortschritt. Es geht nicht um „Entsorgung“, Frau Schwarz. Feiern, Trauungen, Kammerkonzerte sind denkbar. Dies soll unter Beteiligung aller vor Ort entwickelt werden, und es soll zusammen mit dem Investor überlegt werden, welche Nutzung möglich ist.

Auch ein Museum, über das nachgedacht wird, würde immense Folgekosten verursachen. Aber das bestehende Kreismuseum ist schon nicht vernünftig ausgelastet.

Ich bin an einer schnellen Lösung interessiert, die von den Plönerinnen und Plönern auch wirklich akzeptiert wird. Das haben wir den Plönern auch zugesagt. Wir werden uns weiter mit der Stadt und mit den Kreistagsfraktionen zusammensetzen und ihre Mitbeteiligung garantieren.

Mir liegt auch an dem kulturhistorischen Erhalt und an der Nutzung des Prinzenhauses. Wegen des Geschreies um das Prinzenhaus will ich aber darauf hinweisen, daß der Landesrechnungshof für die Privatisierung des Internats plädiert.

(Caroline Schwarz [CDU]: Des Internatsbetriebes! Ich habe mir gedacht, daß Sie das sagen werden! Des Betriebes, nicht des ganzen Hauses!)

- Des Betriebes, richtig! Es ist gerade umgebaut worden. Deshalb denken wir nicht daran. Auch um des Betriebes wegen, um der Jugendlichen wegen, muß erst einmal Ruhe einkehren. Insofern bitte ich dringend, dem jetzt nicht zu folgen. Ich denke, daß man hier gerade aus pädagogischen Gründen helfen sollte. Wir werden in der Sache abstimmen, ohne daß dies alles bereits im Detail gelöst ist. Ihren Antrag werden wir ablehnen.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD] - Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Das muß schon in den Ausschuß!)

**Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:**

Das Wort hat Frau Abgeordnete Fröhlich.

**Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor allen Dingen: Liebe Frau Schwarz! Ihre Aufmerksamkeit und Wachheit gegenüber kulturellen Denkmälern in allen Ehren! Wir haben ja auch schon das eine und andere einvernehmlich besprochen. Es zeigt sich wieder - das kann ich hier in aller Leichtigkeit so sagen -, daß es zu gegebener und rechter Zeit einer Debatte bedurft hätte, um für die **Kulturdenkmäler in Schleswig-Holstein**, für die Unterbringung von Museen, für die Geschichte in Schleswig-Holstein - wo soll sie stattfinden, wo soll sie ausgestellt werden? - ein Gesamtkonzept zu finden. Das aber hat es bisher nicht gegeben. Und es wird sie auch jetzt nicht geben. In dieser Debatte, die Sie hier reingetragen haben, die eigentlich eine Debatte der Akteure vor Ort ist, werden wir es auch

(Sabine Schröder)

nicht hinkriegen. Es läßt sich auch nicht im nachhinein noch reinbringen.

(Zuruf der Abgeordneten Caroline Schwarz [CDU])

In der Bearbeitung des **Projektes Internat Plön** - Schloß Plön - hat es so viele Einzelschritte gegeben, dessen einer jetzt der Verkauf des Prinzenhauses ist. Ich persönlich habe eine Vorstellung von Kulturpolitik - das muß ich schon sagen -, nach der der Staat sehr wohl dazu da ist, in einzelnen Fragen einzelne Projekte zu übernehmen, zu finanzieren und die Verantwortung dafür zu tragen, sie dann aber auch wieder loszulassen. Natürlich ist eine Möglichkeit - hier mit einer Grundbucheintragung abgesichert -, private Investoren für diese Aufgabe zu gewinnen. Was spricht eigentlich dagegen?

Ich höre sonst eigentlich nicht einen solchen Aufschrei von Ihrer Seite, wenn es um privates Management, wenn es um die Übernahme durch Private und um privates Sponsoring geht. Hierbei geht es ja noch nicht einmal um Sponsoring. Meiner Meinung nach ist auch privates Geld und Kapital da, um diese Aufgabe zu übernehmen. Die anderen Beispiele, die Frau Schröder genannt hat, zeigen ja, daß es so ist.

Wir müssen uns wohl auch der Tatsache stellen, daß der Staat nicht mehr alle Kulturdenkmäler selber erhalten und bewirtschaften kann. Das bedeutet aber noch nicht - das meine ich allerdings sehr ernst -, daß sich der Staat von der Kulturpolitik verabschiedet. An manchen Stellen müssen wir natürlich auch halten, behalten und finanzieren. Das ist gar keine Frage. Aber in diesem Fall glaube ich das allerdings nicht.

Wir werden also künftig kulturelle Projekte ins Leben rufen, konzeptionell beraten und dann wieder an andere Träger abgeben, um - das sage ich einmal bildlich - nur als Geburtshelferinnen und -helfer zu fungieren. Gerade die Einbeziehung **privater Investoren** eröffnet die Möglichkeit, **Kulturdenkmäler** unterhalten und der Öffentlichkeit präsentieren zu können.

Ich habe das im wesentlichen schon gesagt. Was ich traurig finde, ist, daß natürlich auch - ich sage es ungern -, ein Projekt in die Mühlen einer weiteren Wahl gerät. Das ist unbezweifelbar, denn man war hier schon Schritte weitergekommen. Soweit ich das anhand der mir vorliegenden Unterlagen überprüfen kann, ist der Landrat aufgrund mir völlig unbekannter Interessenlagen - ich kann nur vermuten, daß seine Interessenlage auch die ist, sich mit einem bestimmten Projekt gegen die Landesregierung zu profilieren - leider in diese Mühlen geraten. Davon wird es aber nicht besser. Es wird auch nicht davon besser, daß das hier im Landtag beraten wird. Wie gesagt, das Projekt

Plöner Schloß ist ein Projekt, das lange läuft und für das es auch gute Beispiele für private Investoren gibt. Warum sollen nicht die zitierten und uns übereigneten Göttinnen von der Decke herab, zum Beispiel, die Flora und die Fortuna einer standesamtlichen oder einer kirchlichen Trauung zugucken können? Das wäre doch hübsch.

(Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das kann man aber auch dann noch immer in die Wege leiten.

Meiner Meinung nach können wir diesen ganzen Problemen nicht begegnen, indem wir uns nun einmischen und die Sache an uns reißen. Wir fordern die Landesregierung vielmehr auf, noch einmal mit den Fraktionen des **Kreistages** über das bereits besprochene **Nutzungskonzept** zu beraten, das die wirtschaftliche Nutzung durch den Kreis gegebenenfalls - was ja auch sein könnte - angemessen berücksichtigen würde. Wir fordern den Landrat auf, sich nicht weiter einer möglichen einvernehmlichen Lösung entgegenzustellen. Hier müssen wir Ihren Antrag leider ablehnen. Tut mir leid.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:**

Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Klug.

**Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In einer Broschüre, die der Verein „Freunde des Plöner Prinzenhauses“ herausgegeben hat, heißt es:

„Wer auch immer diese vom Putz herabrieselnde Farbe der Plöner Schloßfassade oder die bis auf das rohe Holz abgewitterten Fenster des Plöner Prinzenhauses betrachtet, muß zwingend schlußfolgern, der schleswig-holsteinische Gesetzgeber habe die Bereitstellung von Mitteln zu einer angemessenen Erhaltung dieser landeseigenen eingetragenen Kulturdenkmale für eine im Sinne seiner Rechtsetzung unzumutbare Zumutung gehalten.“

Ein sicherlich sehr herbes und bitteres Urteil über den - man muß sagen - jahrzehntelangen Umgang mit diesen **Kulturdenkmälern**. Es ist in der Tat unvorstellbar, daß etwa der Freistaat Bayern mit einer der ehemaligen Residenzen des Königreichs Bayern so umginge, wie es unser gewiß ärmeres Bundesland in bezug auf die **Plöner Staatsbauten** getan hat.

(Irene Fröhlich)

Wenn es heute, wo wir einen erheblichen Nachholbedarf an Investitionen feststellen müssen, noch eine Chance geben sollte, das Plöner Prinzenhaus in öffentlicher Hand zu halten und es damit auch vollständig für öffentliche Nutzung zu öffnen, dann müßte diese Chance genutzt werden. Die F.D.P.-Fraktion hält es für eine Selbstverständlichkeit, daß sich der Landtag dieser Frage stellt und daß wir darüber auch im Ausschuß noch einmal diskutieren - auch über die Frage der Alternativen, was mit dem Prinzenhaus wird, wenn es bei der bisher geplanten Übertragung in private Hände mit einer teilweisen reservierten öffentlichen Nutzung weitergehen sollte.

In jedem Fall muß man sagen, die Kosten der Instandsetzung des Prinzenhauses und seiner weiteren Erhaltung und öffentlichen Nutzung wären erheblich. Das Land wird dies nach meiner Einschätzung kaum finanzieren können, jedenfalls nicht in absehbarer Zeit. Das große bürgerschaftliche Interesse in der Stadt und im Kreis Plön mag jedoch Anlaß zur Hoffnung geben, daß man vielleicht im Sinne der von Frau Kollegin Schwarz beschriebenen Form eine Art kulturpolitischen Joint Ventures gemeinsam vorangehen könnte. Dies zumindest mit den Interessenten, mit den möglichst Beteiligten zu diskutieren, ist unserer Mühe wert. Dazu braucht man freilich natürlich mehr als nur preiswerte Absichtserklärung, wir bräuchten ein **finanziell schlüssiges Konzept**. Falls ein solches Konzept nicht darstellbar sein sollte, lautet die Alternative wohl - so traurig es auch sein mag: Entweder das Prinzenhaus wird weiter in öffentlichem Besitz verfallen, oder es wird in privater Hand saniert und gerettet. Sofern dies am Ende die einzigen verbleibenden Optionen sein sollten, bliebe uns sicherlich nichts anderes übrig, als den Verkauf im Interesse der Erhaltung dieses Kulturdenkmals zu akzeptieren, auch wenn es ganz gewiß kein Ruhmesblatt für dieses Land wäre, wenn man sich vorstellt - wie gesagt -, wie andere Bundesländer mit ihren vergleichbaren Staatsbauten aus der Vergangenheit umgehen.

Der Vorgang zeigt übrigens in sehr eindringlicher Weise - das möchte ich zum Schluß doch noch sagen -, wie sehr wir in Deutschland, speziell natürlich auch in einer finanziell nicht so besonders rosig gestellten Region wie Schleswig-Holstein, darunter leiden, daß es hier bei uns keine Einrichtung gibt, wie sie unser westlicher Nachbar England in Form des National Trust besitzt. Eine solche Institution, die als eine Stiftung, die von vielen Fördermitgliedern getragen wird, wichtige Kulturdenkmale übernimmt - Schlösser, Herrenhäuser, Bauernhäuser, aber auch Denkmale der Industriekultur -, fehlt bei uns in Deutschland. Das Beispiel des Prinzenhauses und des gesamten Plöner

Schloßgeländes macht dies in schmerzhafter Weise deutlich.

Wir haben gestern in diesem Parlament über notwendige Verbesserungen beim Stiftungsrecht des Bundes gesprochen, damit sich bürgerschaftliches Engagement für kulturelle, aber auch für andere gemeinnützige Zwecke in Deutschland besser entfalten kann. Der heute zur Debatte stehende Notfall - die Situation in Plön auf dem Schloßgelände - demonstriert doch einmal in sehr eindrucksvoller Weise, wie wichtig diese Reform des Stiftungsrechts in Deutschland ist.

**Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:**

Meine Damen und Herren, zunächst begrüße ich auf der Tribüne Damen und Herren der Heinrich-Harms-Schule Hutzfeld, des Finanzministeriums mit der Projektgruppe Software und des Lessing-Gymnasiums Uelzen. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Das Wort hat nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung Herr Abgeordneter Dr. von Hielmcrone.

**Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist anscheinend versucht worden, zwischen meiner Meinung und der meiner Fraktion einen gewissen Dissens zu konstruieren. Deswegen einige Anmerkungen!

Erstens: Schöne Bauwerke, hervorragende Erzeugnisse der **Kunst**, harmonische Stadtbilder gehören für mich zur Umwelt. Sie wirken auf uns unmittelbar ein. Ihr **Schutz** hat für mich deswegen ähnlich hohe Bedeutung wie der Schutz unserer natürlichen Umwelt. Daraus ergibt sich bereits, daß das Prinzenhaus für mich eine hohe Bedeutung hat.

Zweitens: Es ist richtig, das Prinzenpalais gehört zu dem Besten, was Schleswig-Holstein im 18. Jahrhundert an Kunst hervorgebracht hat; es hat einen hohen Rang - übrigens wie auch das Plöner Schloß -, gehört zum Bild unseres Landes wie Glücksburg, der Westerhever Leuchtturm oder das Holstentor.

Drittens: Die CDU hat in den viel zu vielen Jahren, in denen sie an der Regierung war, nichts für das **Plöner Schloß** getan. Es hätte sich angeboten, das Schloß und die Bauten auf dem Schloßgelände für ein Kulturzentrum zu nutzen. Sie haben statt dessen Salzau gebaut, dessen kulturhistorischer Wert nicht so hoch ist wie der des Plöner Schlosses. Daß die Bedeutung des Plöner Schlosses bekannt war, können Sie nicht bestreiten. Sie selber verweisen auf den Kunsthistoriker Richard Haupt.

**(Dr. Ekkehard Klug)**

Viertens: Ein seriöser privater Eigentümer, der sein Eigentum unter der Voraussetzung und im Wissen antritt, daß er a) etwas Besonderes besitzt und b) dies auch in Teilen der Öffentlichkeit zugänglich macht, kann ein mindestens genauso guter Partner der Öffentlichkeit und der kunsthistorisch interessierten Öffentlichkeit sein wie das Land, das derzeit nicht die Möglichkeit hat, das Gebäude so zu erhalten, wie es nötig wäre. Es kommt auf die Ausgestaltung des Vertrags an, auch auf die grundbuchliche Absicherung, wobei beachtet werden muß, daß diese Rechte in der Abteilung II den Rechten in Abteilung III vorgehen müssen.

Der heutige Antrag dient im übrigen auch nicht dazu, den Erhalt des Gebäudes zu sichern; denn der ist faktisch nicht gefährdet, sondern er ist Teil einer Wahlkampfpolitik.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

Das sollten sich auch jene vor Augen halten, die meinen, die CDU sei jetzt ein besserer Partner.

Da dies so ist, werden wir den Antrag abweisen. Damit wird genau das vermieden, was die Opposition will, nämlich die Regierung und mit ihr die Regierungsparteien in gewissem Sinne vorzuführen, aber auch festzulegen, entweder, indem sie - was unwahrscheinlich wäre - der CDU folgten - dann wäre es natürlich Ihr Sieg -, oder aber, indem sie sich in einem Sinne festlegten, der dann wieder - weil scheinbar gegen die örtlichen Interessen gerichtet - wahlkampfmäßig genutzt werden kann.

(Martin Kayenburg [CDU]: Wenn Sie ablehnen, stimmen Sie gegen die örtlichen Interessen!)

Für einen solchen politischen Schachzug ist mir das Prinzenhaus zu schade.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und bei der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Weder meine Fraktion noch ich tappen in diese Falle.

Was nun den Umdruck 14/688 anbelangt, so kann ich dazu jetzt natürlich nichts sagen; ich werde versuchen, ihn zu bekommen. Er ist ja umverteilt worden.

Unabhängig davon bleibt es dann, wenn wir jetzt diesen Antrag ablehnen, beim Status quo.

(Martin Kayenburg [CDU]: Sie wissen also noch nicht einmal, was Sie ablehnen, wenn Sie den Antrag nicht haben!)

- Nein, Sie haben nicht zugehört, Herr Kayenburg! Sonst würden sie nicht dazwischenreden. Es geht um

etwas ganz anderes. Es geht um einen alten Umdruck - Umdruck 14/688 - aus dem Jahr 1997; dem werde ich nachgehen.

Unabhängig davon wird das Prinzenhaus, weil der Status quo ja bleiben wird, auf der Tagesordnung der nächsten Bildungsausschußsitzung stehen. Sie haben das beantragt. Ich bin dem nachgekommen.

Im übrigen teile ich die Auffassung des Herrn Kollegen Klug, daß wir tatsächlich eine **Stiftung** brauchen, die sich um solche Gebäude kümmert. Aber eine solche Stiftung wird auch nicht ohne private Eigentümer möglich sein. Hier brauchen wir das Joint Venture zwischen Öffentlichkeit und privaten Eigentümern. Ich selber kämpfe seit langem dafür, und in diesem Zusammenhang ist auch der Antrag „Kultur und Tourismus im ländlichen Raum“ zu verstehen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

**Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:**

Das Wort hat jetzt Frau Ministerin Erdsiek-Rave.

**Ute Erdsiek-Rave**, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur:

Herr Präsident! Meine Herren und Damen! Entschuldigen Sie, wenn ich eine Bemerkung mache, die nicht zur Sache gehört. Aber wenn ich es eben richtig gehört habe, sind hier Schülerinnen und Schüler des Gymnasiums in Uelzen. Dazu muß ich einfach sagen, daß ich 1957 in dieser Schule als Sextanerin eingeschult wurde und daß ich mich darüber freue, daß sie heute hier sind.

(Heiterkeit und Beifall - Holger Astrup [SPD]: Da kann man mal sehen, was daraus geworden ist!)

Meine Damen und Herren, es ist schon festgestellt worden, Frau Schwarz - allerdings nicht von Ihnen, worüber ich mich wundere; ich bitte jetzt um Ihre geschätzte Aufmerksamkeit -, daß Sie nicht konstatiert und gewürdigt haben, daß das Plöner Schloßgebiet in den letzten Jahren attraktiv saniert worden ist, und zwar aus privater Hand;

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und daß sich die Privatisierung für das Schloßgebiet insgesamt in keiner Weise als Nachteil herausgestellt hat und daß alle Befürchtungen, die auch in Plön zunächst in die Richtung gegangen waren, inzwischen

(Dr. Ulf von Hielmcrone)

ausgeräumt sind, dies akzeptiert wird - daß es nicht nur akzeptiert wird, sondern daß sich die Menschen auch darüber freuen.

Die **Gesamtstruktur** dieses **Schloßgebietes** ist erhalten geblieben, und viele Investoren haben dort neue attraktive Angebote gemacht. Das Konzept war richtig, und es ist erfolgreich. Warum - so frage ich Sie - soll dieses positive Ergebnis nicht auch für dieses wunderbare **Prinzenhaus** gelten?

Ich frage Sie jetzt einmal eher umgekehrt, ich drehe den Spieß einmal um: Ist für Sie in Zukunft der Erhalt von Gebäuden und auch von kulturhistorisch wertvollen Einrichtungen dieses Landes ausschließlich an öffentlichen Besitz gebunden? Mein Verständnis von Kulturpolitik ist das nicht. Sollen wir das jetzt etwa alles umgekehrt machen, wenn es um ein erhaltenswertes Kulturdenkmal geht, das nicht im öffentlichen Besitz ist, das zu verfallen droht? Nehmen Sie als ein nicht feudales Beispiel die Tuchfabrik in Neumünster, oder nehmen Sie als Beispiel das Jagdschloßchen am Ukleisee, das Gott sei Dank auch im privaten Besitz ist und endlich saniert wurde.

(Beifall der Abgeordneten Sabine Schröder [SPD])

Das ist doch wohl nicht Ihre Auffassung.

(Zuruf der Abgeordneten Caroline Schwarz [CDU])

Also: Wenn es so ist, daß Sie dem zustimmen, dann wundert mich Ihre Aufregung erst recht. Es geht ja nicht um den Abriß oder um den weiteren Verfall dieses Gebäudes;

(Holger Astrup [SPD]: Im Gegenteil!)

es ist unbestritten kulturhistorisch wertvoll. Im Gegenteil, es geht um seinen Erhalt, und es geht um seine zügige Sanierung.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das ist das eine.

Und dann muß ich mich schon wundern - aber der Zeitpunkt ist klar; das ist auch schon gesagt worden; der verrät ja vieles -, wie Sie plötzlich Ihr Herz für öffentlich-rechtliche Stiftungen entdecken.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das ist schon erstaunlich. Überall da, wo es paßt!

Jetzt will ich Ihnen folgendes auch noch einmal sagen: Es ist hier das Schloß Salzau erwähnt worden. In den Jahrzehnten Ihrer Regierungszeit - ich habe auch in den letzten zehn Jahren nicht einen einzigen Antrag von Ihnen im Landtag dazu in Erinnerung -,

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

ist in dem Bereich des Plöner Schlosses nichts investiert worden - gar nichts! Von daher rührt ja auch die Situation, die wir heute haben. Mit privater Hilfe gibt es hier jetzt Gott sei Dank eine weiterführende Lösung.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Übrigens: Auch die Verhandlungen des Landes, als die Gebäude an den Kreis übergeben werden sollten, sind ja von Ihnen völlig unkommentiert geblieben.

(Zuruf der Abgeordneten Caroline Schwarz [CDU])

Erst als der Landrat mit seinem Konzept nicht die Zustimmung der Landesregierung fand, weil eine Übergabe zum Nulltarif für uns nicht in Frage kommt,

(Holger Astrup [SPD]: Das ist doch logisch!)

entdeckte die CDU-Fraktion plötzlich die **Bedeutung des Prinzenhauses** und fordert nun die **Gründung einer Stiftung** unter Beteiligung des Landes. Wie das überhaupt in den nächsten Jahren finanzierbar ist, darüber verlieren Sie natürlich kein Wort, sondern Sie sprechen von irgendwelchen vagen Hoffnungen in bezug auf Mittel, die dann von irgendwo herkommen sollen.

Ihre Forderung, die ja zu Recht besteht, der Öffentlichkeit das Gebäude als kulturelle Sehenswürdigkeit zugänglich zu machen, findet absolut unsere Zustimmung und Unterstützung. Dazu brauchen wir aber keine Stiftung. Das ist ebenso mit einem privaten Investor möglich, und alle Verhandlungen der LEG mit privaten Investoren werden auf dieser Grundlage - ausschließlich auf dieser Grundlage - geführt, und es wird natürlich eine grundbuchliche Absicherung für diesen Bereich geben.

Ich meine - ich fasse insoweit zusammen -, daß sich die bisherige Umsetzung des Konzeptes zum Plöner Schloß nicht nachteilig ausgewirkt hat. Deswegen sollten wir die Verhandlungen der LEG mit privaten Investoren nicht stoppen, wie Sie es fordern, sondern diese Verhandlungen im Gegenteil zügig vorantrei-

**(Ministerin Ute Erdsiek-Rave)**

ben, damit dieses Gebäude endlich saniert und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wird.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:**

Weitere Wortmeldungen? - Nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung erteile ich dem Herrn Abgeordneten Füllner das Wort.

**Meinhard Füllner [CDU]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte eigentlich nur noch einmal an Sie appellieren, dem üblichen und bisher doch gut gelaufenen parlamentarischen Verfahren zuzustimmen, daß wir den Antrag an den Ausschuß überweisen

(Holger Astrup [SPD]: Das machen wir ja nicht bei jedem Antrag!)

und ihn jetzt nicht kalt abbügeln. Wir können ja alle die Fragen, die die Frau Ministerin hier angesprochen hat, in die Beratungen einbeziehen. Ich glaube, die Debatte hat gezeigt, daß es Sinn macht,

(Holger Astrup [SPD]: Eben nicht! - Konrad Nabel [SPD]: Ach!)

darüber im Ausschuß noch einmal zu beraten. Ich finde es deshalb auch angemessen - Herr Nabel! -, den Antrag an den Ausschuß zu überweisen, weil das Abbügeln heute auch bedeuten würde, daß wir einer sehr breiten Bürgerinitiative mit ihren Aktivitäten ins Gesicht schlagen würden.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU und Beifall des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.] - Widerspruch bei der SPD)

Seien Sie parlamentarisch vernünftig, folgen Sie dem Antrag auf Überweisung an den Ausschuß!

(Beifall bei der CDU und des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]

**Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:**

Nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung erteile ich jetzt der Frau Abgeordneten Schwarz das Wort. Aber, Frau Abgeordnete Schwarz, ich will doch darauf hinweisen, daß Sie vorhin großzügigerweise drei Minuten länger reden durften.

(Zurufe von der SPD: Oh, oh! - Zuruf der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Lothar Hay [SPD]: Gibt es einen „Schwarz-Bonus“? - Irene Fröhlich

[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Noch einmal, aber nicht frech werden!)

**Caroline Schwarz [CDU]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Ministerin! Ich habe das, was Sie gesagt haben, zum Teil verstanden, zum Teil auch nicht verstanden. Insbesondere aber habe ich den Ton nicht verstanden. Ich glaube, Sie haben mich in der Vergangenheit nicht als jemanden kennengelernt, der den Streit um des Streits willen suchte, sondern ich habe sehr wohl unterschieden, wo es sich lohnt, sich politisch auseinanderzusetzen, und wo es sich nicht lohnt. Deswegen habe ich das wirklich in keiner Weise nachvollziehen können.

Ich möchte etwas zu dem Anlaß sagen, aus dem heraus dieser Antrag entstand. Frau Schröder und ich waren zusammen auf einer Podiumsdiskussion, die von dem Arbeitskreis „Plöner Prinzenhaus“ initiiert worden ist. Dieser Arbeitskreis „Plöner Prinzenhaus“ steht mit Sicherheit nicht in dem Verdacht, CDU-nah zu sein, sondern er wird von einem ehemaligen SPD-Bürgervorsteher der Stadt geleitet. Das war der Anlaß am 30. März 1999.

Daß das nun in einem Zusammenhang mit der Landratswahl steht, das habe ich nicht zu verantworten. Bei dieser Podiumsdiskussion merkte ich zum ersten Mal, was für eine **Brisanz** dahintersteckt, daß die LEG Ende Januar oder Anfang Februar - das weiß ich nicht genau - dieses **Prinzenhaus** im „Hamburger Abendblatt“ ausgeschrieben hat, und daß - wenn man noch etwas tun wollte, wenn man das Ruder noch einmal rumreißen wollte - man sofort etwas tun mußte, Frau Fröhlich. Der Landratswahlkampf hat damit nichts zu tun. Ich kann Ihnen das nur so sagen, wie es ist. Ja, und das müssen Sie mir so abnehmen.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich sehe es anders! Das müssen Sie mir abnehmen!)

Ich sehe sehr wohl den zeitlichen Zusammenhang, aber er ist in diesem Antrag in keiner Weise hergestellt. Das, was Sie sonst sagten: Eine Gesamtdebatte über Kultur, über Kulturerbe, über Kulturpolitik würde ich sehr begrüßen, wenn wir diese endlich einmal führen würde. Wenn wir uns darüber einig sind, dann kann das ja auch in der nächsten Zeit etwas werden. - Ich bleibe dabei: Wenn das Prinzenhaus jetzt - wenn Sie dabei bleiben, in der Sache abstimmen zu wollen -, verkauft wird, dann wird ein Stück schleswig-holsteinische Geschichte verkauft.

(Beifall bei der CDU)

**(Ministerin Ute Erdsiek-Rave)**

Wir können die Plöner Residenz gleichberechtigt mit Schloß Gottorf sehen.

(Holger Astrup [SPD]: Das glaube ich nicht!  
- Zurufe von der SPD)

- Kollege Astrup, ich möchte einmal wissen, was in Schleswig und Umgebung los wäre - das geht sicherlich bis Erfde -, wenn zum Beispiel - - Na, auf jeden Fall würde sich der zuständige Landtagsabgeordnete, auch wenn er in Erfde wohnte, mit Sicherheit dafür einsetzen! Ich möchte nur wissen, was los wäre, wenn zum Beispiel der Reitstall, der Kreuzstall, das Kavaliershäuser, wenn ein Teil aus diesem Gesamtkomplex verkauft werden würde! Dann wäre der Teufel los, und ich könnte das nachvollziehen, weil das Schloß nicht nur zu Schleswig gehört; das gehört in den Kreis, das gehört in die Region, das gehört ins Land.

(Glocke des Präsidenten)

- Ja, ich habe es gesehen, ich höre gleich auf! Es ist ein landeseigenes Schloß, in dem das Land die Rechtsnachfolge angetreten ist. Es ist also unsere Verantwortung, hier ein Stück schleswig-holsteinische Geschichte zu bewahren.

**Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:**

Frau Abgeordnete Schwarz, kommen Sie bitte zum Schluß!

**Caroline Schwarz [CDU]:**

Sie merken also, da ist so viel zu sagen. Ich bitte Sie wirklich herzlich um Überweisung an den Ausschuß. Wirklich, wir vertun uns nichts!

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:**

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Es ist zunächst Ausschußüberweisung - ich vermute, an den Innen- und Rechtsausschuß, mitberatend an den Bildungsausschuß - beantragt worden.

(Zurufe von der CDU)

- Nur dem Bildungsausschuß? - Gut!

Wer dieser Ausschußüberweisung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen! - Stimmenthaltungen? - Der Antrag ist mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. abgelehnt.

Dann lasse ich in der Sache abstimmen. Wer dem Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 14/2105, Gründung einer Stiftung „Prinzenhaus in Plön“, zu-

stimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Der Antrag ist mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung der F.D.P. abgelehnt.

Ich rufe Punkt 9 der Tagesordnung auf:

**Analphabetentum in Schleswig-Holstein**

Große Anfrage der Fraktion der CDU  
Drucksache 14/1778

Antwort der Landesregierung  
Drucksache 14/2072

Wird das Wort zur Begründung der Großen Anfrage gewünscht? Das ist nicht der Fall. Dann erteile ich der Frau Ministerin Erdsiek-Rave das Wort.

(Unruhe)

Meine Damen und Herren, es geht jetzt um Analphabeten, und ich bitte, gut zuzuhören.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich  
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

**Ute Erdsiek-Rave**, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur:

Herr Präsident! Meine Herren und Damen! Ich hätte mich natürlich nicht getraut, so eine einleitende Bemerkung zu benutzen. Es ist eher ein Thema, das nicht zum Lachen ist.

(Beifall der Abgeordneten Sabine Schröder  
[SPD] und Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]

Man fragt sich, ob es eigentlich möglich ist, daß in einer hochentwickelten Gesellschaft, in der seit fast 150 Jahren die allgemeine Schulpflicht gilt, Analphabeten leben. Die Antwort lautet Nein und Ja zugleich. Bis auf Einzelschicksale gibt es in Deutschland, gibt es auch in Schleswig-Holstein keine **Analphabeten** im eigentlichen Wortsinn, also Menschen, die nie mit Buchstaben und mit Schrift zu tun hatten.

Wohl aber gibt es Menschen, die im Lesen und im Schreiben über nur unzureichende Grundqualifikationen verfügen. Man spricht deswegen auch vom **funktionalen Analphabetismus**. Wer immer sich mit diesem Problem beschäftigt - auch in den Medien -, wird zunächst immer nach Größenordnungen gefragt. So war es ja auch Gegenstand der Großen Anfrage. Es gibt aber nun mal weder zuverlässige Zahlen für Schleswig-Holstein noch für das Bundesgebiet, und die Jahrzehnte alte Schätzung, wie zum Beispiel der UNESCO von 1980, die von 0,75 bis 3 % unserer Bevölkerung als funktionale Analphabeten ausgeht, diese Schätzungen sind heute von der UNESCO revidiert und als unhaltbar zurückgenommen worden. Bis

(Caroline Schwarz)

heute gibt es auf diese Frage der Größenordnung keine abgesicherte Antwort.

Wir wissen lediglich - und das ist eine Zahl, aus der man gewisse Schlüsse ziehen kann -, daß 1998 650 Personen an den Alphabetisierungskursen der Volkshochschulen teilgenommen haben. Das sind 0,3 % der volljährigen Bevölkerung Schleswig-Holsteins. Die Volkshochschulen gehen von einer höheren Gesamtzahl aus, können dies aber natürlich nicht belegen. Ich glaube, die Politik ist gut beraten, mit diesem Sachverhalt sehr nüchtern und sehr sorgfältig umzugehen. Eine Meldepflicht für Analphabeten, wie sie gelegentlich schon einmal gefordert wurde, ist aus vielen Gründen weder hilfreich noch umsetzbar.

Mit dem **quantitativen Problem** hängt auch ein **Definitionsproblem** eng zusammen: Was heißt das denn, unzureichende Grundqualifikationen im Lesen und Schreiben? Auch in der empirischen Bildungsforschung gibt es kein Festlegen auf ein verbindliches Mindestniveau von Grundqualifikationen im Lesen und Schreiben. Es wird nicht definiert, so daß auch eine Unterschreitung dieses Niveaus eben nicht sicher abgegrenzt werden kann. Die Risikogruppe umfaßt - wie die Kurse bei der Volkshochschule zeigen - keineswegs nur Personen ohne Schulabschlüsse. Es wäre ein Irrtum, das zu glauben. Über 10 % hatten einen Hauptschulabschluß, allerdings waren 60 % ohne Hauptschulabschluß. 25 % waren Abgänger von Sonderschulen, aber man muß festhalten, daß 80 % der Kursteilnehmer in unbefristeten oder befristeten Beschäftigungsverhältnissen standen.

Hier wird der Zusammenhang klar - und über den muß man natürlich reden -, nämlich zwischen den steigenden Anforderungen der Arbeitswelt, mangelnder Trennschärfe von Problembeschreibung und Unsicherheiten in der Quantifizierung und Bewertung des Analphabetismus.

Um ein Beispiel von den vielen, die man dafür finden könnte, herauszugreifen: Für den Erwerb des Führerscheins sind erhebliche Lese- und Schreibfertigkeiten erforderlich. Ein Führerschein ist für sehr viele - wenn nicht für fast alle - Arbeitsverhältnisse heute Voraussetzung, sehr viel mehr noch als vor einer Generation. Die Anforderungen sind insgesamt höher, und es gibt eine Gruppe der Bevölkerung - auch wenn sie sehr klein scheinen mag -, die diesen Anforderungen nicht genügen kann.

Ich kann das hier nur in aller Kürze darstellen: Die **Ursachenzuschreibung** für den funktionalen Analphabetismus ist - wie bei vielen solcher Phänomene - nicht eindimensional, nicht monokausal, sondern sie ist multikausal. Wesentliche Gründe liegen im familiären und im gesellschaftlichen Umfeld. Ein Elternhaus, das

nicht zum Lesen und Schreiben anregt, schwierige Lebensumstände, Wahrnehmungsschwächen, das alles können - einzeln oder gebündelt - Ursachen für dieses Phänomen sein.

Diese Ursachen werden heute in der Regel durch Vorsorgeuntersuchungen und schulärztliche Untersuchungen spätestens - muß ich sagen - mit Beginn der Schulpflicht auch erkannt und können dann auch behandelt werden. Lehrkräfte sind informiert und kennen die Zusammenhänge zwischen Wahrnehmungsstörung und Schrift- und Spracherwerb.

Bei Erwachsenen hingegen ist oft kausal ein negatives und auch instabiles und kritisches Selbstbild entscheidend. Daraus ist auch zu erklären, daß die Altersjahrgänge, die sich in diesen Kursen der Volkshochschulen befinden, nicht etwa Schulabgänger sind, sondern daß sich dieser Analphabetismus erst Jahre oder auch Jahrzehnte nach dem Schulabgang zeigt. Bei mehr als 84 % der Teilnehmer dieser Kurse lag die Schulzeit mindestens 10, oft mehr als 20 bis 30 Jahre zurück.

Man kann davon ausgehen, daß jeder, der einen Schulabschluß erreicht, zum Zeitpunkt des Schulabschlusses über schriftsprachliche Grundfertigkeiten verfügt. Die Schule hat die Aufgabe, dies sicherzustellen. Aber es kommt gerade bei Jugendlichen durch mangelnde Anwendung von Schriftsprache und im Alltag, in dem sie eben nicht lesen und nicht schreiben müssen, zu Vergessensprozessen, zu Verlernprozessen. Dies ist eine der wesentlichen Ursachen der Entstehung von **funktionalem Analphabetismus**, der sich eben erst Jahrzehnte später manifestiert, wenn bestimmte Anforderungen an diese Menschen gestellt werden, etwa die Ableistung von Prüfungen, die Führerscheinprüfung und ähnliches.

Was tun wir zur Prävention? Was leisten wir im Bereich der **nachträglichen Alphabetisierung**? Schon die Kindertagserziehung konzentriert sich auf die Vermittlung von Basis-Sinneserfahrungen, wie sie für den Lese- und Schreiblernprozeß dringend notwendig sind. Im Rahmen des sprachheilpädagogischen Förder-systems, das in den letzten drei Jahren wirklich konzentriert aufgebaut und ausgebaut worden ist, haben außerdem inzwischen 50 % der Einrichtungen des Kindertagesstättenbereichs Erzieherinnen und Erzieher an entsprechenden Fortbildungsmaßnahmen teilnehmen lassen, so daß sie diese Phänomene sehr frühzeitig erkennen und etwas dagegen tun können.

In der Eingangsphase der **Grundschule** nimmt der **Schriftsprachenerwerb** eine ganz zentrale Stellung ein - das ergibt sich aus der Sache -, und das Interesse und die Freude am Lesen- und Schreibenlernen zu wecken und damit auch dauerhafte Motivation zu

**(Ministerin Ute Erdsiek-Rave)**

erzeugen und die Kinder die Erfahrung machen zu lassen, wie bedeutsam Schriftverwendung und Buchstabenlesen im täglichen Leben sind, ist Aufgabe der Grundschule. Binnendifferenzierter Unterricht und integrative Fördermaßnahmen sind die Mittel und die Methoden dafür.

Daneben gibt es eine Vielzahl von Grundschulen, die zum Teil eben auch mit Förderzentren zusammenarbeiten, die Lese-Intensivkurse machen, und natürlich ist die Fähigkeit zum sinnentnehmenden Lesen zentrale Zielvorgabe in den Lehrplänen für die Grundschulen und die weiterführenden Schulen.

Die kritische Nahtstelle zwischen **Schule** und **Beruf** muß weiter entwickelt werden. Dafür gibt es - das wissen Sie - Modelle zur Erprobung von Kooperation von Hauptschulen und Förderschulen in Richtung auf eine flexible Ausgangsphase. Das ist so nach meiner Meinung auch richtig. Die Fachkonferenzen der Bildungsgänge „Ausbildungsvorbereitendes Jahr“, „Berufsvorbereitende Maßnahmen“, „Jugendliche ohne Ausbildung“ und „Berufsvorbereitung“ nehmen diese Problematik unzureichender Grundqualifikationen verstärkt in Angriff, weil sie darin natürlich eine besonders problematische Zielgruppe vor sich haben.

Mit Unterstützung der Landesregierung hat der Landesverband der **Volkshochschulen** Schleswig-Holsteins ein **Konzept** zur annähernd flächendeckenden Versorgung - so kann man wohl feststellen - von Alphabetisierungsangeboten entwickelt und realisiert, das übrigens bundesweit Anerkennung findet.

Ich möchte abschließend bei Ihnen werben - gewissermaßen auch unterstützend zu der Werbung der Volkshochschulen im Verbund mit dem Bundesverband, der sich positiv um diese Bevölkerungsgruppe bemüht und versucht, dies auch öffentlich zu machen -: Bitte, tragen Sie zur Aufklärung über die Möglichkeiten der Alphabetisierung und damit der Verbesserung von Berufs- und Lebenschancen dieser Gruppe bei,

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

und tragen Sie zu einem besseren Verständnis und zu Toleranz gegenüber Menschen mit solchen unzureichenden Basisfähigkeiten bei! Diese Menschen brauchen oft sehr viel Mut und Ermunterung, ihre Situation überhaupt erst einmal einzugestehen und dann den Schritt zu unternehmen, diese Situation zu verändern.

Daran sollten wir in Zukunft arbeiten.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]

**Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:**

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat Frau Abgeordnete Röper.

**Ursula Röper [CDU]:**

Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Ich bin der CDU-Frauenunion in Schleswig-Holstein sehr dankbar, daß sie in einer Fachtagung dieses wichtige Thema „Analphabetismus“ aufgenommen hat und damit auch den Anstoß für diese Große Anfrage gab, deren Beantwortung wir heute diskutieren.

(Beifall bei CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist schon gesagt worden, was **funktionaler Analphabetismus** ist: Es ist die Unterschreitung der gesellschaftlichen Mindestanforderungen an die Beherrschung der Schriftsprache, deren Erfüllung ja Voraussetzung für die Teilnahme an schriftlicher Kommunikation in allen Lebens- und Arbeitsbereichen ist. Daneben gibt es Menschen mit **primärem Analphabetismus**, die praktisch nie in ihrem jugendlichen Leben schulische Bildung erfahren haben oder auch durch Krieg und Vertreibung nur eine sehr reduzierte schulische Bildung erfuhren. Auch diese Fälle sind in Deutschland und auch in Schleswig-Holstein vorhanden - allerdings seltener -, während die Fachleute davon ausgehen - und dazu gibt es doch schon geschätzte Zahlen -, daß es in Schleswig-Holstein round about 60.000 bis 70.000 funktionale Analphabeten gibt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, können Sie sich vorstellen, wie sich ein Mensch fühlt, der keine Zeitung lesen kann, der nicht in der Lage ist, Straßennamen zu entziffern, der nicht ein einfaches Formular ausfüllen kann, der den Beipackzettel von Medikamenten nicht versteht oder auch das Schreiben aus der Schule nicht, das das Kind mit nach Hause bringt? Ein solcher Mensch ist ständig damit beschäftigt, seine Lese- und Schreibdefizite zu verbergen, aus Scham und Angst, daß die Umwelt diese Mängel erkennen könnte, und aus Furcht, seinen Arbeitsplatz zu verlieren, wenn er denn einen hat.

Mit Sicherheit können wir uns alle nicht in diese Situation versetzen, eine Situation aber, die auch in den modernen Industriestaaten immer mehr Menschen betrifft. In Deutschland geht man mittlerweile von rund 2 Millionen bis 4 Millionen Analphabeten aus; allein in Hamburg sollen es nach Erkenntnissen der Schulbehörde 80.000 Menschen sein.

Wenn wir nun nach Schleswig-Holstein schauen, stellen wir fest, daß vor allem unsere Volkshoch-

**(Ministerin Ute Erdsiek-Rave)**

schulen Alphabetisierungskurse für Erwachsene anbieten, und das mit steigenden Teilnehmerzahlen. Es wurde schon gesagt: Diese Teilnehmerzahlen sagen natürlich nichts darüber aus, ob es mehr Betroffene gibt oder ob der Druck zum Erlernen des Lesens und Schreibens durch gesellschaftliche, arbeitsmarktpolitische oder auch private Gründe größer geworden ist. **Die Zahl der Analphabeten** läßt sich nicht exakt ermitteln - das ist richtig - und beruht auf Schätzungen. Aber nach einer OECD-Studie, die noch nicht so sehr alt ist, von 1994 bis 1996 wird davon ausgegangen, daß 14,4 % der deutschen Erwachsenen zwischen 16 und 65 Jahren auf einer fünfstufigen Skala nur die unterste Stufe der Lesekompetenz erreichen und weitere 34,2 % der Deutschen nur die zweite Stufe erklimmen können und damit nicht in der Lage sind, den normalen Anforderungen des Alltagslebens Rechnung zu tragen. Wenn man dies zusammenzählt, sind es über 48 % der Menschen dieser Altersgruppe in Deutschland. Diese Zahl kann ich fast nicht glauben, nur, sie zeigt im Grunde, daß zumindest in diesem Bereich der Skala der OECD-Studie gravierende Mängel liegen - und dies nicht nur bei Förderschul- und Hauptschulabgängern, sondern sogar auch bei Realschul- und Gymnasialabgängern, und zwar dann, wenn es um sinnentnehmendes und umsetzendes Lesen geht.

In der **Alphabetisierungsarbeit der Volkshochschulen** in Schleswig-Holstein unterscheidet man vier Zielgruppen. Die Bandbreite reicht von Teilnehmern, die nur ihren Namen schreiben, aber überhaupt nicht lesen können, bis hin zu Erwachsenen, die relativ gut lesen können, die aber nur unter sehr großen Schwierigkeiten mit vielen - oft sinnentstellenden - Fehlern schreiben können.

Die **Ursachen des Analphabetismus** liegen - auch dies wurde schon angesprochen - neben Intelligenz- und Begabungsproblemen in Elternhaus und Schule zum Beispiel auch in der Auflösung sozialer Bindungen - Trennung, Abwendung -, aber immer wieder auch in Vernachlässigung, Gleichgültigkeit oder Ablehnung von Bezugspersonen, ob im Elternhaus, bei Erziehern oder auch in der Schule.

Bei Erwachsenen entsteht der funktionale Analphabetismus auch durch das Vergessen oder Verlernen, denn wer nicht schreibt und liest, verlernt auch den Umgang mit der Schriftsprache. Wenn bei Kindern darüber hinaus noch ein außerschulisches Anregungsmilieu fehlt, wenn in den Elternhäusern nicht gelesen oder zum Lesen ermutigt wird und der Fernseher mit der Flut seiner Bilder die schriftgebundene Information ersetzt, dann verstärken sich die Lernschwierigkeiten der Kinder.

Und - auch dies ist Fakt - zahlreiche **Schüler** werden aus pädagogischen Gründen und des Alters wegen auch dann versetzt, wenn sie das Klassenziel eigentlich nicht erreicht haben. Deshalb kann man nicht davon ausgehen, daß alle Schulabgänger des Lesens und Schreibens so kundig sind, daß sie das geforderte Mindestniveau beherrschen. Der Anteil der jungen Erwachsenen unter 25 Jahren an den Teilnehmern der Alphabetisierungskurse in Schleswig-Holstein wird für das Jahr 1998 mit „nur“ 15,7 % beziffert. Und allein das finde ich empörend, vor allen Dingen, wenn man die Dunkelziffer hinzurechnet. Denn allein - und auch das ist eine Zahl, die uns nachdenklich stimmen sollte - im Schuljahr 1997/98 verließen bei uns im Land 1.584 Jugendliche die Schule ohne einen Hauptschulabschluß. Diese Zahlen zeigen die Brisanz des Problems und machen deutlich, daß die Schule ganz besonders in die Pflicht genommen werden muß, um Analphabetismus zu vermeiden.

(Beifall im ganzen Haus)

Hirnforscher weisen darauf hin - und das ist eine interessante Untersuchung -, daß sich bei jedem Menschen das Fenster für die **Sprachentwicklung** schon mit zehn Jahren schließt und das Fenster für die **Entwicklung der Lesefähigkeit** mit 13 bis 15 Jahren zugeklappt wird. Das bedeutet also, in Kindergarten und Grundschule muß die Hauptarbeit geleistet werden, um präventiv arbeiten zu können.

Wenn wir dagegen hören, daß heute jedes vierte Vorschulkind sprachgestört ist, und daß immer mehr Kinder im Einschulungsalter keinen vollständigen Satz mehr formulieren können, ist sehr viel größerer Handlungsbedarf angesagt, als in den Antworten der Landesregierung zum Ausdruck kommt.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Notwendig ist neben den präventiven Maßnahmen im Vorschulbereich, daß kein Kind die Grundschule verlassen darf, das nicht den Erstlesegang abgeschlossen hat. Und wenn die Schüler am Beginn ihrer schulischen Ausbildung den Einstieg in die Kulturtechniken nicht schaffen, dann muß die Vermittlung dieser elementaren Kenntnisse nochmals vorgesehen werden, zum Beispiel am Ende der dritten Klasse. Denn wichtig ist ja vor allen Dingen, die Entstehung von Analphabetismus zu verhindern. Damit ließen sich zugleich vielfältige Sekundärfolgen und mehrjährige Mißerfolgserlebnisse vermeiden oder zumindest deutlich reduzieren.

Darüber hinaus muß zu Beginn der Sekundarstufe I durch erneutes Wiederholen der Lese- und Rechtschreibunterricht vertieft werden, um Fertigkeiten zu festigen. Das bedeutet auch, daß die Hauptschulen

(Ursula Röper)

endlich wieder mehr Unterrichtsstunden und Lehrer zur Verfügung haben müssen.

Angesichts der Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt, der steigenden Anforderungen an die Berufsausbildung und aufgrund der Reduzierung einfacher Tätigkeiten in unserer Gesellschaft muß alles getan werden, um den **Analphabetismus** zurückzudrängen, damit eine ganze Gruppe junger Menschen auf dem **Arbeitsmarkt** nicht chancenlos bleibt, sondern die Kulturtechniken beherrscht; diesbezügliche Klagen aus der Wirtschaft kennen wir alle zur Genüge.

Notwendig ist in dem Zusammenhang aber auch, daß die **Lehrer** auf dieses Problem besser vorbereitet und methodisch didaktische **Kompetenzen** erwerben. Das bedeutet, daß die Früherkennung und die Diagnostik sowie die Behebung von Lese- und Rechtschreibschwächen in der ersten und zweiten Phase der Lehrerausbildung verbindlich und verpflichtend sein müssen, was bisher nicht der Fall ist. Das bedeutet, daß Grundschullehrer, die ein erstes Schuljahr übernehmen, gezielte Einführungen erhalten und daß in der Lehrerfortbildung wesentlich mehr begleitende Angebote stattfinden müssen.

Die finanziellen Einsparungen beim **IPTS für Fortbildungsveranstaltungen** in den letzten neun Jahren betragen über eine Million DM und haben in allen Bereichen zu massiven Reduzierungen im Angebot geführt, und das bei immer mehr Problemfeldern und Anforderungen in den Schulen.

Unserer Ansicht nach sind also folgende Maßnahmen notwendig: Defizite im Bereich der sprachlichen Ausdrucksfähigkeit im Kindergarten- und Grundschulbereich sind statistisch zu erfassen, um verlässlichere Daten auf Landesebene zu erhalten, denn nur dann ist der Erfolg von geplanten oder bereits laufenden Konzepten meßbar. Die allgemeine Sprachförderung und das Erkennen von Verzögerungen, von Defiziten im Sprachbereich müssen in die Erstausbildung der Erzieherinnen und Erzieher aufgenommen werden, und die Fortbildungsmaßnahmen sind zu erweitern. Denn die bisher erreichte Zahl von nur 10 % aller Erzieherinnen und Erzieher reicht bei weitem nicht aus. Das gleiche gilt für die Lehreraus- und -fortbildung. Und an jeder Grund- und Hauptschule ist ein Lehrer für diesen Bereich mit besonderer Beratungs- und Förderkompetenz notwendig, ebenso für den Legastheniebereich, um auch hier mögliche Zusammenhänge frühzeitig zu erkennen.

In den **Grundschulen** ist mehr verpflichtender **Förderunterricht** vorzusehen. Auch dafür sind zusätzliche Lehrerstunden zur Verfügung zu stellen. Denn zu häufig kommt es vor, daß Schüler am Ende der zweiten Klasse zwar lesen können, dem Gelesenen aber

nicht den Sinn entnehmen und Gelesenes nicht umsetzen können. Und auch die Sprachheilgrundschulen sind besser auszustatten.

Vieles in der Antwort der Landesregierung ist pädagogische Lyrik, die mit der Praxis in den Schulen nicht übereinstimmt. Viele Kinder werden in der Schule nicht ausreichend gefördert, Stundenausfälle, reduzierter Unterricht und zum Teil überlastete Lehrer sowie fehlende begleitende Fortbildung werden nicht als erschwerende Umstände angesprochen. Deshalb möchte ich noch einmal betonen: Die Grundschule ist die wichtigste Schulart, hier werden die entscheidenden Grundlagen für die Zukunft der Kinder gelegt. Und was hier versäumt wird, läßt sich zum Teil nicht mehr aufholen.

Und ich möchte noch einen Hinweis geben: Es gibt ein neues Verfahren an der Universität Bielefeld, das es möglich macht, Kinder mit einem Risiko in bezug auf die Entwicklung von Lese- und Rechtschreibschwierigkeiten schon vor der Grundschule zuverlässig zu ermitteln. Und entsprechende Therapiemöglichkeiten sind auch vorhanden, so daß Problemkinder bereits im Kindergarten den Leistungsstand ihrer Altersgenossen erreichen können. Dieses Verfahren wird bisher nur in Bayern angewandt, aber auch Schleswig-Holstein sollte sich diese Erkenntnisse zunutze machen.

Ich danke den **Volkshochschulen**, die im Erwachsenenbereich tätig sind - weil es immer Menschen geben wird, Ausländer und Aussiedler, Zugereiste, die die deutsche Sprache nicht beherrschen -, daß diese **Alphabetisierungskurse** wirklich mit gutem Erfolg durchgeführt werden. Wir müssen jetzt nur aufpassen, daß durch die Neuregelung der 630-DM-Jobs und Scheinselbstständigkeit dieser ganze Bereich nicht zusammenbricht.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU - Glocke des Präsidenten)

Ich denke, das ist nicht in unserem Sinne.

(Zuruf der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Letzter Satz: Ein Land, das nicht alles daransetzt, seine Bürger mit Grundfertigkeiten auszustatten, verzichtet darauf, sie zu handlungsfähigen Demokraten zu machen. In diesem Sinne bitte ich Sie, das Thema ernst zu nehmen und beantrage Überweisung an den Bildungsausschuß.

(Beifall bei CDU, F.D.P. und SSW)

**Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:**

Das Wort hat Frau Abgeordnete Schröder.

(Ursula Röper)

**Sabine Schröder** [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Röper, wir müssen das Thema ernst nehmen, da sind wir völlig einer Meinung. Insofern kann ich die Initiative der CDU hinsichtlich der Großen Anfrage nur loben.

Die Antwort ist - das beurteile ich etwas anders als Sie - sehr aufschlußreich und muß Grundlage zur Bewertung bildungspolitischer Maßnahmen und zusätzlicher Anstrengungen sein.

Ich danke den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Bildungsministeriums, die detailliertes Informationsmaterial zusammengetragen haben, und dies, obwohl - darauf hat die Ministerin hingewiesen - weltweit keine verlässlichen Daten da sind.

Die OECD spricht von unzureichenden **Grundqualifikationen**. Das Mindestniveau ist aber nicht definiert, geschweige denn operationalisiert. Man kennt aber sehr wohl die Teilnehmerzahl an den Alphabetisierungsangeboten der Volkshochschulen. Sie wurde schon mehrfach genannt. Es waren 1998 649 Personen. Es muß uns besorgt machen, daß davon immerhin 65 % unbefristet Beschäftigte waren, das heißt, daß es auch Angst um den Verlust des Arbeitsplatzes und auch in bezug auf die höheren Anforderungen in der beruflichen Welt gibt.

Es spielen sicherlich Vergessens- und Verlernenseffekte eine Rolle. Bezeichnend ist aber, daß 16,2 % keinen Abschluß und 10,3 % einen Hauptschulabschluß haben. Die Antwort - Sie haben die Zahl zitiert - auf die Kleine Anfrage der Kollegin Renate Gröpel belegt es ja, daß es immerhin noch 1.584 Schülerinnen und Schüler ohne Abschluß gibt. Das sind nach meiner Meinung zu viele; daran müssen wir arbeiten. Es müssen alle Anstrengungen unternommen werden, möglichst vielen Menschen einen guten Schulabschluß zu bieten. Gerade diese Jugendlichen haben immer weniger Chancen auf dem Arbeitsmarkt.

Der Bericht weist darauf hin, daß die Probleme früh anfangen. Es gibt erstens im **Kindergarten** zu einem Fünftel sprachgestörte Kinder. Die Ursachen sind vielfältig, das weist der Bericht nach. Das differenzierte Konzept der Frühförderung, das hier dargestellt wird, Frau Ministerin, ist beeindruckend, auch wenn 10 % fortgebildete Erzieherinnen und Erzieher nicht viel sind. Immerhin ist der **Frühförderungseffekt** in der letzten Zeit entwickelt worden. Auch interdisziplinäre Arbeitskreise tragen dazu bei, die Anzahl der sprachgestörten Kinder zu verringern. Dazu helfen auch die 118 Sprachheilambulatorien der Förderzentren mit.

Als zweites das Problem **Grundschule!** Auch da stimmen wir überein. Als Grundprinzip gilt es, die kommunikative Basisfähigkeiten Hören, Zuhören, Sprechen, Lesen und Schreiben zu fördern. Es gibt vielfach Sprachheilkombiklassen an den Schulen. Und die Sprachheilgrundschulen oder Sprachheilgrundschulklassen an Schulen bemühen sich intensiv um die Behebung von Schäden, leisten aber auch Beratung und Hilfe in anderen Grundschulen.

Hinzu kommt die staatliche **Internatsschule für Hörgeschädigte in Schleswig**, die auch Beratung und Hilfe gibt. Die Legasthenie wird im vierten Schuljahr förmlich festgestellt. Dies ist meiner Meinung nach zu spät. Die Förderkonzepte, die die Grundschulen in Eigenverantwortung entwickeln können, sind zum Teil nicht ausreichend, da sie alle Mühe haben, die Grundversorgung zu gewährleisten.

(Unruhe)

Drittens! Hinzu kommt die staatliche **Internatsschule in Wentorf**, die in zehn Jahren 279 Schülerinnen und Schüler in Intensivmaßnahmen gefördert hat. Finanziert wird dies durch die Jugendämter. Aber auch hier scheitern einzelne Anträge, wie ich aus konkreten Fällen weiß,

(Ursula Röper [CDU]: Für Schwerstfälle!)

- für Schwerstfälle - weil die Mittel nicht ausreichen.

Viertens! Die **Berufsschulen** kümmern sich um Jugendliche ohne Ausbildung, vor allen Dingen im ausbildungsvorbereitenden Jahr. Diese Maßnahmen konnten verstärkt werden durch Gelder aus der 58er-Regelung. Jugendliche werden gezielt in Betrieben begleitet, um ihnen bei der Suche nach Ausbildungsplätzen behilflich zu sein. Berufsschulen und Kammern arbeiten zusammen.

Fünftens! Das **IPTS** bemüht sich um Fortbildungsangebote. Das ist im Anhang aufgelistet. Ich gebe Ihnen allerdings recht, daß die Veranstaltungen vielfach selbst bezahlt werden müssen und es daran zum großen Teil scheitert,

(Zuruf der Abgeordneten Ursula Röper [CDU])

obwohl man allerdings auch sagen muß, daß Lehrerinnen und Lehrer so schlecht nun auch nicht verdienen.

(Holger Astrup [SPD]: Das stimmt!)

Aber was unbedingt geleistet werden muß, sollte kostengünstig oder kostenlos angeboten werden.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Sechstens! Sie haben auf die entscheidende Bedeutung der **Volkshochschulen** hingewiesen. Ich will ergänzend sagen: Es gibt jetzt Beratungsstützpunkte in Oldenburg, Norderstedt, Schleswig, Husum und an den Volkshochschulen Dithmarschen. Diese Kurse werden mit 40.000 DM Landesmitteln bezuschußt und mit 16.000 DM - das muß man ehrlicher Weise sagen - aus dem Sozialfonds.

(Ursula Röper [CDU]: Bis 1999!)

Was man aber auch nicht verschweigen darf, ist, daß die Kreise und Gemeinden den Löwenanteil leisten, nämlich 200.000 DM,

(Beifall im ganzen Haus)

um die Kurse gebührenfrei oder um die Hälfte der üblichen Kosten reduziert anbieten zu können.

(Holger Astrup [SPD]: Sehr verdienstvoll! - Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Daseinsvorsorge!)

So konnten an 34 Orten 91 Kurse angeboten werden.

Siebtens! Die **Büchereien** unterstützen Maßnahmen, wie es in Norderstedt oder Kiel geschieht.

So belegen die Antworten auf die Große Anfrage ein Bündel an Maßnahmen zur Bekämpfung des Analphabetismus oder - besser gesagt - der unzureichenden Grundqualifikationen. Sie werden um so wichtiger, je mehr die Anforderungen steigen und je geringer die Ausbildungsplätze sind. Es wäre schön, wenn wir in diesem Bereich noch mehr gemeinsam tun könnten, um die Chancen gerade für Benachteiligte zu verbessern.

(Beifall bei SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:**

Das Wort hat jetzt Frau Abgeordnete Heinold.

**Monika Heinold** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Röper, ich freue mich, daß die CDU dieses Thema aufgegriffen hat und daß wir heute hier und danach im Ausschuß die Möglichkeit haben, darüber zu diskutieren. Viel zu häufig wird das Problem des **Analphabetismus** verschwiegen, und die Betroffenen werden ausgegrenzt oder fühlen sich ausgegrenzt. Viele Betroffene versuchen natürlich - das ist ja schon geschildert worden -, ihre Situation zu verbergen, und sie leiden unter der Abhängigkeit von anderen. Sie sagten es ja. Man kann kaum nachvollziehen, wie es diesen Menschen geht. Mir ging es in einer Situation ähnlich, als ich in Peking war, mit dem Versuch, mit einem Stadtplan und einem Bus durch die Stadt zu kommen.

Das hat sehr lange gedauert, weil ich hilflos vor den Schildern stand. Das sind so kleine Momente, in denen man versteht, wie schwer es für diese Menschen sein muß, durch den Alltag zu kommen.

Die Antwort, die uns das Ministerium heute dankenswerterweise sehr ausführlich vorgelegt hat, zeigt deutlich, daß die Versorgung mit Angeboten für Analphabeten in Schleswig-Holstein gut ist. Das bestätigen auch die **Volkshochschulen**, welche sich zu Recht als Vertreterinnen und Vertreter für die betroffene Bevölkerungsgruppe im Land sehen und die schon erwähnten zirka 30 bis 35 Kurse für etwa 650 Teilnehmerinnen und Teilnehmer anbieten. Die fünf Regionalstellen - da sagte ich vorhin, sie klatschen an der falschen Stelle - sind zum Glück hauptamtlich abgesichert als Beratungs- und Unterrichtsstützpunkte und bieten damit annähernd ein flächendeckendes Angebot,

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

kombiniert mit den anderen Angeboten an den 34 Orten im Lande. Wir werden morgen mit Sicherheit darüber diskutieren, ob die Regelungen zur Scheinselbständigkeit und zu den 630-DM-Beschäftigungsverhältnissen für diejenigen, die dort Kurse anbieten, Auswirkungen haben oder nicht.

Natürlich - das wollen die Volkshochschulen - wären ein oder zwei weitere Stützpunkte im Land sehr wünschenswert, aber die Volkshochschulen sagen auch, daß das zur Zeit nicht ihr Hauptanliegen oder ihr Problem ist. Was ihnen Sorge macht, ist das Auslaufen der EU-Förderung. Das steht ja auch im Bericht. Deshalb engagieren sich die Volkshochschulen zur Zeit dafür, daß die Finanzierung ihrer Kurse möglichst auch über das Jahr 2000 hinweg über die ESF-Mittel gesichert ist. Denn Kreise und Gemeinden, welche auch ihren Eigenanteil, zum Beispiel in Form von Sachmitteln oder durch Zurverfügungstellen von Räumen, erbringen, werden finanziell nicht weiter einspringen können. Als Haushälterin glaube ich auch nicht, daß wir den Landesanteil von jährlich 200.000 DM deutlich werden erhöhen können. Deswegen begrüßt die grüne Fraktion die von den Volkshochschulen für den Herbst geplante landesweite Kampagne zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Ursula Röper [CDU]: Das bringt aber auch kein Geld! - Unruhe)

Die Antwort der Landesregierung macht deutlich, daß **Zahlen** über Betroffene in diesem Bereich nicht er-

(Sabine Schröder)

hoben werden können und daß auch keine Rückschlüsse - oder nur sehr wenig - aus der Teilnehmerzahl an den Kursen gezogen werden können, wobei die UNESCO-Studie durchaus Zahlen vorgelegt hat, die erschreckend hoch sind. Die Zahlen wurden hier schon genannt. Das liegt natürlich daran, daß sich die Lebenssituation verändert hat und eine einfache Kommunikation, wie sie früher möglich war, schwieriger geworden ist aufgrund von Computern, Bank-Cards und und und. Es ist heutzutage deutlich schwieriger, ohne Lesen und Schreiben durchs Leben zu kommen.

Daher schließe ich mich der Forderung an, die Vertreter des UNESCO-Instituts ausdrücklich erheben, indem sie sagen: „Wir müssen ein stärkeres Bewußtsein dafür schaffen, daß lebenslanges Lernen der Schlüssel zur aktiven Teilnahme am gesellschaftlichen Leben ist.“ Das ist genau das, was Frau Fröhlich als Bildungspolitikerin immer vertritt, daß **lebenslanges Lernen** heutzutage zum unbedingten Muß gehört.

Die Komplexität der Arbeitswelt und die Anwendung moderner Kommunikationstechniken führen dazu, daß immer mehr Menschen nicht zurechtkommen, weil sie komplizierte Texte nicht verstehen oder schreiben können. Auf die große Anzahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer ohne Schulabschluß oder mit einem Sonderschulabschluß ist hier schon hingewiesen worden.

Ich möchte noch zweierlei ansprechen.

Erstens. Aus meiner ganz persönlichen Sicht verdient jeder Jugendliche, jeder junge Erwachsene, der sich traut, diesen Schritt zu tun, anzuerkennen, wo er oder sie steht, und an einem Kurs teilzunehmen, meine ganz persönliche Anerkennung und Hochachtung.

(Beifall im ganzen Haus)

Zweitens. Ich wünsche mir von der CDU bei aller Übereinstimmung, daß sie die Themen, die sie anreißt, ein Stück breiter diskutiert. Sie können sich nicht gestern beim Thema Kindertagesstätten für weniger pädagogische Qualifikation, für Kürzungen, für größere Gruppen aussprechen und heute fragen: Wo bleiben die präventiven Maßnahmen? - Ich komme zum Schluß, ehe ich gemahnt werde. - Sie können sich auch nicht gestern hier hinstellen, Herr Stritzl vorneweg, und von „Raubzug“ sprechen und davon, daß diese Landesregierung bei den Finanzen endlich einmal anfangen sollte zu sparen. Frau Röper, wenn ich Ihren Redebeitrag ernst nehme, komme ich auf einige hundert Millionen DM. Daher sollten wir die Punkte ein Stück im Zusammenhang diskutieren.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW - Zuruf der Abgeordneten Ursula Röper [CDU])

**Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:**

Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Klug.

**Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! **Analphabismus** ist offenbar in modernen Industriegesellschaften ein wachsendes Problem, zumindest ein Problem, dessen Existenz zunehmend wahrgenommen wird. In Schleswig-Holstein haben sich - das ist schon mehrfach erwähnt worden - die **Volkshochschulen** als öffentliche Einrichtungen der Erwachsenenbildung der Aufgabe angenommen, den betroffenen Bürgern zu helfen. Ich bin vor einiger Zeit einmal als Gast in einer ländlichen Volkshochschule in Dithmarschen gewesen. Ich bin beeindruckt, mit welchem Engagement und welchem Erfolg die Arbeit dort geleistet wird.

Die **Zahl der Kursteilnehmer** - der Bericht enthält diese Zahlen - ist seit 1995 von 552 auf 649 im letzten Jahr angestiegen, in vier Jahren also ein Zuwachs von annähernd einem Fünftel. Das zeigt sowohl die Tendenz in der Zunahme des Problems als auch insgesamt das Ausmaß. Es handelt sich eben nicht - wie viele in der Öffentlichkeit noch meinen - nur um wenige Einzelfälle, sondern es ist ein Problem in einer Größenordnung, die wir nicht ganz genau beziffern können. Das ist schon angesprochen worden. Es ist von einem nicht unerheblichen Umfang auszugehen.

Bereits in den achziger Jahren gab es in **Frankreich** wesentlich systematischere **Untersuchungen** und Erhebungen als bei uns. Damals, 1980, hat man einen ganzen Jahrgang der Wehrpflichtigen der französischen Armee auf ihre Lese- und Schreibfähigkeit hin getestet. Dabei kam heraus, daß von 400.000 jungen Männern 3.500 als Analphabeten einzustufen sind, und von 64.000 - eine erschreckend hohe Zahl! - hat man gesagt, sie könnten nur ein wenig lesen. Es besteht das große Risiko, daß diejenigen, die im Alter von 18 oder 19 Jahren in nur geringem Maß Lese- und Schreibfähigkeiten mitbringen, möglicherweise zu einem Teil unter die Fälle fallen, von denen der Bericht spricht, nämlich daß man diese Fähigkeiten in höherem Alter teilweise vergißt oder verlernt, also zum Analphabeten wird.

Es ist sicherlich bedauerlich, daß es bei uns in **Deutschland** - anders als in anderen Staaten - eine Situationsanalyse in dieser Weise nicht gibt. Deshalb wissen wir nicht genau, wie groß das Problem ist. Eines ist klar: Es gibt erheblichen **Nachholbedarf**.

(Monika Heinold)

Natürlich ist es wichtig, daß wir weiterhin die Hilfen sicherstellen, die man jetzt beispielsweise Erwachsenen in den Volkshochschulen gibt, Erwachsenen, die in diesen speziellen **Alphabetisierungsmaßnahmen** lesen und schreiben lernen. Das muß weitergemacht werden. Es ist auf die 630-DM-Regelung und die Scheinselbständigkeitsregelung hinzuweisen, die den Volkshochschulen in diesem Land das Kreuz zu brechen drohen. Ich darf darauf hinweisen, daß all dies mit der Zustimmung dieser Landesregierung über den Bundesrat auf den Weg gebracht worden ist. Im übrigen darf ich darauf hinweisen, daß die Volkshochschulen nach unserer Landesverfassung eigentlich unter dem besonderen Schutz dieser Landesregierung stehen müßten. Da besteht ein gewisser Widerspruch.

(Beifall bei der F.D.P.)

Hier besteht wirklich **Handlungsbedarf** - das ist natürlich nur ein Teil, der betroffen ist -, so daß nicht ein ganz wichtiger Bereich der Bildungsarbeit zusammenbricht

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Schlimm, daß Lehrer zusätzlich verdienen, ohne zu versteuern!)

durch das, was die Bundesregierung da angerührt hat.

Die Alphabetisierungsmaßnahmen sind das eine. Das andere sind die Veränderungen, die an unseren **Schulen** unbedingt erfolgen müssen, um zu verhindern, daß so viele Menschen ihren weiteren Lebensweg als Analphabeten beschreiten.

(Ursula Röper [CDU]: Das ist genau der Punkt!)

Daß hier offensichtlich Fördermaßnahmen nicht vorhanden sind oder nicht greifen, ist evident. Darüber werden wir im Ausschuß reden.

Der letzte Punkt, den ich hier ansprechen möchte, ist folgender. Nach meinem Eindruck vermengt der Bericht in etwas unzulässiger Art und Weise den Komplex **Analphabetismus** mit dem Problem **Legasthenie**.

(Ursula Röper [CDU]: Richtig!)

Die Autoren dieses Berichts sind vielleicht nicht auf dem aktuellen Stand der Wissenschaft. Es ist in der Wissenschaft einhellige Meinung, daß es sich bei der Legasthenie um eine Teilleistungsschwäche handelt und nicht um eine allgemeine Lernschwäche. Die Forschungsergebnisse zeigen, daß mit der Legasthenie häufig gleichzeitig besondere mathematisch-technische und musische Begabungen verbunden sind, die wesentlich auf Funktionen der rechten Hirnhälfte zurückgehen, während bei Legasthenikern bestimmte Struktu-

ren der linken Hirnhälfte, die mit Sprachfunktionen zu tun haben, durch - wie es in einer Untersuchung heißt - feine Fehlbildungen und Fehlvernetzungen beeinträchtigt sind. In diesem Bericht, in der Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage wird an verschiedenen Stellen Legasthenie als allgemeine Ursache dargestellt und als allgemeine Lernschwäche beschrieben. Dies ist insofern

(Ursula Röper [CDU]: Falsch!)

falsch. Vielleicht müßten wir das im Ausschuß klarer abgrenzen. Die entsprechende Frage von Frau Röper, Abgrenzung zwischen Analphabetismus und Legasthenie, ist im übrigen auch nicht beantwortet worden. Die Antwort besteht darin, daß man nur die allgemeine Situation - Legasthenie-Erlass und dessen Umsetzung - beschreibt.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

**Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:**

Das Wort hat die Frau Abgeordnete Spoorendonk.

**Anke Spoorendonk [SSW]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der SSW begrüßt, daß diese schwierige und oft verdrängte Thematik in einer Großen Anfrage zur Sprache gebracht wird. Ich bedanke mich auch bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Ministeriums, die dafür gesorgt haben, daß wir heute über die Antworten diskutieren können.

Schwierig ist die Thematik schon deshalb, weil es verschiedene Definitionen von **Analphabetismus** gibt und weil es besonders wegen der Scheu der Betroffenen kaum verlässliche Statistiken geben kann. Genaue Untersuchungen gibt es nur für wenige Bereiche in Schleswig-Holstein. So ist mir bekannt, daß 1994 die Abschlußjahrgänge von zwei Kieler Sonderschulen auf ihre Lese- und Schreibkenntnisse hin getestet wurden. Nur ein Schüler wurde dabei als funktionaler Analphabet eingestuft, aber 19 % der 42 Schülerinnen und Schülern mußten zum sogenannten Grenzbereich gerechnet werden. Bei ihnen ist zu befürchten, daß die mühsam erarbeiteten Kenntnisse nach der Schulzeit wieder in Vergessenheit geraten, denn Lesen und Schreiben ist für diese Gruppe mit unangenehmen Schulsituationen verbunden, die daher gemieden werden.

Hier besteht also ein dringender Bedarf, die Schreib- und Lesekenntnisse von Schülerinnen und Schülern frühzeitig zu testen und bereits in der Regelschulzeit geeignete **Alphabetisierungsmaßnahmen** durchzuführen. Das wäre in jedem Fall sinnvoller, als darauf

**(Dr. Ekkehard Klug)**

zu warten, daß die Analphabeten von morgen 10 oder 20 Jahre nach ihrer Schulzeit zur Volkshochschule kommen und sich dort wieder mühsam in die Lernsituation einarbeiten.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

An dieser Stelle möchte auch ich die Gelegenheit nutzen, den **Volkshochschulen** für ihre engagierte Arbeit zur Behebung des Analphabetismus in unserem Land zu danken.

(Beifall der Abgeordneten Lothar Hay [SPD], Konrad Nabel [SPD] und Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Aus dem Bericht geht hervor, daß großartige Arbeit geleistet wird.

Ich hätte mir gewünscht - das will ich hinzufügen -, daß sich die Große Anfrage nicht nur auf den Schulbereich oder den Bildungsbereich konzentriert hätte, sondern auch die hohe Quote des Analphabetismus in den Gefängnissen angesprochen hätte. Die Zahl der funktionalen Analphabeten liegt im Strafvollzug um ein Vielfaches höher als in der allgemeinen Bevölkerung. Bei der Gruppe der nicht deutschsprachigen Strafgefangenen ist anzunehmen, daß der Anteil der Analphabeten sowohl in der Muttersprache als auch im Deutschen noch höher ist. Bei einem Anteil von 12 bis 17 % **funktionaler Analphabeten** allein unter den deutschsprachigen **Strafgefangenen** in Kiel muß die Elementarbildung im Bildungsangebot der Gefängnisse stärker berücksichtigt werden.

In den Bildungsauftrag der Justizvollzugsanstalten sollten also Alphabetisierungsmaßnahmen ausdrücklich aufgenommen werden. Mir ist bewußt, daß Kurse angeboten werden. Ich wünschte mir allerdings eine verbindlichere Regelung.

Elementare Lese- und Schreibkenntnisse sind Grundvoraussetzung für die angestrebte Wiedereingliederung der Strafgefangenen in die Gesellschaft, und somit - das kann man sagen - trägt die Bekämpfung des Analphabetismus letztlich zum sozialen Frieden in unserem Land bei.

(Ursula Röper [CDU]: Überall!)

Es sollten nicht nur Grundkurse angeboten werden. Genauso wichtig sind Aufbaukurse, in denen das Erlernte verfestigt und geübt werden kann. Ansonsten besteht die Gefahr, daß alte Vermeidungsstrategien wieder aufgenommen werden und das Erlernte in Vergessenheit gerät.

Bei Menschen mit **unzureichender Grundqualifikation** im Lesen und Schreiben bestehen große Hemmschwellen und psychische Ängste. Sie haben Angst,

entdeckt zu werden, und entwickeln Strategien, um Lese- und Schreibsituationen zu umgehen. Das ist auch schon in den anderen Beiträgen deutlich geworden.

Zusätzlich zum Ausbau der bestehenden Maßnahmen sollten daher auch über **niedrigschwellige Hilfeangebote** nachgedacht werden. Das könnten zum Beispiel Lese- und Schreibstuben sein, in denen Betroffene je nach dem Stand ihrer individuellen Fähigkeiten unterstützt werden, Texte zu lesen oder selbst zu schreiben. Ziel muß sein, den Kreislauf zu unterbrechen, bei dem aufgrund von negativen Erfahrungen Schreib- und Lesesituationen immer stärker vermieden werden und die Nichtanwendung der rudimentären Kenntnisse zu Vergessen und Verlernen führt.

Ich bin mir bewußt, daß wir im Ausschuß noch einiges dazu zu sagen haben werden. Ich hoffe, daß wir weitere Maßnahmen in Gang bringen können.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:**

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Es ist beantragt worden, den Bericht der Landesregierung dem Bildungsausschuß zur abschließenden Beratung zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Meine Damen und Herren, mir sind zwei unterschiedliche Mitteilungen zugegangen. Die eine Mitteilung lautet: Wir wollen auf jeden Fall noch den Tagesordnungspunkt 21 beraten. Dies würde allerdings heißen, daß wir um etwa 15 Minuten überziehen. Gleichzeitig ist mir mitgeteilt worden, daß ein Überziehen wegen der Einladung der Landespressekonferenz nicht zweckmäßig wäre.

Ich schlage vor, noch die beiden Tagesordnungspunkte zu beraten, für die keine Aussprache vorgesehen ist. - Ich höre keinen Widerspruch.

Dann rufe ich Tagesordnungspunkt 28 auf:

**Berücksichtigung von Dienstführerscheinen als geldwerter Vorteil im Einkommensteuerrecht**

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 14/2127

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 14/2136

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ausschußüberweisung!)

(Anke Spoorendonk)

- Es ist Ausschlußüberweisung vorgeschlagen worden. Ich vermute, damit ist der Finanzausschuß gemeint.

(Lothar Hay [SPD]: Ja! - Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Und Innen und Recht! - Lothar Hay [SPD]: Federführend Finanzausschuß, Mitbeteiligung von Innen und Recht!)

- Das soll also zur federführenden Beratung an den Finanzausschuß und zur Mitberatung an den Innen- und Rechtsausschuß überwiesen werden. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das ist einmütig so beschlossen.

Dann rufe ich noch den Tagesordnungspunkt 35 auf:

**Abwahlverfahren von hauptamtlichen kommunalen Gleichstellungsbeauftragten**

Bericht der Landesregierung  
Drucksache 14/2113

Ich gehe davon aus, daß es jetzt keinen mündlichen Bericht gibt und daß auch eine Aussprache nicht vorgesehen ist.

Ich schlage vor, den Bericht zur federführenden Beratung an den Innen- und Rechtsausschuß und zur Mitberatung an den Sozialausschuß zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Meine Damen und Herren, damit schließen wir unsere heutigen Beratungen ab. Die Beratungen werden morgen um 10:00 Uhr fortgesetzt.

Die Sitzung ist geschlossen.

**Schluß: 17:43 Uhr**